

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Claus von Rosen (Hrsg.)

Frieden in Baudissins Werk und Wirken

Wolf Graf von Baudissin zum 20. Todestag

(geboren am 8. Mai 1907 in Trier – gestorben am 5. Juni 1993 in Hamburg)

Heft 161
Hamburg, März 2014

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, „sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen“. Im Sinne dieser Aufgaben gibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden.
Anfragen sind zu richten an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
D – 20144 Hamburg
Tel.: (040) 866 077 – 0
Fax.: (040) 866 36 15
e-mail: ifsh@ifsh.de
Internet: <http://www.ifsh.de>

ISSN 0936-0018

Inhalt

Claus Freiherr von Rosen

Frieden in Baudissins Werk und Wirken

Wolf Graf von Baudissin zum 20. Todestag 5

Es folgen sieben Dokumente aus Baudissins Feder zum Thema Frieden (einige als Faksimiles, andere als Abschriften), von denen die meisten bisher unveröffentlicht sind:

Anlage 1: *Wolf Graf von Baudissin*

Neuordnung der Welt und Europas

Nachträgliche Anmerkungen zur Denkschrift „Ost und West“
gebundenes MS, Tatura 1946/47, S. 70 a-d. 21

Anlage 2: *Wolf Graf von Baudissin*

Nr. 51,1: Frieden auf Erden?

Notizen zu den Vorträgen bei der Jugendtagung Neujahr 1951, bei der Paul Gerhard Gemeinde in Dortmund am 15. März 1951 sowie in Springe am 6. bis 8. April 1951. Die Transkription der Handschrift stammt von Cornelia Bührlé, die Reinschrift von Eckart Hofmann. 24

Anlage 3: *Wolf Graf von Baudissin*

Nr. 68,8: Der Beitrag des Soldaten zum Dienst am Frieden

Nach einem Vortrag, gehalten im Kloster Kirchberg, 29. Juli 1968
Dieses Manuskript ist von Baudissin nach dem Vortrag geschrieben (1. Fassung) und korrigiert (abgerundete Handschrift) sowie von fremder Hand – ggf. Peter v. Schubert – (spitze Handschrift, sowie Unterstreichungen u. ä. mit dickem Stift) für eine Veröffentlichung stark überarbeitet worden. Eine Veröffentlichung des noch einmal überarbeiteten Textes ist als 69,9 in die Schriftensammlung eingeordnet und in: Soldat für den Frieden, 1969, S. 27-51 abgedruckt. 32

Anlage 4: *Wolf Graf von Baudissin*

Nr. 72,9: Abschreckungsstrategie im Lichte der Friedenspolitik

Vortrag in der Evangelischen Akademie Hofgeismar, April 1972 67

Anlage 5: *Wolf Graf von Baudissin*

Nr. 81,46: Vortrag im Rahmen der Hamburger Universitätstage

16.-17. November 1981: Friedens- und Konfliktforschung am IFSH 76

Anlage 6: *Wolf Graf von Baudissin*

Vertrauensbildende Maßnahmen – Ihre Bedingungen und Perspektiven

Nachdruck aus: Dieter S. Lutz/Erwin Müller (Hrsg.), Vertrauensbildende Maßnahmen, Baden-Baden 1982, S. 11-22 (Militär, Rüstung, Sicherheit, 18) 83

Anlage 7: *Wolf Graf von Baudissin*

Sicherheitspolitische Probleme zur Erhaltung des Friedens

Referat bei der Studiengesellschaft für praktische Psychologie
7.-9. Oktober 1983 in Bad Pyrmont; fertiggestellt am 10. Januar 1984 90

Frieden in Baudissins Werk und Wirken

Wolf Graf von Baudissin zum 20. Todestag

(geboren am 8. Mai 1907 in Trier – gestorben am 5. Juni 1993 in Hamburg)

1. Einführung

Leben und Werk von Wolf Graf von Baudissin scheinen von zwei deutlich voneinander zu trennenden Lebensabschnitten und entsprechenden Arbeitsbereichen geprägt zu sein: Zunächst die Zeit als Soldat in Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr und dort besonders als Schöpfer der Inneren Führung, sowie danach die Zeit als Friedensforscher, Gründungsdirektor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, wie auch als Hochschullehrer an der Universität sowie an der Hochschule der Bundeswehr, beide in Hamburg. Für manche bedeutet dies eine unvorstellbare Dichotomie. Armin Halle hatte daher auch in der Süddeutschen Zeitung zum 70. Geburtstag des Grafen verschmitzt geschrieben: „Ein klarer politisch denkender Kopf, ein umsichtiger strategischer Planer, ein Lehrer mit großem pädagogischen Geschick, ein musischer Mensch ... Mit all diesen Qualitäten und Eigenschaften wäre Wolf Graf von Baudissin gewiss wohl gelitten, nur, dass er bei alledem auch noch Soldat ist, scheinen ihm einige übel zu nehmen.“

So augenscheinlich also diese Aufteilung auch sein mag, so wenig trifft sie den Lebenskern und den Gehalt vom Werk und Wirken des Grafen.

Bei der Suche nach dem Geistig-Sittlichen – wie Baudissin es genannt hatte –, von dem er in Werk und Wirken geprägt, geleitet, ja auch getrieben war, trifft man besonders auf sein Bemühen, immer nur ein guter Christ zu sein, auf eine ethische Fundierung aus seinem Menschenbild und aus freiheitlichem, rechtsstaatlichem und demokratischem Selbstverständnis, auf das Verständnis von selbstverantwortlichem Tun bis hin zum aktiven Widerstand sowie auf ein rationales wissenschaftlich-kritisches Denken. – Dieses gut aristotelische Grundverständnis tritt aus seinen Schriften und Vorträgen deutlich hervor, wie es besonders in den beiden Sammelwerken Soldat für den Frieden von 1969¹ und Nie wieder Sieg!² von 1982 dokumentiert sowie von Eckart Hofmann³ aus philosophischer Perspektive und aus theologisch-ethischer Sicht von Angelika Dörfler-Dierken⁴ aufgearbeitet worden ist.

Baudissin begann sein öffentliches Wirken nach Rückkehr aus der Gefangenschaft in der Evangelischen Akademie-Arbeit. Daher stammt auch einer der ältesten umfänglichen Texte aus seiner Feder, ein Manuskript zum Vortrag „Frieden auf Erden?“⁵ Da stellt sich natürlich die Frage: Woher kommt Baudissin plötzlich auf das Thema?

1 Wolf Graf von Baudissin: Soldat für den Frieden. Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr; hrsg. u. eingeleitet von Peter v. Schubert. München 1969.

2 Wolf Graf von Baudissin: Nie wieder Sieg! Programmatische Schriften 1951–1981. Hrsg. von Cornelia Bührle und Claus von Rosen. München 1982.

3 Eckart Hoffmann: Frieden in Freiheit. Philosophische Grundmotive im politischen Denken von Wolf Graf von Baudissin. In: Rudolf J. Schlaffer und Wolfgang Schmidt (Hrsg.): Wolf Graf von Baudissin 1907 – 1993. Modernisierer zwischen totalitärer Herrschaft und freiheitlicher Ordnung. München 2007, S. 81-98.

4 Angelika Dörfler-Dierken: Ethische Fundamente der Inneren Führung: Baudissins Leitgedanken: Gewissengeleitetes Individuum – Verantwortlicher Gehorsam – Konflikt- und friedensfähige Mitmenschlichkeit. Berichte/Reports/Rapports Nr. 77 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Strausberg 2005. Dies.: Graf von Baudissin. Als Mensch hinter Waffen. Hrsg. und kommentiert von Angelika Dörfler-Dierken. Göttingen 2006. Dies.: Baudissins Konzeption Innere Führung und lutherische Ethik. In: Rudolf J. Schlaffer und Wolfgang Schmidt (Hrsg.): Wolf Graf von Baudissin 1907–1993. Modernisierer zwischen totalitärer Herrschaft und freiheitlicher Ordnung. München 2007, S. 55-68.

5 Ders. 51,1, s. Anlage 2. Diese Quelle ist ein handschriftliches Stichwortmanuskript. – Im Weiteren werden Baudissins Schriften anhand der Zählung in der Bibliographie in: Wolf Graf v. Baudissin: Nie wieder Sieg! Programmatische Schriften 1951 – 1981. Hrsg. von Cornelia Bührle und Claus v. Rosen, München 1982, S. 272-312 zitiert. Die ersten beiden Ziffern stehen für das Entstehungsjahr, die folgenden für die laufende Nummer. Soweit Schriften bereits in den beiden Sammelbänden von 1969 bzw. 1982 – s. Anm. 1 bzw. Anm. 2 – veröffentlicht sind, wird dies gleichzeitig vermerkt.

Ist es nur ein Grübeln aufgrund der Aussichtslosigkeit der Lage nach dem Weltkrieg? Da dies kein einmaliger gedanklicher Ausrutscher war, schließen sich die weiteren Fragen an: Was bedeutet das Thema Frieden für sein weiteres öffentliches Wirken? Und: Ist dessen Wiederaufnahme nach seiner Pensionierung aus dem Anstoß des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann zu erklären oder lag das Thema gerade so in der Luft? Oder wurde das Institut am Falkenstein für Friedensforschung und Sicherheitspolitik von ihm gar nur deshalb gegründet, weil es politisch opportun war?

2. Zum Gedankenanstoß für Baudissin

In der Gefangenschaft hatte Baudissin Gelegenheit, sich intensiv mit der Schicksalsfrage seiner Zeit zu befassen. Dazu nahm er Anregungen aus Seminaren und Vorlesungen auf, die er selber gestaltet und gehalten bzw. an denen er als Hörer teilgenommen hatte. Weiter ließ er sich durch diverse Lektüre anregen, die er auf Umwegen über Großbritannien und Argentinien angefordert oder sich im Lande selber beschafft sowie – vermutlich nach Ende des Krieges – von Hilfsorganisationen aus der Schweiz erhalten hatte. Insbesondere der tiefe geistige Gedankenaustausch per Brief mit seiner späteren Braut Dagmar Burggräfin zu Dohna führte ihn dabei zu wesentlichen Einsichten.⁶ Seine Gedanken fasste er im Laufe des Jahres 1946 zu einer Denkschrift „Ost oder West – Gedanken zur deutsch-europäischen Schicksalsfrage“ zusammen, die er im Herbst 1946, noch in Gefangenschaft, in Maschinenschrift auf über 100 Seiten übertrug. Er hat die Schrift gebunden aus der Gefangenschaft mit nach Hause gebracht, aber nie veröffentlicht.⁷

Das oben angesprochene Geistig-Sittliche bestimmt dieses so zu bezeichnende Frühwerk in jeder Weise, das Thema sowie die Folgerungen für die neue Zeit. Baudissins Denken darin ist trotz vieler unkonventioneller Gedanken und tieferen Durchleuchtungen der geschichtlichen Gegebenheiten deutlich konservativ.⁸ Er bezeichnete sich in dieser Zeit auch selbst als Jung-Konservativer.⁹

Während der Arbeit an der Reinschrift von „Ost oder West“ stieß Baudissin auf das Buch des Wirtschaftswissenschaftlers Wilhelm Röpke „Civitas Humana“.¹⁰ Röpke war seinerseits zum Zeitpunkt seines Korrekturlesens auf das Buch „Gerechtigkeit“ des Theologen Emil Brunner¹¹ gestoßen und empfahl dessen Lektüre in seinem Vorwort aufs wärmste. Dadurch angeregt, arbeitete Baudissin im Winter 1946/47 die Gedanken aus beiden Büchern nachträglich in zum Teil umfangreichen Anmerkungen sowie wörtlichen Zitaten in seine Denkschrift ein.¹² D.h. die Lektüre dieser beiden Autoren hatte besonders große Bedeutung für Baudissins Nachdenken. Er outete sich nun als aufgeklärter Anhänger von Karl Marx.

6 Baudissin bemerkt häufig in seinen Briefen an Gräfin Dohna, wie wichtig für ihn jetzt bei seiner Arbeit der unmittelbare tiefergehende Gedankenaustausch mit ihr sei. Wolf Graf von Baudissin: 23-Zeilen-Briefe. Hamburg (Selbstverlag 1994 sowie Wolf Graf von Baudissin/Dagmar Gräfin zu Dohna: ... als wären wir nie getrennt gewesen. Briefe 1941–1947. Hrsg von Elfriede Knoke. Bonn 2001.

7 Das Original der Denkschrift gehört zum Baudissin-Nachlass im Baudissin-Dokumentation-Zentrum (BDZ) bei der Führungsakademie der Bundeswehr. Es wird zurzeit im Militärgeschichtlichen Museum in Dresden gezeigt. Über die Denkschrift wurde erstmalig berichtet: Claus von Rosen: „Ost oder West“ – „Gedanken zur deutsch-europäischen Schicksalsfrage“. In: Hilmar Linnenkamp, Dieter S. Lutz (Hrsg.): Innere Führung. Zum Gedenken an Wolf Graf von Baudissin. Baden-Baden 1994. Künftig zitiert: Baudissin 1947, unter Angabe von Kapitel bzw. Abschnitt.

8 Hierzu s. Martin Kutz: Aus den Katastrophen der Geschichte lernen: Über den historischen Ort der Konzeption Baudissins. In: Ders. (Hrsg.): Gesellschaft, Militär, Krieg und Frieden im Denken von Wolf Graf von Baudissin. Band 23 zu Reihe: Forum Innere Führung, Baden-Baden 2004, S. 13–24.

9 Baudissin 1994, Brief vom 10.2.1946.

10 Wilhelm Röpke: Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform. Erlenbach, Zürich 1944. Baudissins Arbeitsexemplar aus der Gefangenschaft befindet sich in seinem Nachlass. Dort befasst Baudissin sich mit Röpkes Gedanken zum „idealen modernen Staatsaufbau“; im Abschnitt 3.22 „Der soziale und staatliche Aufbau als asiatische Lösung“ nimmt er Röpkes Ausführungen zum dritten Weg einer Wirtschaftsordnung zwischen entartetem Liberalismus und Kollektivismus auf und im abschließenden Abschnitt 7.4 „Die deutsche Aufgabe im Abendland“ bemüht er Röpke mehrmals als Kronzeugen für seine Gedanken.

11 Emil Brunner: „Gerechtigkeit“. Eine Lehre von den Grundgesetzen der Gesellschaftsordnung. Zürich 1943. Baudissins Arbeitsexemplar befindet sich ebenfalls in seinem Nachlass. – Zur Person Emil Brunners: Hans Heinrich Brunner: Mein Vater und sein Ältester. Emil Brunner in seiner Zeit. Zürich 1986.

12 Bedeutsam ist, dass mehr als die Hälfte der Nachträge in der Denkschrift Texte von Röpke und Brunner sind.

Baudissin ist von Brunner sehr direkt angesprochen worden:¹³

Zum einen hat Brunner als Vertreter eines anthropologischen Ansatzes der dialektischen Theologie – geistig der Bekennenden Kirche und als Lehrer von Gerstenmeier dem Kreisauer Kreis nahestehend – Baudissins tiefe christlich-ethische Gebundenheit und Gedanken unmittelbar berührt.¹⁴

Zum anderen sind nach Kriegsende mit den Bücherspenden aus der Schweiz wohl erstmals aktuelle Schriften im Gefangenenlager zu lesen gewesen und haben von daher wohl ganz generell für geistig neuen Wind gesorgt.¹⁵

Natürlich ist auch das Thema des Buches: „Gerechtigkeit“ selber für Baudissin – nicht nur aufgrund seiner Herkunft aus einem Juristen-Haus – stets von sehr großer Bedeutung gewesen ist.

Ebenso hat Brunners Ansatz, dekliniert über die verschiedenen sozialen Ordnungsebenen, Baudissin bei der Suche nach Neuorientierung für die generell zerstörte Wertewelt nahe gelegen.

Und schließlich sind es auch Brunners einzelne Aspekte und Fragestellungen, die von Baudissin zu dem Zeitpunkt bereits ähnlich gesehen und gedacht wurden, sodass sich für Baudissin hierüber ein sachlich-emotionaler Bezug leichter bilden und der Weg zur Aufnahme des Neuen ebenen konnte. – Ein gutes Beispiel hierfür ist der Gedanke der Erschütterbarkeit als Voraussetzung für Neues¹⁶, den er später auch in „Gerechtigkeit“¹⁷ fand.

Aus alledem ergibt sich zwischen Brunner und Baudissin ein Gleichgang von Gedanken im Bereich des Geistig-Sittlichen in weitem Maße.¹⁸

In dem von Baudissin in der Gefangenschaft benutzen Exemplar von Brunners „Gerechtigkeit“ befinden sich keine direkten Lesespuren. Was Baudissin von Brunner verarbeitet hat, ist daher unmittelbar nur über die Brunnerzitate in der Denkschrift zu erfahren. Dies geschieht an drei Stellen der Denk-

13 Die Frage, wieso Brunners Buch „Gerechtigkeit“ diese enorme Wirkung bei Baudissin gezeigt hat, wird von Kutz, 2004, S. 13–24 mit Brunners konservativ-bürgerlichem Gesellschaftsbild erklärt, das dem Baudissins in jener Zeit noch sehr nahe gestanden habe. Dieser Erklärungsansatz verlangt ein gedanklich-emotionales cross-over, d.h.: Im konservativen Brunner Anregungen für die eigene Progression zu erfahren und diese dann zu entwickeln, um die eigenen Konservatismen zu überwinden. Der Grundgedankengang ist nicht undenkbar, aber deutlich schwerfällig und wäre daher auch für Baudissins Gedankenarbeit im abgeschiedenen Gewächshausdasein der Gefangenschaft besonders schwierig gewesen.

14 Im Brief Nummer 114 vom 19. Oktober 1946 an seine Braut schreibt Baudissin u.a., dass die Zukunftsaufgabe einen Standpunkt zwischen zwei Polen fordere, dass sich aus einer eindeutigen Beziehung – gleich Verantwortung – des Einzelnen zu Gott eine ebenso klare Beziehung zur Umwelt wie zur werten Eigenperson ergeben. Demut zu Gott gleich Liebe zu den Mitmenschen, Achtung vor ihren Leistungen und der Natur überhaupt bzw. das Empfinden, sich selbst zur Aufgabe gestellt zu sein – s. ders. 2001 S. 156ff. Dort wird auch deutlich, dass Baudissin während der Gefangenschaft darüber nachdachte, nach dem Krieg Theologe zu werden.

15 Über die Bedeutung dieser Büchersendungen äußert der Mitgefangene Globig sich an Baudissin in seinem Antwortbrief nach dem Lesen von „Ost oder West“, Maschinenabschrift von 1947 im BDZ.

16 Baudissin 2001, S. 65, vom 17.7.1943 schreibt im Zusammenhang mit der Suche nach Neuansätzen: „...ich bin ganz Deiner Ansicht, dass ‚Erschütterbarkeit‘ etwas sehr Positives – für den, der nicht erschüttert und nicht erschlagen wird, – sie ist für den Wirkenden Menschen sogar eine Notwendigkeit. Ohne diese Möglichkeit ist eine Weiterentwicklung wie auch wesentlicher Einfluss auf die Umwelt nicht denkbar. Formung und Formen sind ja letztlich nur Aus- bzw. Umwertung solchen ‚Erschüttert-Gewesen-Sein‘. Wer kein Organ für Derartiges hat, erhält keinen wirklich fördernden Ansporn und bleibt in sich stecken – das Über-Sich-Hinaus als erster Schritt bleibt ihm verwehrt. Allerdings sehe ich Dich verzeihend lächeln, wenn ich die unbegrenzte Erschütterbarkeit als zu weit gehende Forderung einschränken möchte. ... Gelegentliche Unerschütterbarkeit (nicht nur äußerlich, was nicht zur Debatte, ist doch notwendig, schon um zu sich bzw. zu etwas (Unterschied?) kommen zu können. ... Vielleicht versuchen wir es weiter mit erschütterbarer Erkenntnis, mit demütiger Offenheit den letzten Dingen glaubend, während man der übrigen – gleichgeordneten – Welt erkenntnismäßig zu Leibe geht.“ Im Brief vom 6.4.1944 setzt Baudissin die Diskussion fort und spricht dort vom „richtigen Maß der Erschütterbarkeit“.

17 Brunner geht im Schlusskapitel von „Gerechtigkeit“ S. 309ff. der Frage nach, wie denn die vorher entworfenen Folgerungen praktisch werden könnten, denn es sei ein weiter Weg von der Erkenntnis bis zur Verwirklichung des Gerechten. Um die dabei bestehenden Hindernisse aus dem Weg zu schaffen, brauche es Erschütterungen der Seele, die nicht durch Erkenntnis, sondern nur durch ‚Buße und Glauben‘ hervorgerufen werden können.

18 Hier geht es u.a. um Fragen zum Neuanfang aus einer ethischen Neuorientierung in der Art einer Renaissance: zum Primat des Individuums, zum Individualismus gegenüber Kollektivismus, zur gerechten Ordnung gegenüber dem Totalitären, zum Föderalismus, zur Demokratie, zur Ordnung und Gerechtigkeit in Gesellschaft, Staat und dessen Gliederungen, zur Ungleichheit und deren strukturbildender Bedeutung allgemein wie auch speziell in der Arbeitswelt und dem Militär sowie zur staatsbürgerlichen Erziehung.

schrift.¹⁹ Hier interessiert Baudissins dritte Zitation von Brunner gegen Schluss von Kapitels 5 in „Ost oder West“: „Auswertung der politischen Betrachtung“.²⁰ In einer umfangreichen Anmerkung zur Frage der Neuordnung der Welt und Europas stützt er sich weitgehend auf Brunners 21. Kapitel „Die gerechte Völkerordnung“ und dabei besonders auf die Abschnitte 1. „Die Friedensordnung“, 2. „Das Gesetz: Das Völkerrecht“ und 3. „Das gerechte Völkerrecht“ ab.²¹

Auf diesem Wege findet nun – zusätzlich zu den bisher behandelten geistig-sittlichen Aspekten – auch das Thema Frieden Aufnahme in die Denkschrift. Bildlich gesprochen, wird damit die Brunner-Lektüre und speziell das Thema Frieden zum Initialfunken, der Baudissins jahrelange Vorarbeiten plötzlich zum Lodern gebracht hat. Dadurch wird Baudissins Arbeit augenfällig zum Wendepunkt in seinem Denken, Verstehen und seinen Erkenntnissen. Sein gesamtes weiteres Denken und Handeln wird von nun an bis zu seinem Lebensende vom Thema „Frieden“ bestimmt.

Nebenbei ist zu bemerken, dass Baudissin die Seiten 225 bis 227 in Brunners „Gerechtigkeit“ wohl nicht besonders intensiv gelesen hat, in denen dieser sich eingehend mit der Ordnung der Armee beschäftigt und sie modellhaft als ein Beispiel „echter Ordnung“ herausstellt. Daraus ist zu schließen, dass Baudissin sich 1946 wirklich nicht mit Fragen aus seinem Berufsfeld – z.B. mit der Reform von Streitkräften – beschäftigt hatte. Mit der Denkschrift zur Schicksalsfrage war er ausschließlich auf der Suche nach genereller Neuorientierung, nach einem geistig-ethischen Neuanfang für sich, die Gesellschaft in Deutschland und Europa, wenn nicht gar für die gesamte Welt.²²

3. Frieden in Baudissins Denkschrift „Ost oder West“ von 1947

Baudissin beginnt seine Anmerkung²³ in der Denkschrift mit einer Zusammenfassung aus Brunner: „Die Konzentration der Machtmittel im Staat, vor allem die Monopolisierung des Tötungsrechtes, war zwar notwendige Voraussetzung zur Überwindung anarchischer Zustände, des *bellum omnium contra omnes* zwischen den Individuen, ist aber nunmehr im zwischenstaatlichen Bereich der entscheidende Faktor internationaler Anarchie – ,der nach innen segensreich-machtvolle Staat wird nach außen zum brutalen Vergewaltiger und Räuber‘ (Brunner a.a.O.). Die Beziehungen der Völker werden praktisch nur vom staatlich nationalen Egoismus bestimmt, d.h. jeder Staat nimmt so viel an Macht und irdischen Gütern, als irgend möglich, und gibt nur ab, wenn und was unvermeidlich ist.“²⁴

Brunner weiter indirekt zitierend, kommt Baudissin dann von der Ablehnung der moralisierenden Unterscheidungskriterien friedliebend und kriegerisch für Schuld und Unschuld am Krieg zu der Feststellung, dass der nationale und imperiale Macht egoismus in zwei Formen die entscheidende Dominante der zwischenstaatlichen Beziehungen sei, der konservativ-unkriegerischen und der aggressiv-kriegerischen. Angesichts der 1945 augenscheinlichen Existenzfrage der abendländischen Zivilisation oder gar der Menschheit überhaupt müsse mit allem Ernst und gutem Willen an die Einrichtung einer Völkerordnung gegangen werden²⁵. Brunner folgend, sucht Baudissin nun, analog der innerstaatlichen Entwicklung, nach einer einigermaßen gerechten Verteilung der Pflichten und Rechte der einzelnen Staaten, nach einem Weg zur laufenden Anpassung an die unaufhaltsame Weiterentwicklung sowie nach Mitteln zur Verhinderung anarchischer Tendenzen.

Brunner stellt drei Möglichkeiten einer Friedensordnung vor:

- durch zwingende Macht in Form der Pax Romana,
- durch völkerrechtlichen Friedensvertrag sowie

19 Zum ersten im 3. Kapitel Abschnitt 3.11: Deutschland und Russland sowie zum zweiten im Abschnitt 3.22: Der soziale und staatliche Aufbau als asiatische Lösung.

20 Baudissin 1947, Abschn. 3.22. S.a. Rosen 1994, S. 113f.

21 Vergl. Brunner S. 268.297; s. Anlage 1.

22 Beredtes Zeugnis dieser generellen Neuorientierung ist Baudissins Briefwechsel mit seiner Braut – s. Anmerkung 6. – Vergl. auch: Gespräch mit Wolf Graf von Baudissin. In: Axel Eggebrecht (Hrsg.): Die Zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945. Hamburg 1979, S. 203ff., besonders S. 207f. und 211ff.

23 Baudissin 1947, Anm. zu Kap. 5, s. Anlage 1.

24 Vergl. Brunner S. 272f.

25 Vergl. Brunner S. 275.

- durch föderalistisch-kooperative Bildung einer überstaatlichen Macht.²⁶

Alle drei Möglichkeiten bieten – auch für Baudissin – keine institutionelle Lösung des Anarchieproblems zwischen den Völkern. Dies zu erkennen sei jedoch Pflicht jedes Menschen, der verantwortungsvoll am Problem des Völkerfriedens zu arbeiten habe und sich nicht mit utopischen Phantasien zufriedengebe – so Baudissin.²⁷

Dabei scheint Baudissin, dem dritten Modell eine gewisse Chance der Realisierung zuzubilligen und sieht im Gegensatz zu Brunner Möglichkeiten zur praktischen Verwirklichung. Dazu führt er weiter aus, auf Brunner verweisend, dass die einzige Friedensgarantie der Zukunft darin liege, den jetzt maximalen Friedenswillen aller zu nutzen, der Friedenswille der Staaten und Völker, der als solcher auch der Wille sein muss, für gerechte Ansprüche anderer nationale Opfer zu bringen²⁸. Dazu sei von innen her auf die Menschheit einzuwirken, um des Friedens, d.h. der eigenen Existenz willen auf eine rein egoistische Machtpolitik zu verzichten und im Interesse dieses Friedens gewisse minimale Forderungen völkerrechtlicher Gerechtigkeit und Friedlichkeit zu erfüllen, auch wenn sie Opfer kosten. Baudissin sieht, dass kein Schiedsgericht eine Großmacht in der Ausführung ihres Willens hindern könne; und andererseits ein machtegoistisches Benehmen den Keim eines nächsten Weltkrieges in sich birgt.²⁹ Daher hofft er, dass aus einer „moralisch-praktischen Souveränitätsbegrenzung (Brunner)“ sich gewisse Institutionen überstaatlicher Zusammenarbeit ergeben, die dann mit der Dauer ihres Bestehens immer mehr Autorität erlangen.

Wie diese moralisch-praktische Souveränitätsbegrenzung aus dem Willen zum Frieden für die Völker und die Menschheit zu realisieren sei, wird von Baudissin – ähnlich wie von Brunner – jedoch (noch) nicht erörtert. Baudissin sieht aber Möglichkeiten für eine Organisation der Völker im begrenzten Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses; dabei sei es vielleicht ein deutsches Schicksal, die äußere Einheit und Großmachtstellung auf dem Altar der europäischen Einigung zu opfern. Diese Union fordert er geradezu als einzig mögliche Lösung für Europa: Darüber hinaus gebiete der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, d.h. die Forderung der Stabilität, eine solche Union, da Denkansätze über das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder über die historische Ableitung von Ansprüchen von voll souveränen Staatsgebilden wohl nur neue oder alte Ungerechtigkeiten aufrichten würden.

Brunner fasst in seinem Schlussgedanken einige Überlegungen für die Realisierung von Frieden in der Welt zusammen. Diese boten jedoch Baudissin zu jener Zeit vermutlich nur bedingt Antworten auf seine politisch-praktischen Fragen. Denn Baudissin ist – anders als Brunner mit dessen Fünf-Stufenansatz³⁰ – sehr viel stärker auf das Politisch-Praktische aus, der Machbarkeit und praktischen Realisierung von Frieden. Betrachtet man aber Baudissins spätere Arbeiten über Frieden, so finden sich in ihnen gerade diese Gedanken von Brunner wieder. Brunner geht es um

- die Wiederentdeckung der Willensziele und deren Hervorhebung vor den Mitteln,
- die Hoffnung auf den uneigennütigen Willen zur Gerechtigkeit wenigstens einer Minderheit von Parteigängern,
- staatsbürgerliche Erziehung zum Gerechtigkeitssinn als Geschehnis der ‚Wiedergeburt‘,
- das Neuwerden und Anderswerden sowie um einen Willen zur Tat aufgrund einer Erschütterung der Seele, die nicht durch Erkenntnis, sondern nur durch ‚Buße und Glaube‘ hervorgerufen werden können, und um

26 Vergl. Brunner S. 277ff. – Nach Brunner geht es dabei um die „föderalistisch-kooperative Bildung einer überstaatlichen Macht, die den Frieden gewährleistet, indem sie, nach dem gemeinsamen Beschluss der Kooperanten, den einzelnen Friedensstörer, das heißt den, der sich dem Beschluss der Völkerunion nicht beugt, zum Gehorsam zwingt.“ Dass. S. 280ff.

27 Vergl. Brunner S. 282.

28 Vergl. Brunner S. 283f. – bei Brunner sind die Worte ‚Friedenswille‘ und ‚solcher‘ gesperrt gedruckt. Dies weist darauf hin, welchen Stellenwert er dem Friedenswillen gegenüber institutionellen Möglichkeiten beimisst.

29 Vergl. Brunner S. 283-287.

30 Die dabei benutzten Kriterien hat Brunner bereits bei der Darstellung der „gerechten Ordnung des Staates“ verwendet vergl. ders. S. 233ff. S. dass. S. 271f. und S. 296-298.

- Liebe; ist doch Gerechtigkeit nichts anderes als die Gestalt der Liebe, die in der Welt der Ordnungen und Institutionen Kurs hat.³¹

4. Frieden in Baudissins Vorträgen im Rahmen der Evangelischen Kirche 1950/1951

Baudissin geht einleitend davon aus, dass Friede nicht so sehr ein tagespolitisches Thema sei, vielmehr definiert er Frieden als allgemein menschliches, individuelles Problem³². Er geht von Abwesenheit von Gewalt und Spannungen als negative Bestimmung von Frieden aus. Dann beschreibt er Frieden positiv als eine Sehnsucht der Menschheit: Frieden ist gegeben, „wenn <das> Ich gewillt <ist>, alle Spannungen ohne Gewalt zu überwinden (Opferbereitschaft), Polarität zu bejahren (Individualität), und im Vertrauen, dass <das> Du gleichen Willens <ist>, d.h. wenn alle Partner bestimmte Ordnungsprinzipien anerkennen. <Dies ist aber> nur möglich, wenn jeder den Nächsten und seine Sphäre genau so achtet wie <die> eigene und das Anderssein des anderen als fruchtbar bejaht – *suum cuique* – achte Deinen Nächsten wie Dich selbst.“ Kampf dürfe aber nicht gegeneinander, sondern nur nebeneinander um des Besseren willen – geführt werden.

Damit stellt Baudissin den inneren Frieden, den Frieden mit sich selbst, vor den politischen Frieden. Jener Friede mit sich selbst sei nur aus dem freien Entschluss und der Verantwortung von opferbereiten, vertrauensvollen Menschen zu schließen.

Bezogen auf den politischen Frieden gilt für Baudissin die „Tatsache: Keine noch so hohe Frage [Idee] ist ein Kriegsgrund“, da jeder Krieg nur neues Unrecht und Leid für die bedeute, welchen diese Idee dienen solle. Gewalt entstehe aber, wenn Spannungen nicht ertragen werden. Und im politischen Rahmen sei Frieden unsicher, wenn ein Vakuum zum Angriff locke bzw. da Furcht vor Krieg über Aufrüstung Krieg provoziere sowie der Versuch, Krieg um jeden Preis zu verhindern, stets Angriff bedeute.

Baudissin sieht auch das Problem vorsätzlicher Friedens-Störer:

- Denen müsse man das Wasser abgraben und dabei auch <das> Schwert als Damm (Vakuum) einsetzen.
- Ein anderer Weg sei der *echter* Intoleranz (Wahrheit und Ordnung) als Vertrauenshilfe.
- Ein dritter Weg heißt Vergeben, Nachgeben und Aufgeben.
- Und der vierte bedeute Übertragung <der Aufgaben> an <den> Staat – <eben> doch Notwehr – Notstand – ohne Rache <, > zur Wiederherstellung <des> *Status quo*.

Baudissin fragt dann angesichts der gemeinsamen Existenzbedrohung weiter nach möglichen politisch-praktischen Konsequenzen. Er verwirft hier wie schon in „Ost oder West“ die Modelle vom Heiligen sowie Gerechten Krieg. Stattdessen spricht er von

- neuem gelenkten Gebrauch der Macht,
- einer neuen Aufklärung, die die Grenzen des Menschen deutlich mache – wie bereits von den Atomphysikern beschritten – sowie von
- sozialer Gerechtigkeit in Demokratie.

Dazu empfiehlt er, den Blick vom Fernziel zum Nahziel, auf das politisch Konkrete zu richten, Gemeinsames und Anknüpfungspunkte der einander gegenüberstehenden Systeme zu suchen, um Möglichkeiten <aufzutun>, Zustände zu bessern.

31 Brunner S. 307-312. Auch der kurz davor von Brunner geäußerte Gedanke, dass „Gerechtigkeit ohne Macht ohnmächtig“ sei, wird von Baudissin hier übergangen – trotz entsprechender Überlegungen vorher.

32 Baudissin 51,1, s. Anlage 2. Dieses Dokument ist ein handschriftliches Stichwortmanuskript. Zur besseren Lesbarkeit wird es hier vorsichtig zu einem Fließtext ergänzt. – S.a. Rosen 1982, S. 13f. In diesem Zusammenhang ist auch auf Baudissins handschriftliches Vortragsmanuskript „Christ und Wehrdienst“ hinzuweisen, in dem er sagt, dass die „Bibel keine Rezepte für Frieden auf Erden“ liefere, „sondern Raum für ernste Selbstprüfung + Entscheidung im konkreten Fall. Klar, dass die Kinder Gottes Friedensstifter sein sollen, nicht generell gesagt, wie Verhalten in friedloser Zeit.“ ders. 52,6.

Und speziell für Christen: Der Christ habe ein tragisches Verhältnis zum Frieden, das bedeute stets Leiden; denn Frieden sei niemals als konfliktfreier ‚friedlicher‘ Zustand zu denken. Es sei daher eine typische Aufgabe für Christen,

- das Durcheinander zu ordnen <und>
- falsche Gegensätze ... zu überbrücken,
- längst überholte Fronten zu durchbrechen,
- Freiheit und Ordnung in Gerechtigkeit zu vereinen sowie
- <das> Bild <vom> Christlichen Abendland ... *zu leben*, und das heißt, – als Kirche, Gemeinde wie Einzelner – zum Frieden des Geistes und des Gewissens, allgemein gesprochen, aus dem Anti zum friedlichen Pro zu kommen.

Baudissins Überzeugung nach kann der politische Friede „nur in uns selbst beginnen“. Er appelliert damit an die Verantwortung der Friedliebenden zum Friedenstiften, d.h. zur Arbeit an sich selbst, um Vertrauen zu erringen und zu stärken sowie zur Schaffung und Aufrechterhaltung <einer> gerechten Ordnung (Augustin), die von den *meisten* anerkannt wird. Und das bedeute konkret, den Frieden zu stabilisieren durch

- Verhandlungsbereitschaft,
- Aufhebung der Angst im Wissen um eine letzte, nicht irdische Instanz,
- Aufhebung der Vergeltungskette im Wissen um die eigene Schuld und die Bedürftigkeit der Vergebung sowie
- Mut zum Wagnis neuer Wege aus dem Wissen um die Unzulänglichkeit der bisherigen und um die eigene Unabhängigkeit vom Erfolg sowie
- Gebet.

Baudissins – schon in den Anmerkungen zu „Ost oder West“ hervorgetretener – politisch-praktischer Ansatz bestimmt also auch diesen Vortrag. Dabei werden die individuellen, deutlich christlich bestimmten Gedanken zum Frieden eindeutig praktisch und so in das Politikfeld eingebracht.

Die doppelte Betrachtung von Frieden als Individuell-Sozialpsychologisches und allgemein Politisch-Praktisches kennzeichnet jetzt Baudissins Ansatz. Dies wird besonders an den Ausführungen zur Überwindung – so verstanden – falscher Gegensätze zwischen den Systemen und dem Aufruf zum Mut zum Wagnis neuer Wege aus dem Wissen um die Unzulänglichkeit deutlich. Und weiter – das ist hier bereits festzustellen – gibt es für Baudissin zu Frieden auf Erden als politischem Zustand und Aufgabe keine Alternative.³³

5. Frieden in Baudissins Überlegungen zur Inneren Führung 1951-1958

In Baudissins Konzeption Innere Führung ist Frieden ein – um nicht zu sagen: der – zentrale ethische Eckpunkt.³⁴ Dabei sind für seine Grundgedanken zur Inneren Führung der neu aufzustellenden Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland der individuell-normative wie der politisch-praktische Aspekt gleichermaßen von Bedeutung. Dies ist aber nicht unmittelbar aus seinen schriftlichen und mündlichen Beiträgen aus den Jahren seines aktiven Dienstes im Amt Blank und im Verteidigungsministerium zu entnehmen. Wo es um die von ihm sogenannten geistig-sittlichen Grundlagen des Soldaten der Bundeswehr geht, um dessen ethisches Fundament, sowie um die Fragen nach der politischen Le-

33 Auch wenn Baudissin hier an keiner Stelle Brunner namentlich erwähnte, ist doch davon auszugehen, dass er sich noch sehr genau an die Lektüre von „Gerechtigkeit“ knapp vier Jahre vorher erinnerte, wenn er nicht sogar das Buch bei der Erstellung des Manuskripts direkt zur Hand genommen hat. Denn die biblischen Belegstellen für seine Argumente sind dieselben, die Brunner verwendet hatte. Und auch verschiedene Begriffe oder Wendungen verweisen unmittelbar auf Brunner wie z.B. Friedliebende, gerechter Frieden, gerechte Ordnung, Freiheit und Ordnung in Gerechtigkeit, Opferbereitschaft, *suum cuique*, gemeinsame Existenzbedrohung oder dem Friedensstörer das Wasser abgraben.

34 Vergl. Rosen 2004.

gitimation von Streitkräften und deren politischem Zweck, greift Baudissin jedoch immer wieder an zentraler Stelle auf Frieden als Letztbegründung zurück.

5.1 *Das Politisch-Praktische*

In seiner ersten öffentlichen Äußerung als Mitarbeiter des Amtes Blank im Dezember 1951 an der Evangelischen Akademie in Hermannsburg³⁵ formulierte Baudissin, was wie ein Paukenschlag gewirkt haben muss: Für künftige Streitkräfte sei Frieden das Ziel und Abschreckung³⁶ dazu das politische Mittel. „Wir haben ernsthaft und redlich umzudenken und uns bewusst zu machen, dass der Soldat in aller erster Linie für die Erhaltung des Friedens eintreten soll; denn im Zeitalter des absoluten Krieges mit seinen eigengesetzlichen, alles vernichtenden Kräften gibt es kein politisches Ziel, welches mit kriegerischen Mitteln angestrebt werden darf und kann, außer der Verteidigung gegen einen das Leben und die Freiheit zerstörenden Angriff.“³⁷

Und weiter heißt es in dem Vortrag ganz praktisch – bis hin zu Gedanken für die Entwicklung eines positiven Friedens – hier: in der eigenen Gesellschaft und in Europa: Die Streitkräfte können Wesentliches zur Stärkung und Wahrung des Friedens beitragen, indem sie

- durch ihre militärische Abwehrstärke dem Gegner die Versuchung eines risikolosen Angriffs nehmen;
- durch die Existenz das Klima der Angst abbauen helfen und so die Menschen aus der Reaktion zur Aktion freimachen;
- durch vielfältige menschliche Begegnung und sachliche Zusammenarbeit das europäische Gemeinschaftsbewusstsein verbreitern und vertiefen;
- die Jugend an den Staat heranführen;
- den Wurzellosen einen Zugang zum späteren Zivilberuf öffnen sowie
- durch ehrliche Bemühungen um den Menschen und ein Leben in neuen Formen der fortschreitenden Funktionalisierung und Enthumanisierung einen Damm entgegenstellen.³⁸

Schließlich sollte nach Vorstellung der Gruppe Baudissin die Pflicht zur Friedenswahrung nach innen und außen als zentraler Gedanke in die Präambel des Soldatengesetzes aufgenommen werden.³⁹ Im Handbuch für Innere Führung – der ersten umfassenden Schrift zur Inneren Führung aus Baudissins Unterabteilung – steht Frieden als leitender Gedanke für die neue Bundeswehr eindeutig fest. Dort heißt es: „Vom Frieden her bekommt die Kriegführung ihren Auftrag und ihre Grenzen.“ Und weiter, bei der Einführung der Leitsätze für die Erziehung des Soldaten: „Die Bundeswehr schützt Frieden und Freiheit des deutschen Volkes. Sie sichert gemeinschaftlich mit den Soldaten der freien Welt die auf Recht begründeten Lebensordnungen, die der europäische Geist seit Jahrhunderten formt.“⁴⁰ Seine Arbeit an der Konzeption Innere Führung resümierend, befasst Baudissin 1968 sich mit dem „Beitrag des Soldaten zum Dienst am Frieden“.⁴¹ Er ging darin der Frage bzw. der implizierten Aufforderung

35 Baudissin 51,5, ders. 1969, S. 23ff. S.a. Bald, Detlef: Graf Baudissin und die Reform des deutschen Militärs. In: Linnenkamp, Hilmar/Dieter S. Lutz (Hrsg.): Innere Führung. Zum Gedenken an Wolf Graf von Baudissin. Reihe: Demokratie, Sicherheit, Frieden Band 94, Baden-Baden 1995, S. 19-53, hier: S. 38ff.

36 In einem Brief an Herrn Pansius-Heide vom 13.6.1952 schreibt Baudissin als Begründung für seinen Entschluss, „doch“ ins Amt Blank gegangen zu sein: „Da ich aber zu der Erkenntnis kam, dass der Frieden nur über eine Verteidigungsbereitschaft zu bewahren ist, glaubte ich, mich der praktischen Konsequenz dieser Auffassung nicht entziehen zu dürfen.“

37 Ders. 51,5, s.a. ders. 1969, S. 24.

38 Dass.

39 Diese programmatische Aussage führte fast zum Eklat im Amt Blank, bis schließlich der Gedanke einer Präambel überhaupt fallen gelassen wurde – s. Mitarbeiter Dr. Will 1953 im Tagebuch der Gruppe Inneres Gefüge am 29.9. und 1.10.1953.

40 Ders. in: Bundesministerium für Verteidigung, FÜ B I 6 (Hrsg.): Handbuch Innere Führung. Hilfen zur Klärung der Begriffe. Bonn 1957, S. 59 et passim. Sowie Bundesministerium für Verteidigung: ZDv 11/1. Leitsätze für die Erziehung des Soldaten. Bonn 1957. Beide Schriften sind unter Baudissins Leitung entstanden.

41 Ders. 68,8, s. Anlage 3.

nach, den Frieden ernst nehmen zu müssen und spitzte das Paradoxon⁴² vom „Soldat für den Frieden“ noch einmal dahingehend zu, dass die Erhaltung des Friedens von der Bereitschaft zum Krieg abhängt. In einer späteren schriftlichen Fassung des Vortrages betonte er einleitend: „Auch der Soldat hat seinen Beitrag zum Frieden zu leisten, wenngleich er noch immer als Sachwalter des Krieges gilt. In der Konzeption der Inneren Führung finden sich – zumindest im Ansatz – viele der nachfolgenden Gedanken. Das ist kein Zufall, war diese doch von Anbeginn auf Friedenserhaltung angelegt. ... Unser Thema stellt nun die radikale Frage nach dem Selbstverständnis des Soldaten. Das zwingt zu kritischer Bestandsaufnahme; denn den Beitrag zum Dienst am Frieden als tragendes Motiv des soldatischen Dienstes zu setzen, heißt nicht nur Abschied von manchen Selbstverständlichkeiten. Es bedeutet so etwas wie geistige Revolution.“ Und damit stellte er seine Ausführungen unter den Imperativ, ja unter die revolutionäre Frage: „Sollten Soldaten nicht auch den Mut haben, sich heute für die Sache des Friedens zu engagieren, und sollten sie nicht eine lohnende Aufgabe darin finden, im Frieden den Frieden zu bewahren und im Krieg den Rückweg in den Frieden offenzuhalten ...?“⁴³

5.2 *Das Individuell-Sozialpsychologische*

In einem Vortrag von 1952 in Bad Boll fasste Baudissin die politischen und individuellen Aspekte von Frieden, – noch für die Streitkräfte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft – zusammen: „Dieser Soldat der E.V.G. soll sichtbar dem Frieden in Freiheit dienen. Er muss wissen, dass die beste Friedenssicherung in seiner Kraft und Bereitschaft zur Abwehr liegt, aber auch davon überzeugt sein, dass er für eine trotz aller Gebrechlichkeit verteidigungswerte Ordnung und ganz konkret für seinen Nächsten steht. Dieses kann der Soldat nur, wenn er im menschlichen Frieden zu seinen Vorgesetzten, Kameraden und Untergebenen lebt. Dafür soll das ‚Innere Gefüge‘ Sorge tragen. Aber darüber hinaus muss sich der Soldat des deutschen Kontingents auch im Frieden mit seinem Volke fühlen, aus dem er nicht auszusondern ist. Somit richtet sich die Frage nach dem Inneren Gefüge nicht nur an den zukünftigen Soldaten und seine nächsten Angehörigen, sondern an alle verantwortlich denkenden Menschen.“⁴⁴

Die individuelle Komponente von Frieden wird von Baudissin in den folgenden Jahren weiter betont. So sagte er 1953 bei einer Tagung zur Vorbereitung der Leitsätze für Erziehung: „Der Zustand den wir heute Frieden nennen, scheint alles andere als friedlich zu sein. Der permanente Bürgerkrieg ohne räumliche und zeitliche Grenzen und ohne Beschränkung der Kampfmittel stellt uns vor schwerwiegende Probleme, die wir gerade im soldatischen Raum als etwas wirklich Neues nicht übersehen dürfen. Denn die Grenze zwischen den Lagern, die Grenze zwischen den beiden Lebensordnungen läuft tatsächlich in den Herzen des Einzelnen, also auch durch die Herzen der Soldaten.“⁴⁵ Aus dieser Erkenntnis entwickelten sich zwei Ziele für die Truppeninformation – heute: politische Bildung: Zum einen das mitmenschliche friedliche, angstfreie Verhältnis und einen nicht-gewalttätigen Austrag zwischenmenschlicher Spannung, und zum anderen eine neue politisch-geistige und gesellschaftliche Ordnung auf der Grundlage von Frieden bis hin zu einem positiven Friedensbegriff, wenn er als politisches Ziel von Stärkung und Wahrung des Friedens spricht.⁴⁶

6. **Frieden in Baudissins Überlegungen zur Strategie 1951-1984**

Baudissin trat als strategischer Denker erst spät – nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Militärdienst – ins öffentliche Bewusstsein.⁴⁷ In der Zeit der Massiven-Vergeltungs-Strategie der NATO war

42 S.a. ders. 54,7, 62,2, 69,9 und 64,13 wo er betont: Um Frieden haben, bewahren oder wiederherstellen zu können, müsse eine feste Entschlossenheit zum Krieg bestehen, eine Entschlossenheit, „jeden Aggressor mit sich in die totale Zerstörung zu reißen“.

43 Ders. 69,9, in: ders. 1969, S. 28. S.a. ders. 72,9, s. Anlage 4, S. 12ff.

44 Baudissin 52,5, ders. 1969, S. 140.

45 Baudissin 53,8, ders. 1969, S. 143.

46 Entsprechend formulierte Baudissin 58,6 bei seinem Abschied aus der Unterabteilung des Ministeriums ein „Erziehungsziel zum Freiseinsollen“: „Doch von den Freien allein hängt es ab, ob wir die Lage bewältigen und ob wir eine Ordnung schaffen werden, die unter den veränderten Bedingungen ein Höchstmaß an Freiheit, Recht und Menschenwürde bietet. Das wäre der entscheidende Beitrag zum Frieden der Welt.“

47 S. z.B. ders. 68,3 NATO-Strategie im Wandel, in: ders. 1982, S. 267-302; ebenso ders. 68,12 Warum ich über Strategie lese, in: DIE ZEIT Nr. 44 v. 1.11.1968. Und praktisch im Sinne von Politikberatung, s. ders. 68,9. Mit dem Blick des Strategen, in: DIE ZEIT Nr. 35 vom 30.8.1968; ders.: 72,9, s. Anlage 4.

er jedoch als stellvertretender NATO-Befehlshaber für das G2-Gebiet mit an der Entwicklung der Strategie der *flexible response* unmittelbar beteiligt gewesen. Und auch seine Kriegsbildanalysen aus den Jahren 1961/62 geben Aufschluss darüber, dass er sich bereits vor dieser Zeit mit Strategie eingehend befasst hatte.⁴⁸

1953 hatte Baudissin gesagt: „Wie weit es im Zeitalter der Atombombe noch Sieger und Besiegte gibt, ist fraglich; und die Aufgabe des Friedens ist mit militärischem Sieg noch nicht gelöst. Ich halte es auch für gefährlich, (einfach so) den militärischen Sieg als letztes Ziel des Krieges hinzustellen, als etwas auch, was ohne weiteres und ohne Folgen zu erwarten ist. ... Er kann nur dann als letzte Möglichkeit gerechtfertigt sein, wenn wir uns gegen einen Gegner verteidigen müssen, der die Existenz der Gemeinschaft und damit zugleich die Existenz jedes Einzelnen zu vernichten droht. Die Streitkräfte sind nach meiner Auffassung kein Instrument mehr dafür, einen aggressiven Willen durchzusetzen, sondern sie sind allein dazu da, dem Gegner durch ein Höchstmaß an Kampftüchtigkeit die Verlagerung der geistigen Auseinandersetzung in die Sphäre des heißen Krieges unratsam erscheinen zu lassen. Dieses Höchstmaß an Kriegstüchtigkeit geht weit über das Technisch-Taktische hinaus. Sie macht es der Politik erst möglich, den *Frieden* zu bewahren.“⁴⁹ Und zusammenfassend heißt es: Zweck des Krieges sei heute wie ehemals, den Gegner zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen⁵⁰. Daran ändere auch die Verlagerung der Auseinandersetzung auf die geistig-politische Ebene nichts. „Kriegsziel‘ der freien Welt ist es, zumindest militärisch, den Frieden zu erhalten und jedes Antasten der freiheitlichen Ordnung zu verhindern. So bleiben auch die Streitkräfte ein Mittel der Politik, aber eben nur noch eines im politischen Krieg neben Wirtschaft, Recht, Gesellschaft, Technik und Wissenschaft; sie entwickeln ihren höchsten politischen Wert, wenn sie abschrecken, ohne eingesetzt zu werden.“⁵¹

Am 8.3.1957 notierte er z.B. in sein Tagebuch, er habe auf den Vorhalt aus dem „Haus“, in den Lehrgängen an der neu gegründeten Schule für Innere Führung würden die atomaren Dinge nicht genügend berücksichtigt, geantwortet, „dass ich es gewesen sei, der als Erster im Hause diesen Faktor in Rechnung gestellt habe“.⁵² Ebenso bestätigen seine Ausführungen im Handbuch Innere Führung von 1957⁵³ wie auch seine kritischen Anmerkungen zur ministeriellen Stabsrahmenübung Lion Noir von 1957⁵⁴ seinen strategischen Denkanatz bereits bei seinen Arbeiten im Amt Blank. Dabei äußerte er sich zwar aus dem besonderen Blickwinkel des verantwortlichen Stabsabteilungsleiters für Innere Führung, dieser ist jedoch von seinen Gedanken über Kriegsbild und Strategie im Atomzeitalter deutlich geprägt.⁵⁵

Baudissin unterscheidet zwischen militärischen Strategien⁵⁶, zu denen er die der strategischen Stabilität, der gegenseitigen Abschreckung durch *massive retaliation* oder durch *flexible response* sowie die

48 Vgl. Axel Gablik: „... von da an herrscht Kirchhofsruhe.“ – Zum Realitätsgehalt Baudissinscher Kriegsbildvorstellungen. In: Martin Kutz (Hrsg.): Gesellschaft, Militär, Krieg und Frieden im Denken von Wolf Graf von Baudissin. Reihe Forum Innere Führung Band 23, Baden-Baden, S. 45-60, hier: S. 52.

49 Baudissin 53,18. Vgl. auch derselbe 62,2, ders. 1969, S. 69 sowie ders. 66,2 in seinen Vorwort zu André Beaufre: Totale Kriegskunst im Frieden, Berlin 1966, s.a. ders. 1969, S. 263ff., in dem er besonders Beaufres Vorstellungen zu Frieden und Vorschläge zur Lösung des politisch-strategischen Dilemmas zustimmend aufnimmt.

50 Diese Maxime entwickelte Baudissin (68,8, s. Anlage 3, vergl. ders. 1969, S. 39) sieben Jahre später weiter: „Nach wie vor gilt das Wort von Clausewitz, dass es Ziel des Krieges ist, dem Gegner den eigenen politischen Willen aufzuzwingen. Nur, dass der politische Wille nicht mehr darauf abzielt, dem anderen etwas aufzuzwingen, was dessen politische Existenz bedroht. Es geht heute darum, sich dem Willen des Angreifers nicht selbst zu unterwerfen; nicht mehr um ‚Siegen‘ geht es, sondern um ‚Nicht-besiegt-Werden‘.“ Vergl. ders. 68,3, ders. 1969, S. 293f: Es gehe nicht um das „militärische Siegen“ – dies diene keinem politischen Zweck: „Das militärische Nicht-Besiegt-Werden wird häufig genügen, um den Angreifer zu hindern, seinen politischen Willen dem Angegriffenen aufzuzwingen. Ein solcher ‚Sieg‘ genügt.“

51 Ebd. S. 75.

52 Tagebuch der Gruppe Inneres Gefüge, in BAMA Nachlass N 717/8, Eintrag v. 3. März 1957, S. 17 und 18.

53 Z.B. bei der Frage nach dem Soldaten „im permanenten Bürgerkrieg“ und im „heißen Gefecht“, in Baudissin 1957, S. 34-39.

54 Vergl. Frank Nägler: Die personelle Aufrüstung der Bundeswehr. Bedingungen, Anlagen und Wirklichkeit der Inneren Führung. 2007. S. 269-290. S.a. ders.: Zur Ambivalenz der Atomwaffe im Blick auf Baudissins frühe Konzeption der Inneren Führung, in: Rudolf J. Schlaffer, Wolfgang Schmidt (Hrsg.): Wolf Graf von Baudissin 1907-1993. Modernisierer zwischen totalitärer Herrschaft und freiheitlicher Ordnung. München, S. 151-164.

55 Axel F. Gablik: Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland 1955-1967: Politische Kontrolle oder militärische Notwendigkeit? Baden-Baden 1996, S. 302.

56 S. z.B. ders. 68,3 NATO-Strategie im Wandel, in: ders. 1982, S. 267-302.

der Sozialen Verteidigung zählt, und sicherheitspolitischen Strategien⁵⁷ wie z.B. Entspannungspolitik, Abrüstung und Präventive Kooperative Rüstungssteuerung mit Steuerung des Rüstungstransfers, interventionsfreien Zonen sowie regionalen Stationierungsverboten für bestimmte Waffensysteme sowie Friedensmissionen.⁵⁸

Beide Strategie-Ebenen dienen bzw. sind Instrumente der Friedens- und Sicherheitspolitik.⁵⁹ Sie sind eng miteinander verknüpft, wie Baudissin am Thema *crisis management* als strategisches Instrument deutlich macht: Hierbei dominiert der politische Zweck über die militärische Effizienz; die möglichen politischen Implikationen bestimmen das taktische Detail. Da gutes *crises management* Krisenbeherrschung, ja Krisenverhütung bedeutet, kann es nicht erst im Krisenfall oder mit Ausbruch der Gewalttätigkeit einsetzen. Im Gegenteil, die Funktion der Streitkräfte im Frieden als Mittel der Kriegsverhütung ist zumindest genauso wichtig wie im Falle eines dennoch ausbrechenden Krieges.⁶⁰ In dem Sinne haben Streitkräfte und Militärstrategien „im Rahmen der Sicherheitspolitik Hilfsfunktionen“.⁶¹

Baudissins Vorstellungen zu Strategie sind von einem positiven Verständnis von Konflikt⁶² sowie von Flexibilität bestimmt; so sagt er: „...die klassischen Vorstellungen von Sicherheitspolitik sind infrage gestellt. Man beginnt zu begreifen, dass es *nur noch gemeinsame Sicherheit* gibt und nicht auf Kosten des anderen.“⁶³ Seine Vorstellungen basieren auf Beid- bzw. Gegenseitigkeit, Vertrauensbildung und Kooperation.⁶⁴ Sie zielen unter praktischen Gesichtspunkten darauf ab, strategische Instrumente zur Bewahrung und Wiederherstellung des Friedens für Strategie und Politikberatung zu entwickeln.⁶⁵ Dazu bedürfe es – wie er zum Volkstrauertag 1972 in deutlichem Anklang an Brunner betonte –, Strukturen und Mechanismen gewaltfreien Konfliktaustrages, die von seinem doppelten Ansatz bestimmt sind. Die Wirksamkeit von „Vertrauensbildenden Maßnahmen“ machte er an der KSZE-Schlussakte deutlich: „...deren relativ lose vereinbarte Maßnahmen aus mehreren Gründen einen ersten Schritt in die richtige Richtung [bildeten]; sie schafften mit der Zeit politisches Gewohnheitsrecht und vermittelten Erfahrungen, die für kommende Vereinbarungen hilfreich sein können.“⁶⁶

-
- 57 S. ders.: Sicherheitspolitische Probleme zur Erhaltung des Friedens, vom 10. Januar 1984, s. Anlage 7. S.a. ders. 68,8, s. Anlage 3, vergl. a. ders. 1969, S. 38-40 *et passim*. Ders. v. 15.3.1983: Abschreckung und Entspannung. Die Strategie der NATO zur Erhaltung des Friedens. Gefährdungsmomente und Lösungsmöglichkeiten. Ders. v. 15.02.1984: Sicherheitspolitische Probleme der 80er Jahre. Öffentliche Vortragsreihe an der Universität Konstanz: „Ost-West-Konflikt und Friedenssicherung“. Sicherheitspolitik hat für Baudissin ausschließlich eine friedensbewahrende Zielsetzung. Ihr Mittel ist strategische Stabilität. Streitkräfte üben unter diesen Bedingungen eine lediglich prohibitive Funktion aus. Die Aufgabe der Sicherheitspolitik bestehe darin, Symmetrie des militärischen Kräfteverhältnisses herzustellen und zu erhalten. Ders. 76,27, S. 2. Dabei gehe es nicht um Symmetrien in allen Ebenen, Sektoren oder Systemkategorien, sondern um eine belastbare Gesamtstabilität, die für jeden Beteiligten aus einem kalkuliert untragbares Risiko entstehe; s. ders. 76,1; ders. 76,28. In der Denkschrift von 1947 sprach Baudissin vom „unverantwortbaren Risiko“. Der Entspannungsprozess verlange darüber hinaus, Instabilitäten der anderen Seite ernst zu nehmen und bei ihrem Abbau zu helfen. Das fordere auch die Bereitschaft, Interdependenzen einzugehen, also Einbußen an klassischer Souveränität hinzunehmen und mache Vertrauensbildende Maßnahmen bei Kooperativer Rüstungssteuerung notwendig. S. Baudissin, Wolf Graf von: Bemerkungen zu den Heidelberger Thesen. In: Detlef Bald (Hrsg.): Europäische Friedenspolitik – Ethische Aufgaben. Baden-Baden 1990, S. 31-34, hier: S. 32.
- 58 Ders. 72,9, s.a. Anlage 4, S. 5ff. S. a. ders. 72,17: Arms Control as an Instrument of Détente, in ders. 1982, S. 168-182. S.a. ders. 76,1. Ders. 81,38 in ders. 1982, S. 232-255. Ders. 77,15 Vertrauensbildende Maßnahmen als Instrument Kooperativer Rüstungssteuerung, in: Jost Delbrück u.a. (Hrsg.): Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE, S. 215-230. Ders. 77,17 Kooperative Rüstungssteuerung, Beitrag zum Wörterbuch „Bundeswehr und Gesellschaft“, hrsg. von Ralf Zoll u.a., Opladen 1977, S. 140-144: S.a. ders. 81,46, s. Anlage 5, S. 7ff. Dazu s.a. ders.: Vertrauensbildende Maßnahmen. Ihre Bedingungen und Perspektiven. MS vom 18. Januar 1982, s. Anlage 6.
- 59 Ders.: 69,13 NATO-Strategie im Zeichen der Friedenserhaltung, in: ders. 1982, S. 96 – 118. S.a. ders. 72,9, s. Anlage 4, S. 14ff.
- 60 Ders. 70,17: Sicherung des Friedens als Aufgabe heutiger Streitkräfte, Vortrag bei der Arbeitstagung „Probleme der Friedenserziehung“, Saarbrücken, Juni 1970. S.a. ders. 72,9, s. Anlage 4, S. 12f.
- 61 Ders. 72,9, s. Anlage 4, S. 14 *et passim*.
- 62 Ders. 72,9, s.a. Anlage 4 und ders. 81,46, s. Anlage 5.
- 63 Dass. S 4, Hervorhebung durch v.R..
- 64 Ders.: Vertrauensbildende Maßnahmen – Ihre Bedingungen und Perspektiven; v. 18.1.1982, s. Anlage 6. S a. ders. 72,17, ders. 1982, S. 181f.
- 65 Dies ist das Ergebnis der Lehrgangsarbeit von Major Renk an der Führungsakademie der Bundeswehr: Baudissins Wirken als General bei AFCENT und SHAPE. Hamburg 1998. Vergl. a. Gablik, besonders S. 299ff. S. ders. vom 18. Januar 1982, s. Anlage 6.
- 66 Ders. vom 18. Januar 1982, s. Anlage 6, S. 4.

6.1 Zum Individuell-Sozialpsychologischen

Die entscheidenden Voraussetzungen für Frieden liegen im Menschen selbst. Politisch zähle „das Gefühl, sicher oder bedroht, hinreichend geschützt oder aber ungeschützt zu sein.“⁶⁷ Bezogen auf die politische Ebene sagt er daher: „Die Gestaltung einer friedlicheren Zukunft ist eine Aufgabe, die wir nicht den anderen, auch nicht den politischen Machträgern überlassen dürfen. Der Krieg und damit auch der Frieden beginnt im Herzen des einzelnen.“⁶⁸ Das verlange des langen, vielschichtigen und mühevollen Prozesses zu einem „tiefen Bewußtseinswandel und neuen Verhalten“⁶⁹. D.h. man müsse sich der Notwendigkeit der gewaltfreien Konfliktregelung bewusst werden und den Maßstab der Friedfertigkeit an sich legen. Friedfertigkeit bedeute

- ein neues Verhältnis zum Mitmenschen wie zum Konflikt
- ein neues Verständnis von Politik, ihren Zielen wie Methoden
- die Möglichkeit, sich selber in Frage zu stellen und den eigenen Standpunkt zu relativieren
- und vor allem, die Interessen der anderen ernst zu nehmen.

Zusammengefasst heißt das: „All das fordert Selbstüberwindung, Engagement, Zivilcourage und einen erheblichen Schuss Optimismus – um nicht zu sagen: Liebe.“⁷⁰

Hier nun setzt Baudissin pädagogisch-praktisch an:

Gegen die „Unbildung“ als Hauptursache des Unfriedens bedürfe es einer fast weltpädagogischen Aufgabe, die schon in der Kinderstube beginnen muss in Form von Friedenserziehung⁷¹ – oder wie es im Rahmen von Innerer Führung zum Muss der Ausbildung des Soldaten erhoben war: politische Bildung. Erziehung zum Frieden sei – so betonte Baudissin – nichts anderes als Erziehung zur Konfliktfähigkeit. Dies verlange manch schmerzliches Abstandnehmen von überkommenen Vorurteilen und Denkkategorien. Konfliktfähigkeit erreiche man,

- „wenn wir anerkennen, dass zu unserem Leben Konflikte aller Art in Familie, in kleineren wie größeren Gruppen, in der Gesellschaft und zwischen Staaten gehören;
- wenn wir in demjenigen, mit dem wir Konflikte haben, nicht gleich den Bösewicht sehen, der künstlich Gegensätze aufbaut, sondern jemanden, der genauso subjektiv wie wir selbst bestimmte Interessen und bestimmte Positionen vertritt;
- wenn wir zugeben, dass auch die eigene Position weder absolut, noch subjektiv ist, sondern ebenfalls als relativ zu bewerten ist;
- wenn wir uns darauf einlassen, die Konflikte nicht mehr mit Gewalt zu ‚lösen‘, sondern in einem oft frustrierenden Schritt-für-Schritt-Prozess mühsam zu regeln, und begreifen, dass die heute brennenden Spannungen häufig nur dadurch erträglich werden, dass noch brennendere aufflammen.“⁷²

6.2 Das Politisch-Praktische

Baudissin nimmt Gedanken von Etzioni auf, der den freien, friedlichen Wettbewerb nach international vereinbarten Regeln propagiert und dazu politische Zusammenschlüsse für wirtschaftliche Zusammenarbeit wie für regionale Sicherheit und Rüstungskontrolle sowie eine alle Lebensbereiche berücksich-

67 Ders. vom 10. Januar 1984, s. Anlage 7, S. 2; Hervorhebung im Original.

68 Ders. vom 18. Januar 1982, s. Anlage 6.

69 Ders. 72,9, s.a. Anlage 4, S. 16.

70 S. ders. 72,27, s. ders. 1982, S 188. Vergl. a. ders. 79,5.

71 S. ders. 76,28 Militärische Macht und politische Sicherheit. Sicherheitspolitik im Zeichen von Détente und friedlicher Koexistenz, in: Erziehung für den Frieden, Probleme des Friedens in der Einen Welt, hrsg. von Landeszentrale für Politische Bildung des Landes NRW. Köln 1977, S. 83-96. Ders. Sept 1984: Thesen zum Seminar des Bundeselternrats „Friedenserziehung und Friedenssicherung – Auch ein Thema für die Schule? Ders. 16.5.1984: Anhörung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum Thema Friedenserziehung.

72 Ders. 81,46, s. Anlage 5, S. 3f.

tigende Strategie vorschlägt.⁷³ Wer denn glaube – so sagt er sechs Jahre später –, Entspannungspolitik und kooperative Rüstungssteuerung seien *ex machina* und dass man die Welt auf dem bloßen Verfahrenswege ändern zu könne, der denke technokratisch.⁷⁴ Es gehe um eine tiefgreifende neue politisch-geistige und gesellschaftliche Ordnung. Diese sei besonders von Vertrauensbildung bestimmt: In Abstimmung mit anderen Mitteln ist sie geeignet, das entspannungspolitische Klima zu verbessern sowie den Lernprozess zu adäquaten sicherheitspolitischen Denkkategorien und Verfahren zu fördern.⁷⁵

Entscheidend sei die Erkenntnis, dass beide Konfliktseiten aufeinander angewiesen sind: Beide Seiten sind dazu verurteilt, sich mit der Dynamik und der Belastung des dialektischen Prozesses abzufinden, der zwischen den Leitplanken Annäherung und Abgrenzung verläuft. Die Annäherung dient der Stabilisierung der Systeme durch erhöhte Kooperation, die Abgrenzung dagegen durch verschärfte Kontrolle der Gesellschaft und Wiederbelebung des Feindbildes. Es verlange einen beiderseitigen Lernprozess: Es geht darum, im Gegenüber nicht allein den Antagonisten, sondern zugleich den Partner zu erkennen, ohne dessen Kooperation immer weniger Probleme geregelt werden können.⁷⁶ Im Interview mit Cornelia Bührle heißt es entsprechend: „Die Schaffung friedlicherer Beziehungen setzt freilich vor allem ein neues Verhältnis zu Konflikten im allgemeinen, zu Opponenten und zur eigenen Position im besonderen voraus. Eine Rationalisierung menschlicher Beziehungen ermöglicht es, die vielerlei Spannungen als unabänderliche Fakten zu akzeptieren. Sie erlaubt es, sich geduldig auf Regelungsprozesse einzulassen, anstatt schnelle und definitive Lösungen zu erwarten; sie befähigt uns schließlich dazu, den jeweiligen Kontrahenten nicht mehr als den Störenfried oder gar Bösewicht zu betrachten, sondern als jemanden, der seine andersgearteten Interessen mit gleicher Berechtigung vertritt wie wir die unseren. Eine solche Relativierung der Positionen entschärft und humanisiert die Beziehungen; sie gibt den Weg frei zu schrittweisen Regelungen von Differenzen.“⁷⁷ Dies alles wird dann konkret in Baudissins Vorstellungen von Kooperation und Vertrauensbildung im Bereich von Strategie, festgemacht an den beiden Formen „Kooperativer Rüstungssteuerung“ sowie „Vertrauensbildender Maßnahmen“.

Darüber entwickelte Baudissin sein Verständnis von Frieden weiter in Richtung eines positiven Friedensbegriffs, wenn er z.B. als politisches Ziel von Stärkung und Wahrung des Friedens spricht. Und entsprechend erhalten seine politischen Gedanken zu Frieden eine weitere Zuspitzung: „In Konsequenz dieser Strategie ist der Soldat auf den *Frieden* bezogen. Der eigentliche ‚Feind‘ ist nicht mehr der Soldat des anderen Bündnisses, sondern der alle Existenz bedrohende Krieg. Den Ernstfall können also nicht mehr Krieg und Kampf bedeuten, die zu verhindern gerade die Aufgabe der Streitkräfte auf beiden Seiten geworden ist. Ernstfall ist hier und jetzt, wenn der Soldat seinen Beitrag zur strategischen Stabilität, d.h. zur Glaubwürdigkeit der Abschreckung durch gewissenhafte Funktionserfüllung im alltäglichen Dienst leistet.“⁷⁸

7. Frieden in Baudissins friedensrelevanter Forschung und Lehre 1968-1984

Nach seinem Ausscheiden aus dem militärischen Dienst Ende 1967 stellte Baudissin sich den virulenten gesellschaftlichen Herausforderungen der Zeit. Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann hatte mit dem Wort: „Frieden ist der Ernstfall“ den Weg für Friedensforschung geöffnet. Baudissin war davon überzeugt, ihn nicht den anderen überlassen zu dürfen und begann im Frühjahr 1968 als Lehrbeauftragter mit Vorlesungen an der Universität Hamburg. Gleichzeitig bemühte er sich um den Aufbau eines unabhängigen wissenschaftlichen Forschungszentrums – das heutige IFSH⁷⁹ –, an dem das

73 Ders. 65,1 Vorwort zur deutschen Ausgabe von Amitai Etzioni: *Siegen ohne Krieg*, Düsseldorf Wien 1965, S. 9-12. S.a. ders. 81,46, s. Anlage 5 S. 11f.

74 Ders. 71,19 : *Entspannungspolitik und KRSt Kooperative Rüstungssteuerung*.

75 Ders. 77,15 *Vertrauensbildende Maßnahmen als Instrument Kooperativer Rüstungssteuerung*, in: Jost Delbrück u.a. (Hrsg.): *Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE*, S. 215-230, hier: S. 218. S.a. ders. vom 18. Januar 1982, s. Anlage 6.

76 Ders. 76,28.

77 Ders. 81,43, ders. 1982 S. 259f.

78 Ders. 71,18, ders. 1982, S. 148, Hervorhebung im Original. Langfristig geht es um die Verwirklichung von sogenannten positiven Friedensmodellen globaler Gültigkeit, deren Zielvorstellungen jedoch bereits die Systemstabilisierungen der beiden anderen Phasen moralisch wie politisch rechtfertigen. S. a. ders. 74,16: *Changes in the Meaning of Military and Political Concepts of Peace*.

79 Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Thema Frieden und Sicherheit in Forschung und Lehre, verbunden mit dem Ansatz praktischer Politikberatung, behandelt werden sollte. Die politisch-praktische Ausrichtung dieser Arbeit wird schon am Thema seiner ersten Vorlesung deutlich: NATO-Strategie im Wandel.⁸⁰ Mit Aron sprach er vom Ohnmachtsfriede⁸¹, in dem gegenseitige Abschreckung die dialektische Situation schafft, dass eine nie erlebte Machtfülle den Weltmächten gleichzeitig Beschränkungen in der Machtanwendung auferlegt. Seine weiteren Ausführungen markieren einen Übergang von Vorstellungen der Kriegsverhinderung mit entsprechender politisch-militärischer Strategie der Abschreckung hin zu friedenspolitischen Fragen nach einer politischen Strategie der Friedenserhaltung und einer beständigen Friedensordnung.

Was heißt es nun für Baudissin, Frieden wissenschaftlich zu begreifen?

In seinem programmatischen Vortrag bei den Hamburger Universitätstagen 1981 setzte er voraus, dass man „möglichst von Friedens- und Konfliktforschung sprechen bzw. in diesem Zusammenhang denken“ solle;⁸² denn Konflikt gehöre „nun einmal zur menschlichen Existenz“. Betreibe man andererseits Konfliktforschung ohne „Frieden“, so sei jene ohne bestimmenden Maßstab und Ziel. Bei der „kritischen“ Auseinandersetzung mit dem herkömmlichen Verhältnis zum Kriege“ gehe ihm um geistige, politische und handwerkliche Leistungen für die Sicherheit, d.h. um „unsere Einstellung zu den zukünftigen Möglichkeiten von Frieden und Krieg“: „Hier geht es neben Haltung und Gesinnung um Rationalität, und gerade sie erbringt den Beweis, dass Frieden – zumindest Nicht-Krieg – den höchsten Grad an Sicherheit bietet.“⁸³ Insofern verwundert es nicht, dass nicht so sehr die Frage nach einem „end-state“ als vielmehr die nach dem Prozess im Zentrum von Baudissins Überlegungen steht: „Die Sicherheit in Europa hängt in erster Linie vom Fortgang des Entspannungsprozesses ab, d.h. von seiner politischen Entwicklung ... Über die Schwierigkeiten dieses Weges sollten wir uns allerdings keine Illusionen machen. Frieden setzt ein außerordentliches Maß an Konfliktfähigkeit voraus.“⁸⁴

Die wesentlichen Stichworte im Sinne von Wissenschaftlichkeit bei den Bemühungen um Frieden sind demnach „kritisch“-, „rational“. An anderer Stelle heißt es: es gehe um ‚mehr Kalkül als Emotion‘ –, verbunden mit der Relativierung der unterschiedlichen Positionen, und zwar nicht nur aus Sicht der Wissenschaft, sondern auch im Hinblick auf die praktische Anwendung von deren Erkenntnissen. Daraus folgte Baudissin: „Abschreckung funktioniert nur, wenn beide Seiten sich die Fähigkeit zur kritischen Realitätsprüfung bewahren. ... wenn beide die Situation mit einem gar nicht so niedrigen Mindestmaß an Rationalität betrachten. Es ist eben entscheidend, dass beide Kontrahenten füreinander kalkulierbar bleiben.“⁸⁵

Baudissin geht davon aus, dass es keine gemeinsame Definition für Frieden im Umfeld der Friedensforscher gebe – und wohl auch nicht geben könne. Man unterscheide – wie bereits angesprochen – zwei Schulen. Ihm gehe es um eine pragmatische Friedensforschung, pragmatisch in dem Sinn, dass die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit in Politik umsetzbar sind.⁸⁶ Eine schrittweise Veränderung des Bestehenden in Richtung auf friedlichere und friedliche Lebensbedingungen sei notwendig und möglich. Aus sozioökonomischer und psychologischer Sicht werde nach Motiven, Ursachen, Anlässen und Abläufen zwischenstaatlicher Konflikte gefragt und nach Strukturen, Mechanismen und Verhaltensweisen geforscht, die Konflikte entschärfen und zu gewaltfreien Lösungen führen.⁸⁷ Dadurch seien die herkömmlichen Mittel internationaler Konfliktregelung durch solche Strukturen und gewaltfreien Verfahren zu ersetzen, die für alle Staaten – oder zumindest eine Region – annehmbar und verbindlich sind. Veränderungen der unfriedlichen Wirklichkeit sind nur zu erwarten, wenn die

80 Ders. 68,3. In überarbeiteter Form ist dies als „NATO-Strategie im Zeichen der Friedenserhaltung“ in ders. 1969, S. 267-302ff. abgedruckt.

81 In ders. 72,9 heißt es dazu: „Die militärische Abschreckung ist zwar imstande, mit einiger Wahrscheinlichkeit Nichtkrieg zu halten, nicht aber, den Frieden zu gestalten. Das ist Aufgabe der Politik, die den strategisch stabilen Zustand zu Entspannungspolitik und Friedensgestaltung nutzen muss.“

82 Ders. 81,46, s. Anlage 5, S. 1, Hervorhebung im Original.

83 Ders. 68,8, s. Anlage 3, vergl. a. ders. 1969, S. 38. S.a. ders. 72,9, s. Anlage 4.

84 Ders. 81,46, s. Anlage 5, S. 13f.

85 S. ders. 72,9, s. Anlage 4. Ders. 76,28. Ders. 1982, S. 258ff. Ders. 16.5.1984: Anhörung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum Thema Friedenserziehung.

86 Abhängig von der jeweiligen Reichweite verschiedener Friedenskonzepte unterscheidet Baudissin zwischen der langfristig-utopischen bzw. kritischen Friedensforschung und der mittelfristig-pragmatischen bzw. friedensrelevanten Forschung, die beide aufeinander angewiesen sind und sich in ihren Zielsetzungen, Methoden und Ergebnissen ergänzen. S. ders. 72,9, s. Anlage 4 sowie ders. 77,36 und ders. 78,11.

87 S. ders. 72,9, s. Anlage 4: Abschreckung im Lichte der Friedenspolitik.

wissenschaftlich erarbeiteten Modelle und Strategien der Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungsträgern bekanntgemacht werden. Man müsse aber auch erkennen, dass die Forschungsergebnisse in aller Regel nicht konkrete Handlungsanweisungen enthalten können.

Konkret für die wissenschaftliche Arbeit⁸⁸ heißt das: Es sei „Aufgabe der Forschung, vor allem der Mehrdimensionalität und Komplexität heutiger Konflikte nachzugehen, ihre Ursachen und Abläufe sowie das Interesse und das Verhalten der Akteure zu analysieren und daraus Möglichkeiten rationalen Konfliktaustrages bzw. allseitig erträglicher Regelungen abzuleiten.“⁸⁹ All dies mache deutlich, welche Aufgaben und Schwierigkeiten mit Friedens- und Konfliktforschung verbunden seien, sodass vor idyllischen Illusionen zu warnen sei: „Frieden bleibt nun einmal ein unabsehbarer und niemals endender Prozess voller Rückschläge und Umwege. Diese Erfahrung macht auch die Friedensforschung selbst. In ihrem praxeologischen Ansatz gerät sie immer wieder zwischen die politischen Fronten.“⁹⁰

Zur wissenschaftlichen Arbeits- oder Herangehensweise nimmt Baudissin wohl einen Faden von Brunner auf, der im Sinne von Extrem- oder Grenzbetrachtung den fiktiven Urzustand der Anarchie sowie das seinerzeit aktuelle Bedürfnis nach Frieden betont hatte. Baudissins Grenz-Gedanken sind eher sach- sowie konkreter zukunftsbezogen.

Krieg ist für ihn gerade kein Absolutum, „weder ein Naturgesetz noch ein notwendiger Bestandteil menschlichen Lebens“⁹¹. Krieg ist für ihn vielmehr das Ergebnis ganz bestimmter Geisteshaltungen und daraus entspringenden Handelns; Krieg müsse überwunden werden und sei daher zu überwinden wie weiland Kannibalismus und Sklaverei.⁹² Daher spricht er von Krieg als dem beiderseitigen Feind und von einem kalkuliert untragbaren Risiko⁹³ als Kriterium der Abschreckung.

Ebenso stand Baudissin absoluten Vorstellungen von Frieden – in Friedensbewegung wie in der Friedenswissenschaft – äußerst skeptisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber.⁹⁴

Wird aber – so sein Gedankengang – die Durchsetzung eines perfekten Friedens, der bei Licht besehen Friedhofsruhe brächte, aufgegeben, verlieren absolute Vorstellungen, totalitäre Ideologien und Vorurteile ihre Legitimität; es wächst die Bereitschaft, in der Konsequenz des Gewaltverzichts die Position des andern als gleichberechtigte Möglichkeit zu verstehen, die eigene in ihrer Bedingtheit zu erkennen und in den nie endenden Regelungsprozess einzuwilligen, der keine Lösungen, also keine Siege mehr kennt. Hier wird deutlich, dass Baudissin statt mit herkömmlichen Grenzbetrachtungen mit einer Verlagerung des Ausgangs- oder Gesichtspunktes ins Prozessuale arbeitet.

Frieden sei zwar zum einen – noch immer – bewaffneter Frieden und nur relativ und alles andere als konfliktfreies Leben.⁹⁵ Er sei aber mehr als bloßer Nicht-Krieg. Frieden stellt daher für Baudissin die Herausforderung schlechthin dar: „So ist es keine grobe Vereinfachung zu behaupten, dass Frieden heute zur Notwendigkeit geworden ist, sofern die Menschheit sich nicht selbst zerstören, zumindest falls sie unter einigermaßen menschenwürdigen Bedingungen weiter existieren will.“⁹⁶

Zum anderen versteht Baudissin Frieden als einen stets gefährdeten Prozess voller Umwege, Unterbrechungen und Rückschläge, der sich dem Ziel bestenfalls annähert⁹⁷, bei dem es um das vorsichtige Austarieren von Dynamik und Stabilität gehe. Die Aufgabe der Sicherheitspolitik bestehe darin, Symmetrie des militärischen Kräfteverhältnisses herzustellen und zu erhalten. Dabei geht es nicht um Symmetrien in allen Ebenen, Sektoren oder Systemkategorien, sondern nur um ein notwendiges Minimum an genereller Ausgewogenheit bzw. eine belastbare Gesamtstabilität im Sinne von belastbaren

88 S. u.a. ders.: Vortrag im Rahmen der Hamburger Universitätstage, 16.-17. November 1981; MS. vom 14.9.1981.

89 Ders. 78,11.

90 Ders. vom 10. Januar 1984, s. Anlage 7, S. 9.

91 Ders. 81,46, s. Anlage 5, S. 3.

92 Diesen Gedanken hatte er bereits 1972 anlässlich der Rede zum Volkstrauertag in Flensburg formuliert, s. ders. 72,27, ders. 1982 S. 183ff. S.a. ders. 81,46, s. Anlage 5.

93 Ders. 76,1; ders. 76,28. In der Denkschrift von 1947 spricht er vom „unverantwortbaren Risiko“.

94 S. ders. 1982, S. 267 sowie ders. 16.5.1984: Anhörung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum Thema Friedenserziehung.

95 Ders. 76,27. Vergl. auch ders. 79,5: „Frieden ist kein konfliktfreier ‚Zustand‘, der sich durch verbale Ächtung von Krieg und Gewalt ein für allemal herbeizaubern lässt. Frieden ist ein ungewöhnlich dynamisches Geschehen“.

96 Ders. 1969, S.32 und 35.

97 Anhörung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 16.5.1984, zum Thema Friedenserziehung.

friedlichen Beziehungen.⁹⁸ Der Entspannungsprozess verlange sogar, Instabilitäten der anderen Seite ernst zu nehmen und bei ihrem Abbau zu helfen. Das fordere auch die Bereitschaft, Interdependenzen einzugehen, also Einbußen an klassischer Souveränität hinzunehmen, und mache vertrauensbildende Maßnahmen bei Kooperativer Rüstungssteuerung notwendig. All dies bedeute von den Beteiligten – und das sind nicht nur die politischen Eliten, sondern alle irgendwie Involvierten und Betroffenen – einen langen Lernprozess sowie ein unendliches Maß an Geduld und Bescheidenheit, an Verständnis und Empathie für andere, an Verzichtsbereitschaft und auch an Pragmatismus.⁹⁹

Konflikte und Interessengegensätze – auch scharfe – gehören für Baudissin zum menschlichen Leben – die Vorstellung von Konfliktfreiheit sei eine Illusion –; deshalb kann es für ihn weder darum gehen, Konflikte abschaffen zu wollen, noch darum, sie zu verdammen, sondern nur darum, sie zu versachlichen; d.h. wenn man so wolle, gehe es um die Humanisierung von Konflikten, also um ihren gewaltfreien Austrag nach gegebenen Normen und Regeln. Es gebe nur gemeinsame Sicherheit und daher um das Aufeinander-Angewiesen-Sein der Antagonisten, die zugleich Partner seien.¹⁰⁰ Es gehe um positiv empfundene Interdependenzen, um „Vertrauensbildende Maßnahmen“¹⁰¹. Das Sicherheitsbedürfnis des Gegenübers ist zu einem wesentlichen Element der eigenen Sicherheit geworden.¹⁰² Der Entspannungsprozess könne daher nur Erfolg haben, wenn er die Sicherheitsbedürfnisse und die Vertrauensbereitschaft beider Seiten nicht unnötig strapaziere.

8. Schluss

In seinen drei beruflichen Lebensabschnitten hatte Baudissin zwar deutlich voneinander unterscheidbare Handlungsschwerpunkte gesetzt, man könnte auch sagen: Subsysteme oder spezielle Strategien im politisch-militärischen Machtsystem behandelt. Sie sind dennoch von ihm als eine Ganzheit aus dem Geistig-Sittlichen, speziell aus der generellen Herausforderung „Frieden auf Erden“ begriffen worden. Auch wenn Baudissin Brunner nie wieder direkt zitiert hat, ist dessen Werk „Gerechtigkeit“ – wie anhand der immer wieder benutzten Begrifflichkeiten und Gedanken beim Thema „Frieden auf Erden“ nachvollziehbar – augenscheinlich der Initialfunke und Grundansatz für die Entwicklung von Baudissins gesamten Werk und Wirken. Was bedeutet dies nun für uns heute – über das rein historische Interesse der Bedeutung von Brunners Gedanken für Baudissin?

Baudissins Ansatz ist heute immer noch oder wieder aktuell – angesichts der politischen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges vielleicht sogar aktueller, als auf den ersten Blick erscheinen mag:

- Frieden aus christlich-ethischer Sicht ist der normative Orientierungspunkt für Handeln und Erwarten in Gesellschaft und Politik, für Strategie sowie für die Streitkräfte und Soldaten der Bundeswehr.
- Frieden ist nicht nur eine reale Utopie, sondern der Ernstfall und machbar.
- Friedens- und Konfliktfähigkeit ist erlernbar und eine weltpädagogische Aufgabe.
- Die Verknüpfung von individuell-sozialpsychologischen und politisch-praktischen Aspekten bietet Ansätze für eine friedensorientierte Sicherheitspolitik mit entsprechender politisch-militärischer Strategie sowie Führungsstrukturen und -prozessen in den Streitkräften.
- Das christlich-soziale Verständnis von Konflikt bietet praktische Möglichkeiten zur Behandlung nicht nur von individuell-zwischenmenschlichen Konflikten in überschaubaren Gruppen sowie Organisationen, sondern auch von gesellschaftlich-politischen Konflikten im zwischen-gesellschaftlichen bzw. zwischenstaatlichen Rahmen.

98 Ders. 76,1. Ders. 76,28.

99 Ders. 16.5.1984: Anhörung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum Thema Friedenserziehung. Dazu s.a. ders. 72,9, s. Anlage 4; ders. 73,21 und ders. 76,1 sowie ders. in: Detlef Bald, S. 32.

100 Dazu s. ders. 72,9, s. Anlage 4; ders. 76,28 S. 17: „Beide Seiten <NATO und WP> stehen in einem Lernprozeß ... Es geht darum, in dem Gegenüber nicht allein den Antagonisten, sondern zugleich den Partner zu erkennen, ohne dessen Kooperation immer weniger Probleme geregelt werden können.“

101 Ders.: vom 18. Januar 1982, s. Anlage 6.

102 Ders. 72,9, s. Anlage 4.

Anlage 1

Wolf Graf von Baudissin

Neuordnung der Welt und Europas

Nachträgliche Anmerkungen zur Denkschrift „Ost und West“, gebundenes MS, Tatura 1946/47, S. 70 a-d.

Die Konzentration der Machtmittel im Staat, vor allem die Monopolisierung des Tötungsrechtes, war zwar notwendige Voraussetzung zur Ueberwindung anarchischer Zustände, des *bellum omnium contra omnes* zwischen den Individuen, ist aber nunmehr im zwischenstaatlichen Bereich der entscheidende Faktor internationaler Anarchie" der nach innen segensreich-machtvolle Staat wird nach aussen zum brutalen Vergewaltiger und Räuber," (Brunner a.a.O.). Die Beziehungen der Völker werden praktisch nur vom staatlich-nationalen Egoismus bestimmt, d.h. jeder Staat nimmt soviel an Macht und irdischen Gütern, als irgend möglich, und gibt nur ab, wenn und was unvermeidlich. Alle Unterscheidungen in "friedliebende" und "kriegerische" Nationen sind oberflächlich und irreführend, da bisher kaum je ein Staat freiwillig auf erreichbare Vorteile zu verzichten gewillt war höchstens aus kluger Erkenntnis der Gefahr und Kostspieligkeit eines sonst unvermeidbaren Krieges. Allerdings tritt der überall vorhandene nationale Egoismus in verschiedenen Formen auf, welche aber mehr in geopolitischer Lage und im "Reifezustand" des betreffenden Staates begründet liegen, als im Charakter des Volkes oder seiner Führungsschicht. Ein relativ unangreifbarer Staat kann weniger kriegerisch auftreten (z.B. Grossbritannien bis 1939), wie der autark-mächtige bei seinem zentripetalen Uebergewicht friedliebend-diplomatisch vorgehen kann (z.B. U.S.A. Mittel- und Südamerika gegenüber), auch die saturierte Nation mit ihrem Interesse am *status quo* hat immer den grossen Vorteil, für die bestehende Ordnung einzutreten, während die jüngere, aufsteigende Nation sich dem Odium des Ordnungsstörers aussetzt. Preussen ist ein solcher Staat, der "zu spät" seine Ansprüche auf einen Grossmachtanteil im deutsch-europäischen Raum stellte und der daher trotz z.B. Frankreich gegenüber weit geringerer Zahl an Kriegen – auch "Angriffskriegen" – in den letzten 250 Jahren stets als kriegerisch "böse" und militaristisch verschrien ist – sowohl innerhalb wie ausserhalb Deutschlands. Hierbei übersieht der Zitator "säbelrasselnder" Selbstgeständnisse meist, dass notwendigerweise die Sprache eines jungen, politisch unerfahrenen Volkes eine andere, als die der Abgeklärten, vor allem, wenn sich ersteres noch auf Grenzwacht fühlt. Eins erscheint jedenfalls sicher, dass vom Standpunkt der Gerechtigkeit kein Unterschied besteht zwischen einem konservativ-unkriegerischen und einem aggressiv-kriegerischen Machtegoismus – besonders, wenn man bedenkt, dass die heutigen Vertreter des letzteren nach Erreichen ihrer Ziele zu Verfechtern des ersteren werden müssen. Auch die geringere Machtäusserung der "Kleinen" und "Mittleren" ist gewöhnlich mehr Nichtvermögen als Nichtwollen.

Aus dieser Erkenntnis, dass alles Moralisieren über Schuld und Unschuld am Kriege nur die wahre Ursache, den nationalen und imperialen Egoismus überdeckt, und dem Ahnen, dass jeder weitere modern-totale Weltkrieg – andere gibt es nicht mehr – bestimmt die abendländische Zivilisation, wenn nicht die Menschheit überhaupt vor die Existenzfrage stellt, muss mit allem Ernst und guten Willen an die Errichtung einer Völkerordnung gegangen werden. Es gilt in ihr, analog der innerstaatlichen Entwicklung eine einigermaßen gerechte Verteilung der Pflichten und Rechte der einzelnen Staaten zu finden wie einen Weg zur laufenden Anpassung und Organisation an die unaufhaltsame Weiterentwicklung bzw. Mittel zur Verhinderung anarchischer Tendenzen.

Brunner sieht theoretisch drei Möglichkeiten einer Institution der für die heutige Menschheit so wichtigen Friedensordnung:

1. Der Friede durch überlegene, einheitlich zwingende Macht nach Art der pax Romana, wo die Völker unter weitgehendem Verzicht auf nationale Eigenart durch Jahrhunderte ein relativ friedliches und gedeihliches Dasein führen konnten. Doch erscheint diese Möglichkeit für uns versperrt, da mehrere Grossmächte in einer Machtfülle aus dem Kriege hervorgegangen sind, die eine freiwillige Unterordnung unter einen von ihnen ausserhalb jeder Wahrscheinlichkeit stellt. Ausserdem würde der moderne

Nationalismus gegen eine solche Uniformierung in dauernden Aufständen aufbegehren. Die einzig denkbare Lösung dieser Art wäre ein Universalstaat auf ideologischer Machtgrundlage wie die kommunistische Diktatur des Proletariats, welches ja auch in der Masse national uninteressiert ist.

2. Friede durch das Recht, d.h. durch den völkerrechtlichen Friedensvertrag, welcher allerdings grundsätzlich mit zwei Mängeln behaftet ist: er ist gewöhnlich für eine Seite aus ausgesprochener Zwangslage entstanden und rechnet rein statisch nicht mit der natürlichen Veränderung der Verhältnisse in der Zukunft. Diese vertragliche Regelung war die Lösung des Mittelalters und der Neuzeit. Wenn sie auch nie den Krieg als solche[n] aus der Welt geschafft hat, so gab es unter ihr doch Lokalisierung der Konflikte und ausgesprochene Friedensperioden, aber nur solange, als die geistige Einheit christlich-abendländischer Menschheit auch den "Realpolitiker" Vertragstreue als moralischen Faktor mit ausgesprochenem Wirklichkeitswert empfinden hiess – wobei es nur kennzeichnend, dass der Machiavellismus ein Kind der Renaissance. Mit dem Schwinden der christlichen Substanz in massgebenden Kreisen der europäischen Völker und dem damit verbundenen Umsichgreifen des Positivismus als Weltanschauung vergehen alle Skrupel; das Halten oder Brechen eines Vertrages wird zur Frage der Nützlichkeit und Staatsraison, d.h. zur reinen Machtfrage; die Staaten erkennen kein gemeinsames oder gar ein über ihnen stehendes Prinzip mehr an. Der Vertrag ist wertlos.

3. Friede durch das mit Macht verbundene Recht, d.h. "föderalistisch-kooperative Bildung einer überstaatlichen Macht, die den Frieden gewährleistet, indem sie, nach dem gemeinsamen Beschluss der Kooperanten, den einzelnen Friedensstörer, d.h. den, der sich dem Beschluss der Völkerunion nicht beugt, zum Gehorsam zwingt" – also die Anwendung der innerpolitischen demokratischen Staatsform im überstaatlichen Bereich. Die bei dieser Uebertragung auftretenden Friktionen werden sofort bei dem Gedanken klar, dass die Demokratie bereits im innerstaatlichen Leben am schwersten von allen Staatsformen mit den anarchischen, auseinanderstrebenden Elementen fertig wird und dass sie eine wirkliche Ordnung nur bei verständnisvoller Mitarbeit aller Bürger garantiert. Im Überstaatlichen werden ganz besondere Probleme entspringen aus der grossen Ungleichheit der einzelnen Nationen in tatsächlicher Macht und latentem Potential, staatlichem Aufbau und Wirtschaftscharakter, Geschichte und Tradition, politischer Reife und Weltanschauung. Selbst wenn es gelingen sollte, als erste Voraussetzung einer derartigen Völkerfamilie, die allgemeine Abrüstung zugunsten einer internationalen Polizeigewalt in die Wege zu leiten, womit ja der erste Versuch des Wilson'schen Völkerbundes bereits scheiterte, so bleiben noch die grossen Klippen der Verteilung von Pflichten und Rechten für die eigentliche Arbeit. Bei der starken Ungleichheit erscheint eine absolute Gleichsetzung aller Völker untragbar, und eine gerechte Anwendung des Grundsatzes "Jedem das Seine" wird eine sehr schwierige Mitte zwischen Prädominanz der Grossmächte, d.h. Aufteilung in Interessensphären, und Uebergewicht der blossen Zahl, d.h. Bestimmung durch Unverantwortliche zu suchen haben. Und wir erleben es bereits jetzt, dass die Grossmächte sich mit dem Vetorecht jedem ihnen unangenehmen Mehrheitsbeschluss entziehen.

"Aus alledem ergibt sich das betrübliche Resultat, dass eine institutionelle Lösung des Anarchieproblems nicht möglich ist. Weder die pax Romana, noch der Vertrag, noch die überstaatliche Einheit auf kooperativ-föderativer Basis bietet die Möglichkeit einer Lösung. Das zu erkennen ist die Pflicht jedes Menschen, der verantwortungsvoll am Problem des Völkerfriedens zu arbeiten hat und sich nicht mit utopischen Phantasien zufrieden gibt."

Brunner hält es aber trotz aller bisher missglückten Versuche für möglich, in Ausnutzung des zur Zeit noch vorhandenen Schreckens vor dem totalen Kriege, der alle Völker beherrscht, "des jetzt maximalen Friedenswillens aller", von innen her auf die Menschheit einzuwirken, um des Friedens, d.h. der eigenen Existenz willen auf eine rein egoistische Machtpolitik zu verzichten, und im Interesse dieses Friedens "gewisse minimale Forderungen völkerrechtlicher Gerechtigkeit und Friedlichkeit zu erfüllen, auch wenn sie sie Opfer kosten". "Der Friedenswille der Staaten und Völker, der als solcher auch der Wille sein muss, für gerechte Ansprüche anderer nationale Opfer zu bringen, ist die einzig mögliche Friedensgarantie der Zukunft." Er hofft, dass aus einer solchen "moralisch-praktischen Souveränitätsbegrenzung" sich gewisse Institutionen überstaatlicher Zusammenarbeit ergeben, die dann mit der Dauer ihres Bestehens in immer mehr Autorität erlangen. Zwar kann kein Schiedsgericht eine Grossmacht in der Ausführung ihres Willens hindern, sondern nur die Erkenntnis dass ein machtegoistisches Benehmen den Keim eines nächsten Weltkrieges in sich birgt.

Dass jede Neuordnung in ihrer Art gerecht sein muss, dass sie zumindest Ordnungen aufrichten muss, die erträglicher sind als ein neuer Krieg, ist eindeutig, denn wenn Gerechtigkeit ohne Macht ohnmächtig ist, so ist Macht ohne Gerechtigkeit teuflisch. Unrecht, ob innerstaatlich oder überstaatlich, schafft Empörung und somit hat vielleicht "die Gerechtigkeit eine neue realpolitische Chance". Kommt es den Grossmächten und ihren Staatsmännern darauf an, mehr als kurzfristige Lösungen zu schaffen, so dürfen sie in Ueberwindung der Siegerpsychose und des überkommenen Machtgedankens diesen für die Zukunft entscheidenden Gesichtspunkt nicht übersehen.

"Die tatsächliche Schicksalsverbundenheit der Völker" – die, so paradox es klingen mag, ja gerade allzu deutlich in beiden Weltkriegen erwiesen – "macht eine unbeschränkte nationale Souveränität unmöglich, das Laisser-faire erweist sich im Völkerleben als ebenso untaugliches Prinzip der Ordnung wie es sich in der Wirtschaft des Manchesterliberalismus erwiesen hat. Begrenzung der nationalen Souveränität zugunsten einer übernationalen Gerechtigkeitsplanung ist unerlässlich. Eine formalstaatsrechtliche Begrenzung könnte aber, solange es Grossmächte gibt, nur verschleiertes Vasallentum der Kleinen gegenüber den Grossen bedeuten. Darum kann diese Begrenzung vorläufig nur eine moralische sein, die Völker und Staatslenker müssen zur Einsicht kommen, dass nur aus gegenseitiger Rücksichtnahme, nur bei einer Politik der guten Nachbarschaft der Friede, den alle wollen, gewährleistet werden kann. Diese Politik der Rücksichtnahme und der in sie eingeschlossenen freiwilligen Souveränitätsbegrenzung in Anerkennung einer allen übergeordneten Gemeinschaftsverpflichtung ist von allen, sie ist aber vor allem von den Grossmächten zu fordern, da sie, rein durch ihre Grösse, die jederzeit grösste Gefährdung einer gerechten Ordnung bedeuten. Die Grossen müssen bei der Schaffung der neuen Ordnung zuerst und am deutlichsten auf Geltendmachung ihrer überlegenen Macht verzichten, wenn diese nicht von vornherein als ungerechte, egoistische Machtordnung beurteilt und zum Ausgangspunkt neuer Weltkriege werden soll. Die Grossmächte haben kein Recht, die Kleinen zu Verzicht zu zwingen, wenn sie nicht entsprechende eigene Verzicht leisten."

Wenn Brunner auch für eine Weltorganisation der Völker zunächst keine praktische Verwirklichung in wirkungsvoller Form sieht, so scheinen diese Bedenken m.E. für einen europäischen Zusammenschluss in weit geringerem Masse zu bestehen. Abgesehen von der hier am Brennpunkt der Weltpolitik besonders klar gefühlten Existenzfrage, spricht die heutige verhältnismässige Gleichheit in Stärke, Interessen und Zivilisation durchaus für eine solche Föderation. Und es ist vielleicht unser deutsches Schicksal, unsere äussere Einheit und Grossmachtstellung auf dem Altar dieser europäischen Einigung zu opfern.

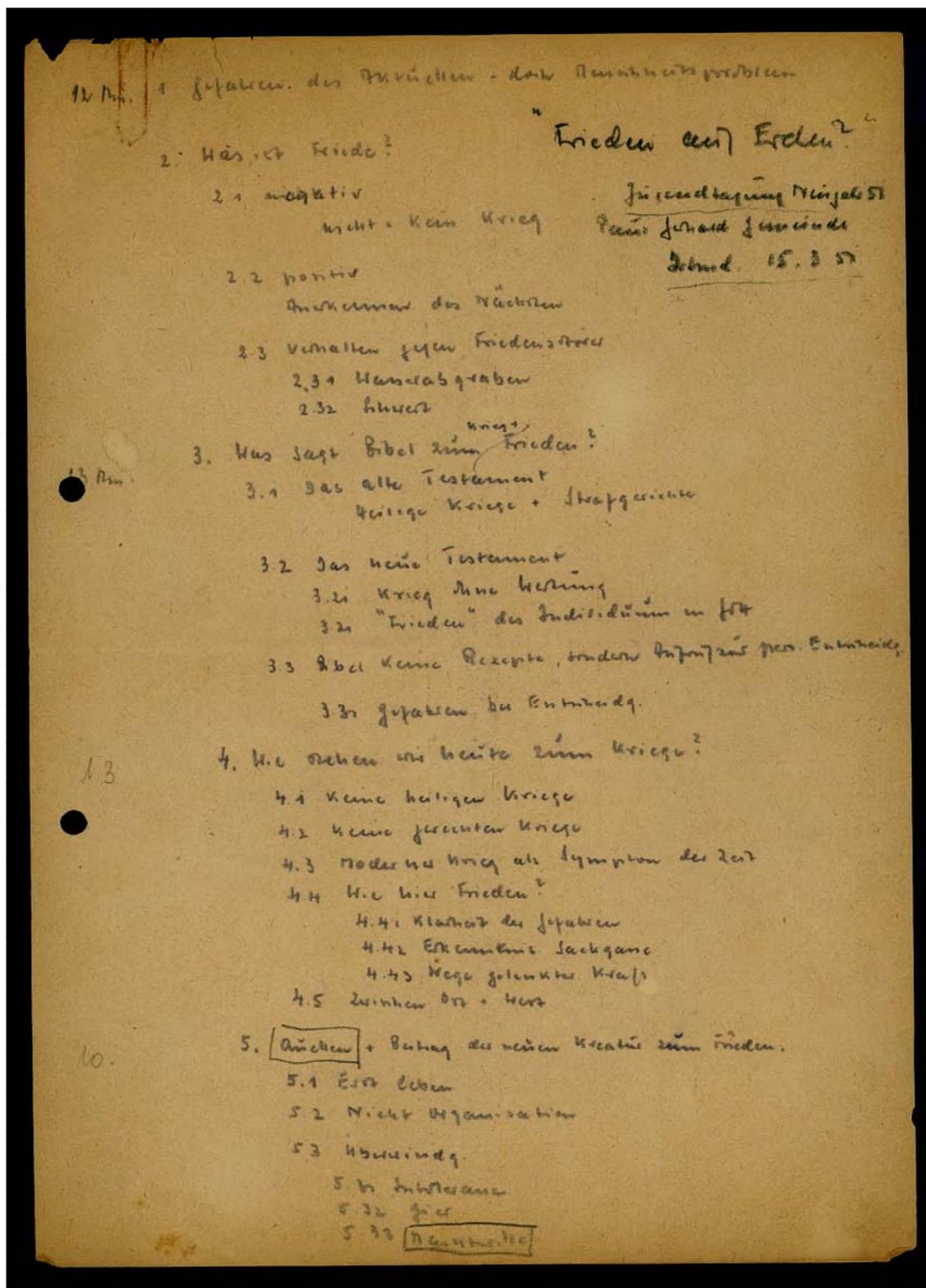
Darüber hinaus gebietet gerade der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, d.h. die Forderung nach Stabilität, Formung einer solchen Union, da bei der Verquickung und Kompliziertheit des europäischen Lebens jede Neuaufteilung in voll souveräne Staatsgebilde neue oder alte Ungerechtigkeiten aufrichten muss. Weder das auf dem ganz anders gearteten nordamerikanischen Boden entstandene Selbstbestimmungsrecht der Völker, noch die historische Ableitung von Ansprüchen können hier befriedigende, klare Lösungen erbringen, und solange militärische und wirtschaftliche Sicherheit Beweggründe der innereuropäischen Ordnung bleiben, kann es nur Sieger und Besiegte, am Status Interessierte und Empörte, Nutzniesser der Macht und ungerecht Behandelte geben.

Anlage 2

Wolf Graf von Baudissin

„Frieden auf Erden?“

Notizen zu den Vorträgen bei der Jugendtagung Neujahr 1951, bei der Paul Gerhard Gemeinde in Dortmund am 15. März 1951 sowie in Springe am 6. bis 8. April 1951. Die Transkription der Handschrift stammt von Cornelia Bührlé, die Reinschrift von Eckart Hofmann.



„Frieden auf Erden?“*

Gefahren des Aktuellen

"Frieden" die Sehnsucht des Menschen

Dringlichkeit heute bei Auflösung

Thema nicht tagespolitisch.

1. Was ist Friede

1.1. negativ **vor 39, nach 45**

nicht = kein Krieg (pol. Sphäre "Kalter Krieg" — Spannungen
innerhalb aller Gemeinschaften
innerhalb Individuum)

nicht = keine Gewaltanwendung + keine Spannungen (Illusion)

1.2. positiv **wir**

allgemein menschl. Problem — Du (**Ihr**) + ich —
Gott + ich

gegeben, wenn Ich gewillt, alle Spannungen ohne Gewalt

zu überwinden = Opferbereitschaft Polarität **bejahen, Individualität**

wenn es Vertrauen hat, dass Du gleichen Willens

d.h. wenn alle Partner bestimmtes Ordnungsprinzip anerkennen

Nur möglich, wenn jeder den Nächsten + seine Sphäre genau so achtet, wie eigene + das An-
derssein des anderen als fruchtbar bejaht — suum cuique — achte Deinen Nächsten wie dich
selbst.

Bewusstsein: Gewalt entscheidet nie über Qualität, ist nicht als gültiges Symptom der wirkli-
chen Kraft, sondern nur schädigender Komponente. Entsteht, wenn Spannungen nicht ertra-
gen werden.

Kampf nicht gegen — sondern nebeneinander um das bessere Ergebnis (fair play).

1.3. Verhalten gegen Friedensstörer

Mit wachsender Zahl Gefahren (guter Wille, Vermögen, gemeinsames Prinzip

2.31 daher Verantwortung der Friedliebenden zum Frieden stiften

d.h. zur Arbeit an sich selbst, um Vertrauen zu erringen + zu stärken

zur Schaffung + Aufrechterhaltung gerechter Ordnung (Augustin), die von
meisten anerkannt

2.32 Doch was mit vorsätzlichen Störern:

Diabolos

Beweggründe + Ansatzpunkte:

* Anmerkung der Redaktion: Textstellen die mit „,“ eingeleitet werden, waren im Original am linken Rand platziert.

fauler Frieden

im Nationalismus Intoleranz* (Rettung Kollektivdoktrin)

totalitären Systemen Gier (Materialismus + Not)

Klassenkämpfe Machtwille (Weltangst nach Fortschrittsglaube)

Berufsfronten Ausbau

bis Scheitern Ehe ~~kein verbindlich~~ Ordnungsprinzip legt elementare Kräfte frei

bisher Hauptweg : Wasserabgraben

aber auch **Schwert als Damm** (Vakuum)

echte Intoleranz (Wahrheit + Ordnung) als Vertrauenshilfe

Vergeben – Nachgeben – Aufgeben

Übertragung an Staat – doch Notwehr + Notstand

ohne Rache zur Herstellung *status quo*

*Intoleranz als Problem

3. Was sagt die Bibel zu Krieg + Frieden?

3.1 Altes Testament:

Paradies – Frieden – Ordnung – "Gott regiert durch erhobenen Finger" (Luther) Mit Sündenfall aus Ungehorsam Auflehnung – Chaos Beginn Zeit der Obrigkeiten, die mit Schwert Ordnung halten + als Werkzeuge die allseitig gefährdete Ordnung einigermassen erhalten, da Gottes Gnade Heilsplan bis Gericht ablaufen lässt Vergleich: Cherubim mit blossem hauernden Schwert zu bewahren den Weg zu dem Baum der Erkenntnis

1. Blutvergiessen Kain + Abel – nach Sintflut neues Gesetz „Wer Menschenblut vergiesst, des Blut soll auch durch Menschen vergossen werden – aber doch „Du sollst keinen Israeliten töten“

2. Mos. 15 "Heiliger Krieg" "Der Herr ist der rechte Kriegsmann"

"Herr, Deine rechte Hand hat die Feinde zerschlagen"

Gottesmänner Gideon, Josua, David usw.

Konsequenz Jesaja – Politik c. Religion – entweder Verbündete oder Gott

Richter, Jer. + Jes. "Krieg als Strafgericht"

Konsequenz Jeremias Aufruf zum Überlaufen

Beides Kriege im Sinne 1. Gebot zur Ehre Gottes

3.2 Neues Testament:

Als Bund Gott – Mensch weniger über Krieg

3.21 ohne Wertung des Krieges

3 Soldaten nicht zum Berufswechsel gerufen

Luk. 3. "Was sollen wir tun – Joh. Tut niemand Gewalt noch Unrecht an + lasst euch genügen am Solde"

~~Matth. 24~~ Kapernaum: Solchen Glauben habe ich in Israel nicht gefunden

Taufe Kornelius – entscheidende Erkenntnis Petri Gleichnisbilder + Paul. Bilder – "militaristisch"

Matth. 24.6 "Ihr werdet hören Kriege + Kriegsgeschrei, sehet zu + erschrecket nicht. Das muss zum ersten alles geschehen."

3.22 Frieden nicht im pol. Sinne sondern Verheissung persönlichen Friedens in Christo mit Gott.

Joh. 14,27 "Den Frieden lasse ich euch (αἰνῆμι). Meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch wie die Welt gibt" Joh. 16,33 "Solches habe ich mit euch geredet, dass ihr in mir mit

Frieden habt. In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden." Aber auch hier "fauler Friede":

Ihr sollt nicht wähnen, dass ich gekommen sei, Frieden zu senden auf die Erde. Ich bin nicht gekommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert (Matth. 10,34)

Offenbarung: homo inordinatus der Endzeit wehrlos gegenüber Mächten Antichrist Trotz steigender Ausbrüche des Bösen Menschen immer unbussfertiger

Frieden erst mit Wiederkunft

Hier nur "Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft".

Immer Friede dessen, der sich in Verbindung + im Schutz der höchsten Macht weiss, der sich bereits erlöst weiss trotz aller Sünden, dem Gott die feste Burg geworden.

4 Wie stehen wir Christen heute + hier zum Krieg?

4.1 kein heiliger Krieg und keine Kreuzzüge
kein auserwähltes Volk als Nation oder Staatengruppe
Christus überall, vielleicht gerade im Osten
keine Gottesurteile, die gegen eine Seite gerichtet

4.2 keine gerechten Kriege à la Mittelalter
Sacrum imperium nach aussen zur Unterwerfung Nicht- Christen – immer gegen Feinde der anerkannten Ordnung
natürliche Kampfkraft im Dienst Göttlichen Herrn, Ablauf + Friede Gottesurteil
wenigstens moralische Bedenken + Front

4.3 Mit Säkularisierung Versachlichung zu rein egoistischen pol. Zielen – Spiegel des autonomen Menschenwillens zur absoluten Herrschaft über Dasein.
Dazu Technik mit wissenschaftlich begründeter Herrschaft über Mensch + Natur nach alleiniger Massstab Notwendigkeit. Mensch nicht mehr Kämpfer, sondern anonymer Funktionär hinter der Maschine ohne ethische Bindung.
Wie Mensch sich von Gott gelöst, erhält Krieg Eigengesetzlichkeit; seine autonome Macht verschlingt menschliche Existenz überhaupt – Sieger wie Besiegte.
Der Mensch lässt sich hierfür missbrauchen, weil dem
ihn

Glauben an eine durch / zu schaffende vernünftige Ordnung die allgemeine Angst + Misstrauen gefolgt sind, die ihn sich beugen lassen unter jeden Machtanspruch – bes. wenn er ein *ἀντι* gegen etwas andere enthält. In einer Zeit, wo die Macht + ihre Möglichkeiten die Charakterkräfte weit überflügelt haben, folgt er verzweifelt dem Starken, um vielleicht zu überleben.

Typisch: selbst echte Ideen (Ausdruck der Würde + Verantwortung) macht Krieg zu seinen Mitteln (Propaganda) – lediglich zu Vernichtung derer, denen sie dienen sollten.

So Tatsache: keine noch so hohe Frage Kriegsgrund –

nur neues Unrecht + Leid;

Frieden Ausgangspkt. nächster Krieg.

Nicht Atombombe, sondern absoluter Krieg die eigentliche Gefahr

Doch alles nicht "Schuld" Krieg –

nur besonders krasses, plastisches, tiefgreifendes Symptom modernen Lebens, wo Erkenntnis + Leistungen wichtiger geworden als das lebendige Sein des Menschlichen, wo eigentliche Lebenssphäre immer mehr abgetragen

Verbindung zu letzten Realitäten abzureissen droht,

Mensch durch sein Werk zerrieben + aufgezehrt wird.

4.4 Wie hier Frieden, der doch nur aus freiem Entschluss + Verantwortung von opferbereiten, vertrauensvollen Menschen zu schliessen?

41 Klarheit über Situation + Gefahren

42 Erkenntnis, dass

weder bürgerlich-liberaler Glaube an fortschreitende Vervollkommnung der Kultur noch totalitäres Bild mit seiner Aufhebung der persönlichen Verantwortung, **rein quantitativen, auf Erfolg abgestellten Denken, wo Wahrheit . Ungehorsam .**

noch Existentialismus in Vortäuschung absoluter Freiheit, **in der gar keine Gemeinschaft, nur noch Einsamkeit**

mit Problem moderner Macht fertig wurden

~~.43 Konsequenzen ziehen aus allen Menschen drohender Gefahr in neuem gelenktem Gebrauch der Macht . Ist jemand~~

~~2.Kor.5 in...~~

Physiker ————— Sozial gerechte

Uno + Demokratie Ansätze, die ausbaufähig — „Neue Kreatur“

.43 Konsequenzen

aus gemeinsamer Existenzbedrohung

neuer gelenkter Gebrauch der Macht

neue "Aufklärung", die Grenzen des Menschen,

seine Verantwortung für Gemeinschaft statuiert

Anfänge

Atomphysiker (**Aufhebung mechan. Weltbild,**

Verantwortung + Demut)

Uno

soziale Gerechtigkeit in Demokratie

44 Vom Fernziel zum Nahziel
kurzer Blick ins pol. Konkrete
wie 3. Weltkrieg verhindern für Christen selbstverständlich

Lage zwischen Ost und West

Ost straff geführter riesiger Machtkomplex, getrieben von fast mystisch empfundener Ideologie, klare Zielsetzung aus einer Hand *, der nicht nur aus Zwang, sondern aus Überzeugung gefolgt + geopfert wird
Auch Frieden aber nach Krieg + Umwandlung
Leben in Staatsfunktion
Ordnung in letzter sachlicher Konsequenz

*Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft Mensch nach pol. Willen auf bestimmten Leistungseffekt gefiltert

West aufgespalten einzelne egoistische Staaten, Völker getrennt in Misstrauen aus historischer Erfahrung; unklare wechselnde Ziele; Einzelner bedenklich, verbittert, auf seine Ruhe bedacht

fast anarchische Sphäre der Freiheit
mit einigen totalitären Akzenten

**Christ nüchtern nicht schwarz – weiss
unbefangen , wissend Unzulänglichkeit**

Und doch

wo finden wir am ehesten Gemeinsames + Anknüpfungspunkte?

Osten, der aus fremder geistiger Geschichte kommt

↗

der totale Bejahung fordert für Vergottung Staat, Entwürdigung Menschen

Westen war restaurativ, aber Stimmen einer Zukunft hörbar (Acheson, Eliot, Bernanos
Graham Greene)

↗

nicht Bejahung System, sondern der Möglichkeiten Zustände zu bessern

Wo hat Christ Aussicht auf Einfluss Leben, Politik, Krieg+ Frieden?

Osten monotone Propaganda
 alles regulierende Bürokratie
 aggressive Vitalität

Westen zwar Versuche Sprachregelung, aber Skepsis+
damit

Fragen /aber Möglichkeit zum Prüfen, Sammeln
Verantwortungen übernehmen
Müdes Bescheiden

Aufgabe Christen – vielleicht darin Christen – Durcheinander
falsche

zu ordnen, / Gegensätze als Menschen zu überbrücken

längst überholte Fronten zu ~~üb~~ durchbrechen

Freiheit + Ordnung in Gerechtigkeit zu vereinen

Aus Zerr-Bild "Christi. Abendland" von Christen bestimmtes Abendld. zu machen, **es zu leben.**

wenn ja – Frage: Verteidigung oder Verweigerung an Naht Misstrauen, fehlendes Ordnungsprinzip, Expansion aus Imperialismus + Weltrevolution.

Wenn Verweigerung — Frage: **Gleichstarke**
/ **Gegner?**

Lockt nicht Vakuum zum Angriff?

Hat nicht Verhindern um jeden Preis stets Angriff bedeutet?

bzw. bei Furcht mit Aufrüstung neuer Krieg? (Parallele 3. Reich ①)

Westen je Gefahr für Russld.?

Angriff von Westen + Christen?

↳ **Warum Wiederaufrüstung als Möglichkeit — erste Verhandlungsbereitschaft?**

↳ **Barrieren gegen Präventiv**

Aufstehen gegen Kreuzzug,

Kampf gegen Angst

Nutzt es Ostzone, wenn auch wir russisch?

① **Chamberlain „christliche Motive“**

5. Wie stiften wir nun als Christen Frieden?

(Beitrag Kirche, Gemeinde + Einzelner)

2. Kor. 5,17 Darum, ist jemand in Christo, so ist er eine neue Kreatur.

5.1 Erst leben, dann fordern

n⁻¹, unverbindlich, um weiter zu sündigen

5.2 Nicht mit Organisationen + Reden, nicht von oben sondern Einzelner + kleine Gruppen als Kerne neuen pers. Verantwortungsbewusstseins

Dank für Niemöller pp.

Pflicht der Kirche zur Gewissensschärfung, nicht Regierung

Doch nicht „für Welt“

5.3 Zur Überwindung der Hauptstörungsmomente

5.31 falsche Intoleranz der kollektiven Welt mit ihren

scheidenden Kategorien, Doktrinen, Schlagwörtern – personale Welt "Ich habe Dich beim Namen gerufen" – Du bist mein" – Unvertretbarkeit vor Gott –

↳ **Nicht Freund — Feind**

↳ **aus Anti zum friedlichen "Pro"**

Mensch zu Mensch – Bruder statt Werkzeug –

Feindesliebe – **nicht "Zweck heiligt"**

Freiheit, beide Seiten sehen – Verbindung mit Ostchristen

5.32 Besitzgier

Materie nicht Letztes, wir ihre Herren nur in Gottes Auftrag

"Was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne + und

Matth. 16,20 nähme doch Schaden an seiner Seele"

5.33 Machtwille :

Christus Herr der Welt – keine Anbetung von Menschen oder Glauben an Weltverbesserung "So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, + Gott, was Gottes ist" Matth. 22,21

"Und fürchtet Euch nicht vor denen, die den Leib töten, die Seele können nicht töten" Matth. 10,28

Wissen um Realität Teufel

5.4 Zur Stabilisierung des Friedens

5.41 Aufhebung der Angst = **wir werden immer wieder von ihr befreit**

Versöhnung mit Gott — Euch ist heute der Heiland geboren

Gottesfurcht— Menschenfurcht

königliche Unabhängigkeit von sekundären weltlichen Gewalten

↳Nicht Moskau - Washington letzte Instanz

5.42 Aufhebung der Vergeltungskette

Wissen eigene Schuld — Vergebung

Spannung Nachfolge — natürl. Mensch, Rückfall Sünder — steter Neubeginn in Gottes Gnade

5.43 Mut zum Wagnis, neue Wege

Unzulänglichkeit Bisherigen, Christi Hilfe —

Unabhängigkeit, Erfolg

5.44 Gebet

5.5 Friede kann nur in uns selbst beginnen

Frage "Hast Du Friede mit Gott"

Der mit Gott hadernde, ihn übersehende, der in falschem Frieden mit ihm leben möchte — keinen Friede +keine Friedenstifter

Aber jeder, der sich ernstlich zu Gott auf den Weg macht, steht unter Verheissung

Frieden auf Erden den Menschen meines Wohlwollens

Friede des Geistes — entgegen allen Daseinsproblemen Gewissheit vom Reich Gottes,

Friede des Gewissens — entgegen allen Leidenschaften + Verstrickung Recht — Pflicht Antwort findet mit

Frage: Kannst Du es vor allen tun? Kein fauler, gesuchter — aber lebendiger kämpferischer Friede kein "gutes" Gewissen — sondern Wissen um göttliches Gericht, Bernanos' Vorwurf, Christen keinen Sinn für Tragik. Christlicher Friede tragisches Verhältnis zur Welt. Frieden stets Leiden

Anlage 3

Wolf Graf von Baudissin

Der Beitrag des Soldaten zum Dienst am Frieden

Nach einem Vortrag, gehalten im Kloster Kirchberg 29.07.1968

vgl 68/18! ~~68/68~~ ! 1. FASSUNG
BAUDISSIN - VORTRAG Münster E.S.-Kloster
68.8

Der Beitrag des Soldaten zum Dienst am Frieden
Nach einem Vortrag, gehalten im Kloster Kirchberg am 29.7.68

gesamt
Das Thema dieser "Tage gemeinsamer Bemühung" heißt:
der Frieden, seine Voraussetzungen und Konsequenzen.

Damit hat uns der evangelische Militärdekan vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Der alte Adam ist freilich schnell bereit, einen bequemen Fluchtweg anzubieten und uns mit mehr oder weniger trefflichen Argumenten vorzurechnen, daß der Soldat seine Aufgabe nie - jedenfalls sicher heute nicht - anders als einen Friedensbeitrag gesehen habe. Er wird dabei z. B. auf das Seeckt-Wort vom Soldaten als zwangsläufigen Pazifisten weisen, bzw. auf den edlen Moltke-Ausspruch von den Tränen der Witwe, die der größte Schlachtensieg nicht aufwiege - und dabei ^{ebendies} ebenso geflissentlich unerwähnt lassen, daß der gleiche Moltke die Hoffnung auf dauerhaften Frieden als Illusion - "und noch nicht einmal schöne" - ablehnte. [Es gäbe sogar eine ganze Reihe weit überzeugenderer Stimmen und Fakten, die sich zugunsten des soldatischen Friedensverständnisses ^{vielleicht} anführen ließen.]

Wenn wir uns trotzdem nicht mit dem vermeintlichen "Ist" begnügen und das Nachdenken nicht dort beenden, wo es im Grunde erst beginnen sollte, so geschieht das nicht nur aus Logalität gegenüber der Tagungsleitung, sondern vor allem in der Erkenntnis, daß uns hier eine ganz zentrale Frage gestellt ist. Ich jedenfalls bin davon überzeugt, daß es vornehmlich vom Beitrag Europas - und speziell Deutschlands in seiner besonderen Lage - abhängen wird, ob der Frieden - und damit unsere Zivilisation - erhalten bleibt. Und noch eines: das Ansehen, das die Bundeswehr innerhalb des Bündnisses wie der Gesellschaft genießt, und der Erfolg ihrer Menschenführung ^{wird} wird in hohem Maße von der Art ^{bestimmt} bestimmt werden, in der die Offiziere ihren Beitrag ^{zu leisten} sehen und erfüllen.

Lassen Sie mich, bitte, versuchen mit folgenden Fragen eine Diskussionsbasis zu geben:

- ①. Weshalb fällt es eigentlich so schwer, den Frieden ernst zu nehmen - zumindest ebenso ernst wie den Krieg?
- ②. Weshalb müssen - ~~vorsichtiger: weshalb sollten~~ - wir heute den Frieden ernst nehmen?
- ③. Was bedeutet es für den Soldaten, wenn er den Frieden ernst nimmt, und wie ~~sah~~ ^{hat} sein Beitrag ~~dann~~ ^{auszuwirken}.

Nehmen Sie mein Referat, bitte, als ~~Einleitung~~ zu einem Gespräch, in dem wir uns nichts durchgehen lassen wollen. Mich sollte es jedenfalls nur freuen, wenn dabei - vor allem von den Jüngeren - ~~setzt~~ ^{gesetzt} würde mit dem Vorwurf, ich hätte nicht radikal, nicht weit ~~genug~~ ^{gedacht}.

zu ① Zur ersten Frage:

Wir wissen, daß die schicksalhafte Bedeutung von Krieg und Frieden die Menschen aller Zeiten beschäftigt hat. Schon in den frühen Mythologien treffen wir auf Kriegs- und Friedensidole, auf Siegesgötter und -göttinnen. Es handelt sich ~~bei~~ ⁱⁿ dabei um Stammesreligion, von lokalem Geltungsbereich, deren Götter ihren Schutzbefohlenen ~~mehr oder minder geschickt und~~ ^{in gleicher Weise} bereitwillig, doch ohne Verantwortung für andere Völker und Menschen, ~~auf dem Schlachtfelde beistehen~~ ⁱⁿ. Auch der frühe Jahwe ist noch ein solcher nationaler Gott der israelischen Heerschaaren. Erst bei Jeremia, der den neuen Bund verkündet, treffen wir auf die Verheißung: "ich will mein Gesetz in ihre Hand geben und es in ihre ~~Sinn~~ ^{Wort} schreiben". Damit ~~tritt~~ ^{tritt} + anstelle ~~der~~ ^{von} ~~seiner~~ ^{der} Kollektiven - zum ersten Mal ~~die~~ ^{läßt} persönliche Verantwortung, vor Gott, ~~die~~ ^{besteht} national begrenzte "Sittlichkeit" wird zu einer ethischen Forderung erhoben; aus dem Gesetz: "du sollst keinen Angehörigen deines Volkes töten" ~~wird~~ ^{erhöht} ein allgemein menschliches Gebot - und damit wird auch der Friede auf eine höhere Ebene gehoben.

enthalten ist!

Friedens - im Grunde recht eindeutig
Für die Christenheit stellt sich das ~~Problem~~ ^{noch} ~~noch~~ ^{unzweifelhaft}.
Für diese ist die ganze Welt, einschließlich der Kreatur, die Schöpfung des dreieinigen Gottes der Liebe und des Friedens. Alle Menschen sind Mitgeschöpfe und durch Christi Tod bereits

erlöst; ihr Leib ist der Tempel des heiligen Geistes. Wer Gott liebt, muß auch den Bruder lieben; denn Gottes Liebe wird nur teilhaftig, wer sie - in aller Unvollkommenheit - an den Bruder weitergibt. Nicht nur an den leiblichen; ^{beim} Christus begegnet uns gerade dort, wo wir ihn am wenigsten vermuten: auch im Feinde. Eine solche Weltsicht ^{mit} und ihren Verheißungen an die Friedfertigen, hätte nun eigentlich im zweitausend Jahren die Welt verändern müssen - zumindest Frieden verbreiten über den von Christen bewohnten Teil des Erdballs.

Wie, aber sieht es stattdessen aus in dieser Welt? Wir wissen aus der Geschichte, wieviel ~~recht~~ unbekümmerte Kriege seither geführt wurden, zwischen Christen des gleichen Glaubens, zwischen Christen verschiedener Kirchen und ^{der} ~~den~~ Nominations, gegen Nichtchristen und sogar "im Namen Christi" mit einer Theologie der fragwürdigen Unterscheidung zwischen irdischem und himmlischem Frieden. Wir wissen auch, daß die Schaar derer, die die Bergpredigt ernst nahmen, klein geblieben ist und daß sie in den Augen der Welt als Sektierer zwar geduldet, ^{aber oft} ~~zwar~~ verlacht, ^{noch} ~~noch~~ geduldet und ^{oft} ~~oft~~ genug bekämpft und verfolgt wurden.

Mit fortschreitender Säkularisierung wurde das Verhältnis zum Kriege in zunehmendem Maße undifferenzierter, zumal in den letzten 150 Jahren. Während die Christen ^{bisher} ~~bisher~~ den Sinn für das Fragwürdige, das Abnormale des Krieges nie ganz verloren hatten und ihn immerhin als bedauerliches Phänomen einer gefallenen Welt betrachteten, beginnt nun eine Verherrlichung des Krieges; ^{die} ~~die~~ in logischer Konsequenz ^{darin} ~~darin~~ gipfelt, den Krieg als Normalzustand über den Frieden zu stellen. Die ^{späte} ~~späte~~ Romantik entdeckt den Krieg als Erlösung aus dem banalen Alltag mit seinen kleinlichen Reibungen; sie feiert ihn als das Element, in dem sich die menschlichen Tugenden erst entfalten können. Der deutsche Idealismus ^{in seiner Völkerglorie} preißt das Aufgehen im Über-Ich, die Hingabe und das Opfer um ihrer Selbst willen. Der Tod auf dem Schlachtfeld wird zum ersehenenswerten Heldentod und verliert damit die Würde menschlicher Tragik und seinen christlichen Ernst. Eine solche Heroisierung des Todes muß ^{auch} ~~in~~ die Verantwortung der Vorgesetzten für das Leben ihrer Untergebenen in bedenklicher

⊗ ist das die entscheidende Frage? fehlende "Erfolgs-Ideologie":
 Erlaubt ist, was gelingt. Besser: angemessenes Verhältnis von Soldatensystem
 Mensch. Opfer und politische Zielsatzung - : BEWAHRUNG oder AUSDEHNUNG?
 we? Ernst Jünger? MESSE

Weise relativieren. So schrieb denn auch ein namhafter Militär-
 schriftsteller im Jahre 1931: "zu sterben bedeutet für den
 Soldaten das Leben am höchsten genießen", und folgert dann
 "es scheint das Leben bedeutungslos, nicht nur das eigene,
 sondern auch das fremde". Und Die Glorifizierung ^{VOLL} der Schlach-
 ten, bei denen, oft durch fehlerhafte Führung, besonders hohe
 Verluste eingetreten waren, zeugt von gleicher Geisteshaltung.
 Bei aller Bewunderung, die beispielhafte Tapferkeit und Todes-
 mut verdienen - die wesentliche Frage nach der politischen
 wie ethischen Verantwortung der Führung für ein angemessenes
 Verhältnis von ^{Opfer} Einsatz und Erfolg ^{W. O.} wurde gar nicht gestellt, da-
 durch von dieser Antwort im Grunde Glaubwürdigkeit und Autori-
 tät unseres Berufes abhängen.

⊗ Angenommen wurde
 die Einleitung
 politische

Der biologische Darwinismus deutete das Leben ^{der Völker} als ständigen
 Kampf zur Auslese des Starken - und angeblich gleichzeitig
 Besten. Ludendorff entwickelte ^{davon} das Konzept des totalen Krieges,
 von dem sich der Frieden erst ableitet. Der bereits zitierte
 Schriftsteller schließt - nach einer Hymne auf Krieg und Schlach-
 ten- eins seiner Bücher: "Kampf ist das Leben, Kampf ist die
 Geschichte," Kampf ist die höchste Bestimmung des Menschen".
 In logischer Weiterausführung dieser Linie hält Hitler, schließ-
 lich, den Krieg für "die stärkste und klassische ^{sc} Ausprägung des
 Lebens", einen über 25 Jahre andauernden Frieden für schädlich
 und ^{sich} sagt demgemäß die NS-weltherrschaft nach dem Sieg als stän-
 digen Kriegszustand, der allein Deutschland davor bewahren könne,
 "in die europäische Verweichlichung" zurückzufallen .

Selbst die Christlichen Kirchen vermochten sich diesen Tendenzen
 nicht zu entziehen. Liest man Kriegspredigten von 1914, so trifft
 man auf zahlreiche Stimmen, die in der nationalen Begeisterung
 des Kriegsbeginns, in Parallelität zur Urgemeinde, ein zweites
 Weihnachten, ein neues ^{Prinzip} "Kriegessen", auf "kaiserlichen Dokumenten"
 und den "wie aus Stein gemeißelten Siegestelegrammen" "göttlicher
 Rede" hören und generell das deutsche Volk mit dem Volke Gottes,
 deutsche Geschichte mit Heilsgeschichte gleichsetzen. Das Wort
 "unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat" erhält
 vordergründige politische Aktualität; die Feinde werden zu "Fin-
 steren Mächten" und zu den Teufeln aus Luthers Reformationslied.

deutsche
 Beispiel!

Solchen Erhöhungen des Heldentodes als Sterben unter besonderer Verheißung mußte alsbald in ernste seelsorgerische Konflikte führen: es wurde schwer und schwerer, gegenüber dem zu Hause sterbenden Kranken und Alten glaubwürdig zu bleiben. Daß diese mehr als fragwürdige Theologie von den "Deutschen Christen" aufgegriffen und fortgesetzt wurde, liegt auf der Hand.

Bei aller Verschiedenheit der geistigen Wurzeln und politischen Ziele, haben diese Ideologien eins gemeinsam: sie gehen nicht vom Wesen und Würde des Menschen aus, sondern von idealisierten un~~mens~~lichen Kollektiven wie: Volk, Vaterland, Rasse, Staat, deren "Forderungen" jegliche^l Ausführung^{zu lassen} offen sind. Da sie konkrete Verantwortung weder für den^{gegenüber} Mitmenschen^{oder} noch gegenüber einer sittlichen Ordnung^{statuieren}, sind sie - aller klingenden Phrasologie zum Trotz - menschenverachtender Nihilismus

leser.
propagandistische
Leerbühnen

und bar jeder Transzendenz. Obwohl die Realität der Kriege die Wirklichkeitsferne und das Grotleske dieser Ideologien (X) Millionen Menschen vor Augen führte, verloren sie nicht an Anziehungskraft. Im Gegenteil, der Erste brachte sie erst zu voller politischer Wirksamkeit, während der Zweite mit seiner totalen Katastrophe ihren Wirkungsbereich immerhin einschränkte.

deutlicher

Freilich^{deshalb} mutete^H angesichts der 55 Millionen Toten des^{HITLERSCHEM} zweiten Weltkrieges und der zerstörenden Kräfte heutiger Massenvernichtungssysteme manches aktuelle Buch, mancher Aufsatz, mancher Zeitungsartikel und manche Rede gespenstisch an. Da werden der Bundeswehr soldatische Vorbilder angedient, denen nachzusterben wieder höchstes Ziel sein müsse, da wird die Häre des russischen Soldaten zum Maßstab für Erziehung und Ausbildung gesetzt, da wird der Blitzkrieg des plötzlich zum vorbildlichen Soldatenvolk avancierten Isbael als Modellfall zur Lösung offener politischer Fragen propagiert und der Krieg zu einem rein militärischen Problem denaturiert, weil er zu ernst sei, als daß er den Politikern überlassen bleiben könne und weil es keinen Ersatz für den Sieg auf dem Schlachtfelde gäbe.

STUMPF
KARST
DANZS
GOLWATER

Ich zitiere diese Stimmen und ihre Ahnherren nicht, um anzuklagen oder mich mit ihnen auseinandersetzen, sondern vielmehr,

- hier übrigens auch "Klasse" in "sozialistisches Weltsystem" - keine

um auf das Erbgut zu weisen, das zwischen uns und dem Frieden steht. Diese Stimmen sind ^{auch} nur repräsentativ für viele vordergründige Vorurteile ⁱⁿ über unsere ^{Länder} Nachbarvölker, für mancherlei immer noch virulente politische Ambitionen, die wenig mit der Wirklichkeit und dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zu tun haben, für ^{die} unsere Verachtung gegenüber nationaler, wissenschaftlicher Analyse politischer Probleme und der Diskussion als notwendiger Methode zur Klärung und Angleichung. Sie machen deutlich, wie notwendig, aber auch wie schwierig es ist, die Traditionen und Vorstellungen einer autoritären, unfreiheitlichen Vergangenheit zu überwinden mit ihrer Kompromißfeindlichkeit im politischen, aber Konzessionsfreudigkeit im Sittlichen, ihrer Bereitschaft zur Gewaltanwendung und ihrer Hilflosigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Fragen unseres Zeitalters.

diese
Kendernisse
zu über-
winden!

Beziehen wir nun noch den Soldaten auf den Frieden, entfesseln wir eine Flut von Vorbehalten. Wir hören, daß für die Erhaltung des Friedens allein der Politiker verantwortlich sei, während der Soldat auf den Krieg ausgerichtet werden ^{muß} darf; der Frieden sei nicht seine Sache. Andernfalls verlore ^{der Soldat} er Sinn, Aufgabe und Eigenart.

Beleg?

↑

Das ist
an ANFANG!

→ S. 2:

"zu ①

Ein oft gebrauchtes Argument, daß jedes Weiterdenken in Richtung Friedensaufgaben als weltfremd und illusionär abschneiden ^{will} soll, ist der Hinweis auf den Krieg als unmenschliches Phänomen und auf den Krieger als Archetype. Da die Geschichte eine stete Wiederholung des Gleichen sei, wofür sich vom Prediger Salomo über Nietzsche bis zu den Neukonservativen viele Kronzeugen anführen lassen, blieben Menschen "Menschen", würde es Kriege und, um diese zu führen, Soldaten mit notwendigerweise kriegerischer Haltung geben. Sicher ist an der These von der ständigen Wiederkehr bestimmter menschlicher Situationen und Probleme etwas Wahres. Gewiß wird es Geburt, Liebe und Haß, Freud und Leid, Arbeit und Muße, Krankheit und Tod solange geben, wie es Menschen gibt. Doch hilft diese elementare Feststellung nicht im geringsten weiter. Sie ist zur Leerformel abgemagert und reduziert, sie hat mit der Wirklichkeit unseres Lebens nichts mehr zu tun. Es ist deshalb hier meine Frage, leben wir wirklich noch unter Bedingungen, die nichts anderes als eine Wiederholung der geistigen, politischen und gesellschaftlichen Problemstellung der Vergangenheit bedeuten?

Stellen uns Kranksein, Altwerden, und Sterben - von dem theologischen Aspekt einmal abgesehen - heute wirklich noch vor die gleichen Probleme wie Salomo, bzw. sind seine Erfahrungen überhaupt noch übersetzbar in unser Leben? Oder auf unser Thema bezogen: sind eigentlich Wesen, Phänomene und Folgen der vortechnischen Kriege mit denen der technischen oder die der technischen mit denen der thermonuklearen zu vergleichen? Ist hier nicht längst ein Qualitätssprung entstanden, der nur durch den sorglosen Weitergebrauch der alten Vokabeln verdeckt ist? Und leiden wir nicht eigentlich auf allen Lebensgebieten darunter, daß wir uns in einer, jedenfalls durch die Summe der Veränderungen neuartigen Lage noch immer mit den Vorstellungen und Lösungen von früher begnügen?

R | alles zu Seite 2!

2

Und damit sind wir bei der zweiten Frage nach der Bedeutung des Friedens und nach unserem Beitrag. Die Antwort läßt sich vielleicht am leichtesten aus kurzen Hinweisen auf gewisse Aspekte unserer Wirklichkeit ableiten.

Das 20. Jahrhundert hat durch die wissenschaftlich/technologische Entwicklung eine Dynamik erhalten, die ohne Beispiel in der Geschichte ist. Die Lebensverhältnisse haben sich seit 1900 tiefgreifender gewandelt, als in den Jahrtausenden zuvor. Dabei ist für die kommenden Jahrzehnte eine noch viel weitergehende Umgestaltung zu erwarten; das Tempo nimmt revolutionäre Ausmaße an. Die Entwicklung ist in ihrer Totalität für den Einzelnen nicht mehr überschaubar und nicht mehr fasslich. Nur die Experten sind noch in der Lage, wenn auch immer kleiner werdende Ausschnitte zu überblicken. Größere Zusammenhänge können nur noch ^{aus verschiedenen Einzelteilen} ~~partim~~ ^{zusammen} ~~intem~~ dargelegt und analysiert werden. So wird das Bewußtsein der einzelnen und damit die gesellschaftlichen Vorgänge von Denkmodellen und Haltungsbegriffen bestimmt, die nur noch ~~sehr~~ ^{beding} bedingt der Wirklichkeit von heute und ihren Bedingungen entsprechen. Dieser "cultural lag", d.h. diese Phasenverschiebung zwischen Bewußtsein und Umwelt ist wohl der wesentliche Grund für das weitverbreitete Unbehagen und die Sorge, durch unkontrollierte und unerkennbare Kräfte manipuliert zu werden. Anstatt die erstmalig der Menschheit gebotene Chance zu nutzen, die großen Probleme der

Zeit wissenschaftlich zu durchdringen und nicht nur in die Zukunft, sondern die Zukunft selbst zu ^{planen} ~~erregen~~, herrscht hilflose Passivität. Die Probleme werden erst ~~dann~~ aufgegriffen, wenn sie übermächtig geworden sind - und ohne die notwendige große Konzeption.

Es gibt ~~es~~ eine ~~Art~~ lange Reihe von Phänomenen - eigentlich in jeder Berufssparte - , die ^{den Wandel} ~~die Wahl~~ der Lebensumstände illustrieren. Ich wähle einige wenige aus, die mir im engeren Zusammenhang mit unserem Beruf und Thema zu stehen scheinen.

Das eine ist die "Wissensexplosion". Während sich im vorigen Jahrhundert das menschliche Wissen etwa verdoppelte, hat sich die Kenntnis von Mensch und Umwelt in den letzten 40 Jahren um das 16-fache vermehrt, wobei etwa die Hälfte der Informationen in einer Dekade wieder veraltet ^{sein} und durch neue Erkenntnisse überholt wird. Diese Tatsache allein stellt den Wert überkommener Weisheit, Erfahrung und Routine, aber auch von überkommener Erziehung, ^{und} ~~ausgenommen~~ Autorität ernstlich in Frage. Die Berufsstrukturen unterliegen einem permanenten Wandel; neue Berufe entstehen, alte laufen aus. Berufsausbildung sollte also gerade auf Umlernen und Anpassen, auf Dynamik und Zukunft, auf Offenheit und Beweglichkeit abgestellt sein und nicht die heutigen Gegebenheiten als unumstößlich, lebensbegleitende Wahrheiten darstellen. So scheint es mir seit langem fraglich, wieweit die Ausbildung im taktischen Einsatz heutiger Verbände und Systeme für Fahnenjunker und Fähnriche sinnvoll ist, die einmal - und nur ein Bruchteil wird es tun - ~~nach aller Voraussicht~~ ^{in Sympathie} ganz anders geartete und ausgerüstete Verbände, als Kommandeure führen werden. Dabei gilt meine Sorge nicht nur dem Zeitverlust, sondern auch der Förderung eines "Konservatismus". Man trennt sich später ungerne von dem, was man in der Jugend lernte. Je schneller sich aber das Bild dieser Welt mit ihren Strukturen, sowie die Bildungsmethoden ändern, um so schwieriger wird die Verständigung zwischen den Generationen. War früher der Ältere allein durch seine größere Erfahrung von vornherein als Autorität anerkannt, ist ihm heute in aller Regel der Jüngere mit seinen moderneren Kenntnissen und Arbeitsweisen - oft sogar in Lebendigkeit - überlegen.

Ein weiteres Phänomen ist die - "Bevölkerungsexplosion".
Moderne Medizin und Hygiene haben eine lawinenartige Zunahme
der Weltbevölkerung ausgelöst und gerade in den Gebieten,
deren wissenschaftlich-technologische wie ^{managerial} "Poten-
tial, ~~aber auch die politisch-gesellschaftlichen Grundlagen~~
selbst bei statischer Bevölkerungsentwicklung kaum ausreichen
würden, ein erträgliches Leben zu ermöglichen. Die ständige
Zunahme der Geburten stellt sie ^{hier} ~~eben~~ ^{vor} unlösbare Aufgaben.
Man rechnet noch vor Ende unseres Jahrhunderts mit einer Ver-
doppelung der Menschheit auf rund 7 Milliarden; von ihnen werden
75 bis 80% Angehörige der Entwicklungsländer sein. Für eine
Milliarde dieser in den nächsten 20 Jahren geborenen Menschen
bestehen keine Ernährungsgrundlagen, ^{fals nicht} ~~als~~ außerordentliche
Anstrengungen unternommen werden. Den Verhungerten und Dar-
benden durch moderne Kommunikationsmittel greifbar nahe,
werden etwa 15 % in bisher nicht gekanntem Luxus und Wohlstand
leben. Die Bevölkerungsexplosion hat nämlich auch ihre qualita-
tive Seite: die Reichen werden immer reicher, die Armen immer
ärmer.

Hermann Kahn erwartet ~~aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen~~
für das Jahr 2000 drei ^{nationaler} Entwicklungsstufen:

Die höchste ist die ^{ne Wirtschaft} ~~Machindustrie~~ mit 147 Arbeitstagen
von 7 Stunden und einem ^{nationaler} Einkommen von 7.500 \$ im Jahr;
sie wird von den USA, Japan, Kanada und Schweden erreicht.

Die mittlere, ^{bleibt} ~~ist~~ unsere hochentwickelte Industrie- und
Konsumgesellschaft mit Einkommen zwischen 1.500 und 4.000 \$;
sie umfaßt West- und Osteuropa, die Sowjetunion, Israel,
Australien und Neuseeland.

Die vorindustrielle Ära mit Einkommen unter 200 \$ herrscht
weiter über den größten Teil der Erde von China über Indien
und Afrika bis zur Masse der südamerikanischen Staaten.

Welche Spannungen ~~allein~~ aus diesem gesellschaftlichen Ge-
fälle entstehen, ^{es wird} ~~das nirgends mehr ergeben als gottgewollt~~
~~hingenommen wird~~, liegt auf der Hand. Hier zeichnet sich ein
weltweiter Konflikt ab, der den heutigen zwischen Ost und West
bald überlagern und die letzten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts

der SCHLÜSSEL zur BEHERRSCHUNG ^{zusammen} ~~des~~

bestimmen wird. Wo im übrigen die ~~eigentliche Problematik~~ ^{überwiegend} unserer Entwicklung liegt, zeigt ein Blick auf die "Nachindustriellen". Sie sind alle nicht, mit Ausnahme der USA, von Natur und Geschichte besonders begünstigt. Sie haben es offensichtlich nur besser verstanden, mit der Wirklichkeit fertig zu werden - vor allem wohl mit den modernen Gesellschafts-, Bildungs- und Wissenschafts-problemen.

Es bedarf ~~keines Beweises~~

~~Für unser Thema aber bleibt festzustellen, daß diese "enormen Anpassungsschwierigkeiten" weder ^{die der Entwicklungsländer, noch} unsere eigenen, für welche die Vervierfachung der Stadtbevölkerung in den nächsten 25 Jahren ein ^{bot} Symptom ist, noch die der Entwicklungsländer ^{mit} Gewalt ~~nicht zu lösen~~ ^{bewältigen} sind. Die hoch- wie die wenigentwickelten Staaten brauchen dringend Frieden, um ihre Anstrengungen auf die Lösung dieser Probleme zu konzentrieren. Ohne Frieden zwischen Ost und West, ~~aber~~ ^{wie} auch zwischen Nord und Süd wird es keine Entwicklungshilfe, aber ohne Hilfe auch keinen Frieden geben. Zweigten die Industrienationen 2 % ihres Bruttosozialproduktes als Entwicklungshilfe ab, könnte Entscheidendes geleistet werden. Man sieht diese 30 bis 40 Milliarden Dollar in der richtigen Proportion, wenn man sie mit den jährlichen Welt-rüstungsausgaben von etwa 140 Milliarden \$ gegenüberstellt.~~

Beispiel

Wenn wir uns nach der Bedeutung des Friedens ~~und unseres Friedens~~ ^{beitrags} fragen, dürfen wir nicht an der Wirklichkeit "Gesellschaft" vorbeigehen, deren Bedeutung in konservativen Augen lange durch den alles dominierenden Staat verdeckt worden ist. In Deutschland bildete sich nach 1945 zum ersten Male eine moderne pluralistische Industriegesellschaft. Die feudalen-autoritären Ordnungselemente, die noch entscheidend zum Zusammenbruch von Weimar beigetragen hatten, sind an den Rand gedrängt.

In dieser neuen Gesellschaft müssen alle Gruppen Platz und Zuordnung finden, nicht nur der Staatsbürger in Uniform - eine nach Ralf Dahrendorf "neue Sozialfigur". Dieser Integrations-^{versuch} ~~prozess~~, der erklärlicherweise noch oft mit ständisch-obrigkeitsstaatlichen Erwartungen betrachtet wird, ist ein schwer überschaubarer, jedenfalls nie endender Prozeß. Eins nur dürfte sicher sein, daß keiner der früher privilegierten Berufe

seine alte Vorzugsstellung wiederfinden wird. Die Bundeswehr wird nie wieder zur kritiklos bewunderten "schimmernden Wehr"; der Soldat nicht wieder zum Repräsentanten und Liebling des Volkes. Wobei es für manchen ein schwacher Trost sein mag, daß dieser "Idealzustand" in Deutschland nur zwischen 1870 und 1918 - und nicht einmal bei allen Bevölkerungsschichten - gegolten hat. Die Industriearbeiter sahen in der Armee die ~~wesentliche~~ ^{ih. c.} Stütze einer Ordnung, die nicht die von ihnen ~~erstrebt~~ ^{erstrebt} war.

Mancherlei Befragungen zeigen, daß das Vorhandensein der Bundeswehr als Faktum in der Gesellschaft akzeptiert ist. Unklarheiten bestehen allerdings über ihre Funktionen und damit über ihre Notwendigkeit. Unter den ~~Jugendlichen~~ ^{Jugendlichen}, ~~lediglich~~ ^{lediglich} ist nur noch der konservative Teil gewillt, ~~ih~~ ^{ih} einen zeitlosen Wert jenseits ~~der~~ ^{der} politischen Funktion zuzugestehen. Erstaunlich unbestritten ist der individualpädagogische Wert der Dienstzeit, widerspricht doch diese Erwartung ~~eigentlich~~ dem Charakter ~~sowohl~~ ^{sowohl} des freiheitlichen Staates, ~~als~~ ^{als} auch dem moderner Streitkräfte. So sicher ~~auch~~ die Truppe den einzelnen Soldaten entwickelt und formt - die Innere Führung hat auf diese Tatsache von Anfang an hingewiesen und versucht, dem unvermeidbaren Erziehungsprozeß Inhalt, Methoden und Grenzen zu setzen, - so falsch ist es, in der Bundeswehr primär eine Erziehungsinstitution zu sehen. Sie erzieht, weil sie da ist und eine bestimmte Aufgabe hat ; sie ist aber nicht da, um zu erziehen - und schon gar nicht zu solchen "schillernden Tugenden", wie "Sauberkeit" und "Ordnung". Zweifel bestehen ~~weiterhin~~ über Qualität und Können der Berufssoldaten und an der Schlagkraft der Truppe überhaupt. Hierbei spielen sicher ~~beide~~ ^{beide} veraltete Vorstellungen ~~von den Forderungen des modernen~~ ^{von den Forderungen des modernen} ~~Berechts- und soldatischen~~ ^{Berechts- und soldatischen} Stils, ~~als~~ ^{als} auch ~~das~~ ^{das} Selbstunsicherheit vieler Unteroffiziere und Offiziere mit.

So scheint die Bundeswehr verhältnismäßig schnell eine Art von Gleichberechtigung neben ~~Schule, Verwaltung,~~ ^{BAW und Post, ~~und~~} - oder auch Finanzamt-~~gegründet~~ ^{gegründet} zu haben, was ~~gar~~ ^{gar} nicht von vornherein feststand und als Verdienst vieler guter Staatsbürger in und ohne Uniform zu werten ist. So ungeheuerlich diese Gleichstellung in manchen

Ohren klingt, so scheint sie mir doch ^{einer funktionsgerechten} dem verfassungsrecht-
~~lichen Eindruck~~ ^{bedingung} der Bundeswehr als Teil der Exekutive zu
entsprechen und in gar keine schlechte Nachbarschaft geführt
zu haben. Es wäre hier gesellschaftlich das nachvollzogen,
was das Soldatengesetz ^{mit der Regelung der Status-Frage} auf dem Gebiet des Status begann:
die Zusammenführung von Soldaten und Beamten ~~schaffte~~ unter
^{dem} ein Dach ^{öffentlichen Dienstes} gemeinsamen Staatsdienertums. Das 19. und beginnende
20. Jahrhundert hatten ohne sachliche Notwendigkeit diese noch
unter dem Absolutismus bestehende Einheit aufgehoben. Während
der Beamte schrittweise in den Verfassungsstaat und in die mo-
derner werdende Gesellschaft hineinwuchs, blieb der militäri-
sche Bereich ~~noch~~ absolutistisch-autoritären Kategorien verhaf-
tet. Diesen Irrweg zu korrigieren, schien nicht zuletzt des-
halb geboten, weil das breite Auffächern in Spezialsparten
dem Status Soldat mehr und mehr zufälligen Charakter ^{gab},
jedenfalls den generellen Unterscheid zwischen Beamten und
Soldaten einebnete.

unwen-
ständig

Doch halte ich die einmal errungene Position unter Anerkennung
in ^{unserer} ~~unserer~~ Sicht ⁱⁿ Bewußtsein und Struktur ^{entwickeln} schnell ^{entwickeln}
der Gesellschaft ^{nicht} ~~ohne~~ ^{weiteren} gesichert. Die Unruhen an
den Universitäten haben ^{gezeigt}, ein wie starkes Unbehagen gegen-
über den heutigen Gegebenheiten unter der ~~denkenden~~ Jugend herrscht
und wie elementar der Drang ist, ^{alle} diese radikal in Frage zu
stellen. Sicher übertönt oft romantisch-~~re~~idealistischer Pro-
test die Sehnsucht nach neuen Inhalten und Wegen in Politik, ^{berufswelt}
Berufswelt und Lebensführung. Doch bleibt als ^{dominantes} ~~dominantes~~ unüber-
hörbares ^{Engagement} ~~Engagement~~ ^{für} ~~für~~ Frieden und Menschenwürde. ^{Alle} ~~Alle~~ Kriege ^{als}
Mittel der Politik hat stets die Ablehnung hoch-entwickelter
Industriegesellschaften gefunden. Er widerspricht ihrem Grund-
prinzip des Ausgleichs der Interessen und zerstört ihre materi-
ellen Grundlagen. Bereits die ersten Aufstellungspläne der
Bundeswehr erregten erhebliche Sorge, ob sich z.B. allgemeine
Wehrpflicht und Vollbeschäftigung vereinbaren ließen oder ob
nicht Rüstungsaufträge Anlaß zur staatlichen Lenkung geben
könnten. Hinter der "ohne mich" Bewegung stand nicht nur Staats-
verdrossenheit, sondern auch die für unsere Gesellschaftsmenta-

7 mit unvollständigen Verhältnis im Frieden ist besied

- 13 -

lität typische Furcht, daß Aufrüstung und Streitkräfte mit gewisser Zwangsläufigkeit zum Kriege führen. Diese Einstellung wird sich aller Voraussicht nach eher intensivieren als abflachen. Dabei wird die Kluft zwischen der Haltung weiter Teile der Gesellschaft und dem soldatischen Selbstverständnis hergebrachter Art immer tiefer. ~~Ein~~ ^{der} ~~solcher~~ Soldat wird zum Outsider und Fremdkörper, ~~der~~ seine Menschenführung in einer Wehrpflichtsarmee zu einem unauflöselichen Dilemma. Die wachsende Zahl der Kriegsdienstverweigerer, wie der erstaunlich hohe Anteil an Reserveoffizieren unter ~~der~~ ^{den} Führern der rebellierenden Studenten sind bereits warnende Zeichen. Jedenfalls ~~kaum~~ ^{wird} nur eine Bundeswehr mit Offizieren, die ihre Reform und Friedenswahrung als ihre Aufgabe verstehen (~~dieser~~ ^{vors}) zum Engagement für eine freiheitlich-friedliche Zukunft bereiten ~~jungen Menschen etwas Positives bieten~~. ^{Jugend} ~~respektiert werden~~.

2 Doch fehlt bei unserer Wirklichkeitsbetrachtung noch das Gegenbild des Friedens: der Krieg. Seine moralische Berechtigung hat ~~die~~ ^{die} zivilisierte Menschheit in der Wiederherstellung des Rechtes, zumindest in einer Neuordnung der politischen Verhältnisse gesehen, die auch den Besiegten Lebensmöglichkeiten ließen. Mit der Aufgabe des Legitimitätsprinzipes im zwischenstaatlichen Verhältnis und der Zunahme des imperialistischen Nationalismus als Motivation der ~~Russen~~ ^{Russen}politik tritt dabei gerade ~~dieser~~ ^{dieser} politische Zweck ~~dieses~~ ^{dieses} Krieges immer stärker in den Hintergrund. Das primäre Ziel heißt Vernichtung des Feindes; der militärische Aspekt der Kriegsführung dominiert über die Politik. Brest Litowsk wie Versailles zeugen von dieser Unfähigkeit, Frieden zu schaffen. Die totalitären Systeme übersteigern Ziele und Methoden der Kriegsführung ins Grenzenlose; das Lebensrecht der anderen spielt für sie gar keine Rolle mehr. So ist es kein Zufall, daß beide Weltkriege trotz gewaltiger Anstrengungen und Opfer geschaffen haben Spannungen hinterlassen, ohne die alten ~~einer Lösung näher zu bringen~~ ^{zu überwinden} ~~gebracht zu haben~~.

Heute aber ist es in ⁱⁿ erster Linie die Technologie, die in ~~in~~ ⁱⁿ Übersteigerung der Zerstörungs- und Vernichtungsmittel dem

Ein~~s~~ ist jedoch sicher, daß Gewaltanwendung problematischer denn je zuvor geworden ist. Die neuen Denkmodelle, Haltungen und Strukturen wollen behutsam ertastet werden; die Gewaltmittel zerstören Freund und Feind.

R Die Neuordnung der einen, verwissenschaftlichten und über-
völkerten Welt stellt uns zu allererst vor die ethische Frage, ^{um} ob Verantwortung weiterhin an weltanschaulichen, staatlichen, nationalen, rassistischen, beruflichen und sonstigen "nichtmenschlichen" Grenzen aufhören kann oder ob Christen und Humanisten sittliche Postulate endlich als allgemein verbindlich, d.h. als sittlich anerkennen. [Daß dieses neue Ethos den deutschen Aberglauben vom Dualismus von Politik und Moral, Macht und Menschlichkeit überwinden muß, ist sicher.] In dieser konfi-
zierten, empfindlichen und energiegeladenen Welt fordern ^{jeder falls} bereits Sachverstand und Selbsterhaltungswillen sittlich fundierte Politik und sparsame, an das Recht gebundene Gewaltanwendung. Vor dieser Notwendigkeit ethischer Besinnung stehen alle Menschen, vor allem aber diejenigen, die Macht und Gewalt verwalten. Zu ihnen gehört der Soldat ~~in besonderem Maße~~, sind doch gerade ihm in Befehls- und Disziplinargewalt, in Gerät und Waffen kostspieligster und gefährlichster Art, in Expertentum und Geschlossenheit der Institution eine ungewöhnliche Fülle nicht immer kontrollierbarer Macht und Gewalt anvertraut.

den Beitrag des Soldaten zum Frieden

3 Damit sind wir bei der dritten Frage, Um diese zu beantworten, werden wir einen Blick auf Strategie und Taktik, Innere Führung und Tradition, auf das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft, Bündnis und Osten zu werfen haben.

Die militärische Strategie der ^{h.w.} ~~Kriegsveränderung~~ als Mittel einer ^u ~~Politischen Strategie~~ der Friedenserhaltung ist die Abschreckung. Diese verlangt Streitkräfte, die nach Zahl, Schlachtenkraft und Bereitschaft glaubwürdig in der Lage sind, möglichen Angriffen den militärischen Erfolg zu versagen, bzw. sie mit ^u Zerstörung zu beantworten, die jeden Angriff seines politischen Sinns entkleiden. Ständige Operationsbereitschaft, die nach Minuten oder Stunden zählt, ist nicht nur kostspielig, - die meisten Sparmaßnahmen gehen zu ihren Lasten - sie stellt auch erheblich höhere Anforderungen an den Soldaten als die

herkömmliche Mobilmachungsstrategie. Mit Schichtbetrieb, langen Wartezeiten und Sonntagsdienst entstehen besondere, ^{aber regelb.} Führungsprobleme, ~~obwohl ich~~ Die Wehleidigkeit ~~nie verstanden habe~~, mit der die Nato-Bereitschaft weithin beklagt ^{wird, ist me} ~~ist~~. Durch geeignete Diensterteilung, ^{materiellen Ausgleich} Fürsorge und andere Führungsmaßnahmen sollte die Truppe auch mit diesem Randproblem fertig werden, das bei den meisten Dienstleistungsbetrieben ^{anderen} zum Alltag gehört. ^{rationell gelöst werden ist.}

^{Wol} Wichtiger ist ~~aber~~, daß der Soldat tatsächlich im Frieden schon fast auf "Kriegsfuß" steht. Ihn trennt nicht mehr der ^{Zeit-} Puffer einer Mobilmachung von einem nur recht allgemein vorstellbaren Kriege; er lebt bereits in seiner Garnison mit klar definierten, ~~hier~~ jeden Tag aktualisierbaren Kampfaufträgen, die mehr oder minder sein dienstliches und auerdienstliches Leben bestimmen. Das hervorragendste Beispiel geben die für ^{Luftverteidigung} ~~Luftverteidigung~~ ^{und} ~~ohne~~ den nuklearen Schlag bereitgestellten Systeme und Verbände. Ihr Dienstbetrieb ist wesentlich darauf abgestellt, zu jeder Stunde des Jahres einen reibungslosen, blitzschnellen Übergang auf den Krieg vorzunehmen. Hier setzen die Bedenken einer ^{Reihe} ~~Reihe~~ von Kritikern ein. Sie behaupten, der normale Soldat sei nicht in der Lage, das notwendige hohe Maß an Kampffertigkeit und Verteidigungswillen zu entwickeln, falls er nicht auch die ^{AUSSICHT} ~~HOFFNUNG~~, -zumindest nicht die Erwartung, ^{das Gelernte im Kriege anzuwenden und sich im Ernstfall zu bewähren.} ~~das Gelernte im Kriege anzuwenden und sich im Ernstfall zu bewähren.~~ Sie meinen also, Friedensliebe und ~~Verteidigungsbereitschaft~~ ^{unvereinbar}; glaubwürdig abschrecken könnte dann also nur der, welcher fest mit dem Scheitern, d.h. der Nutzlosigkeit ^{der Abschreckungs-} ~~dieser~~ Strategie rechnet!

Ich habe bei zahlreichen Besuchen gerade ^{von} ~~bei~~ strategischen Einheiten höchster Bereitschaftsstufen nie ^{das Gefühl} ~~das Gefühl~~ gehabt, als ~~da~~ ^{die} ~~deren~~ Soldaten diese theoretisch so imposante Polarität überhaupt bewege. Sie ~~sehen~~ ^{sehen} in diesem aufreibenden, "unheroischen" und für einige von ihnen gar nicht ungefährlichen Friedensdienst ihre eigentliche, ernst zu nehmende und befriedigende Funktion.

→ //
 ✓ sich bewähren zu können, indem er seine ~~können~~ ^{Leistungsfähigkeit} ~~Leistungsfähigkeit~~ in einem Kriege ~~seiner~~ ^{Besten} ~~Besten~~ ^{stellt} ~~stellt~~ beweist.

Wit-wendende Kriegsfunction,

Da sie genau ^{wissen} wußten, was es für die Welt und ihr Volk bedeuten würde, wenn sie auch ihre zweite ^{ihre} ~~Notfunktion~~ ausüben müßten, schienen sie diese ^{weder} nicht einmal zu wünschen ~~oder~~ ^{nach} jedenfalls nicht als ihre Hauptaufgabe zu betrachten.

Trotzdem ^{sind} ~~wären~~ sie darauf gefaßt, auch diesen Teil ihrer Aufgabe, den sie bis ins letzte Detail ^{drück} ~~könnten~~ und dessen seelischer ^{Punkt} sie zu keiner Stunde völlig abstreifen ^{könnten}, auf sich zu nehmen.

Solche Einsicht und Haltung zu fördern und zu ^{übernehmen} ~~pfliegen~~, erscheint mir ein nicht unwesentlicher Teil unseres Beitrages zu sein. Solange die Träger der Abschreckung nicht von dem Wert und den Erfolgchancen ihrer Strategie überzeugt sind, hält die Malaise der angeblichen Auftragslosigkeit an, ~~und~~ bleibt die Wirkung sowohl auf die eigene Bevölkerung, als auch auf den möglichen Angreifer zweifelhaft. Abschreckung erfüllt nur dann ihren Zweck, wenn sie auf Streitkräften beruht, deren Soldaten um des Friedens willen ein so hohes Verteidigungspotential entwickeln, daß jeder Angriff zu Mißerfolg oder Selbstzerstörung führt. Jedes Warten auf den Krieg, ^{zu welchem und habe ich keine Lust.} macht ihn gerade unwahrscheinlich.

Doch gilt der Abschreckungsgedanke nicht nur bis zum ersten Schuß, also dem Augenblick, wo, trotz aller Abschreckungsanstrengungen, ~~aus Gründen, die unter Umständen wenig mit militärischen Gesichtspunkten zu tun haben,~~ der Krieg ausbricht. Es gilt ^{dann} ~~auch~~ weiter abzuschrecken; jetzt gegen Fortsetzung und Intensivierung der militärischen Agression. Vernichtung des Angreifers zieht heute in aller Regel die Vernichtung des Verteidigers nach sich; Ein "ordinärer" Sieg des Verteidigers zwingt den Angreifer zur Eskalation; diese wird den Weg zum Frieden eher versperren als öffnen; Da der Krieg keine politische Lösung mehr verspricht, ist jede unnötige Verlängerung sinnlos und gefährlich.

Aufgabe der Streitkräfte wird es nun, gläubwürdig zu demonstrieren, daß der Angreifer sein politisches Ziel nicht mit militärischen Mitteln - weder mit den z.Z. eingesetzten, noch durch Eskalationen - erreichen kann, daß er bei vollem

Einsatz seines überlegenen Potentials mit Zerstörung^{an} rechnen
muß, die in keinem angemessenen Verhältnis zu dem steht, was
~~er bestenfalls als Erfolg erwarten kann~~ *seinem politischen Ziel*

Selbstverständlich dient das militärische Instrument, nach
wie vor, dem politischen Ziel, dem Gegner den eigenen politi-
schen Willen aufzuzwingen. Nur lautet der eigene politi-
sche Wille ~~(im Blick auf all die Friedenswiederherstellungen~~
~~und die Kriegswirklichkeit)~~ nicht mehr, um dem anderen etwas
aufzuzwingen, was dessen politische Existenz bedroht, sondern
sich selbst nicht dem Willen des Angreifers zu unterwerfen;
nicht mehr ^{auf} zu "Sieg", sondern "nicht besiegt - zu werden";
nicht mehr eine neue, vielleicht günstigere, sondern die bis-
herige Lage wieder herzustellen. Dieses politische Ziel be-
stimmt den militärischen Einsatz bis in die Taktik hinein.
Nur ein beschränkter Auftrag ^{mit dem Ziel} und Lage angemessener Gebrauch
des militärischen Potentials gibt dem aufgezwungenen Krieg
politischen Nutzeffekt.

Unter den herrschenden strategischen Bedingungen sind unbe-
grenzte Kriege höchster Intensität in hohem Maße unwahrschein-
lich, da sie keinem vertretbaren politischen Ziel dienen;
sie wären Kriege um des Krieges, Zerstörung der Zivilisation
um der bloßen Zerstörung wegen. Kriegerische Aktionen mit
begrenztem Ziel- und Kräfteinsatz von kurzer Dauer sind
weniger unwahrscheinlich. Damit erhält die "klassische"
Verteidigung wieder an Bedeutung. Allerdings dient auch sie,
wie bereits gesagt, der Abschreckung, d.h. sie hat primär
einen psychologischen-politischen Zweck, dem der militäri-
sche nachgeordnet bleibt; Sie schützt nicht in erster Linie
Territorium und Bevölkerung, sondern soll dazu beitragen,
die Feindseligkeiten so schnell ^{wie} als möglich zu akzeptablen Be-
dingungen zu beenden - dazu wird freilich in aller Regel
die Wiedergewinnung verlorenen eigenen Territoriums, d.h. die
Wiederherstellung des Status quo ~~ante~~ durch militärische
oder diplomatische Mittel gehören.

All das bedeutet eine Revolutionierung des militärischen
Denkens. Während bisher - jedenfalls seit der Französischen

Revolution - der Maximalgebrauch der verfügbaren ^{Waffen} Mittel
 zur Erfüllung des militärischen Auftrages die Regel war,
 geht es jetzt um den Einsatz der ^{zur Erfüllung des Auftrages} gerade ausreichenden Mittel.
 Jedes Zuviel und Zufrüh, aber auch jedes Zuwenig und Zuspät
 verursacht unnötige Eskalationen und widerspricht der poli-
 tischen Vernunft. Die für die heutige Situation kennzeich-
 nende unmittelbare Umsetzung militärischer Waffenwirkungen
 in weltweite politische Dimensionen -denken Sie an den
 ersten Einsatz selbst einer kleinen nuklearen Gefechtsepo-
 che auf irgend einem noch so entlegenen Kriegsschauplatz
 oder auch an den Angriff mit einer konventionellen Waffe
 gegen ein politisch empfindliches Ziel, kann den Politiker
 zwingen, unmittelbar und oft gegen den militärischen Sach-
 verstand selbst taktische Einzelheiten zu bestimmen. Das
 muß in Konflikte führen, denn ⁱⁿ nur Soldaten mit fester Über-
 zeugung vom politischem Charakter ^{von} einer Kriegsführung und
 damit auch ^{von} des Primats der Politik gerade ^{in Bezug auf} gegenüber mili-
 tärischen Erfordernissen gewachsen sind. Sie sind auch
 die einzigen glaubwürdigen Vertreter militärischer Sachwänge
 dem Politiker gegenüber. Die politische Sorge vor unerwünsch-
 ten Eskalationen wird oft den wirkungsvollsten, d.h. mili-
 tärisch gesehen ökonomischen Einsatz der ^{Verhältnisse} Einheiten behin-
 dern. ^{Dieses muß} Er wird so erhöhte und vom Standpunkt der Truppe
 unnötige Verluste verursachen. ^{Das} Dabei stellt sich sehr bald
 die Vertrauensfrage: ^{oder} die nach dem Sinn des Kämpfens;
^{beides lassen} sich positiv nur aus dem ^{FRIEDENS-} gemeinsamen Engage-
 ment für den Frieden beantworten. ^{der} MILITÄRS und der POLITIKER beantw.

Diese Rationalisierung der Kriegsführung, die aus dem tech-
 nischen Charakter des Instruments und dem Wesen des heutigen
 Krieges resultiert, fordert den Abschied von vielen Grund-
sätzen, die Denken und Handeln der deutschen Armeen in den
 letzten 150 Jahren beherrschten. Sie schränkt die Handlungs-
 freiheit im Rahmen der Auftragstaktik erheblich ein und setzt
 manche Maxime außer Kurs, wie die vom Eigenwert jeder Ini-
 tiative, die ^{in dem} Fehlgreifende Mittel dem Abwarten überordnet. (X)
^{Rationale Kriegsführung} Sie macht aber auch Cannae als Idealmodell für jede Art von
 Kriegsführung ungültig. Ebenfalls scheint es an der Zeit zu
 sein, kritisch zu überprüfen, ob "töten", "töten lassen"

T F 1962, Nummer 38

Noch heute können Nachwuchsoffiziere der traditionellen Grundsätze: "Der höchste
 Führer wie der jüngste Soldat muß sich stets bewußt sein, daß
 (Unterstützung + Verantwortung) ihm schwerer belastet als ein Füllmaß + Kontrolle

und In-die-Flucht-Schläge

und "sterben" die den Soldaten auszeichnenden Besonderheiten sind. Von der Sache her, soll der Soldat - und ich meine, auch gewichtige ^{bedenke ich} sittliche Gesichtspunkte sprechen dafür - den Gegner an der Ausführung seines Kampfauftrages hindern. Er soll also außer-Gefecht-setzen, was auch durch Gefangennahme und Verwunden hinreichend erreicht ^{werden kann} ~~wird~~; er soll als Vorgesetzter dieses Außer-Gefecht-setzen vorbereiten und an Untergebene befehlen, die ihrerseits kämpfen und nicht sterben sollen. Sicher bringt die Ausführung solcher Aufgaben Töten und Sterben mit sich. Das darf nicht verschwiegen werden. Doch scheint mir ein fundamentaler Unterschied darin zu liegen, ob töten und sterben - ich spitze bewußt zu - als Sinn oder als Nebenfolge des Auftrages betrachtet werden.

als Selbstzweck oder Mittel zum Zweck

2

Das sind keine bloßen Wortspiele oder Haarspaltereien, sondern Alternativhaltungen, die das Selbstverständnis des Soldaten entscheidend beeinflussen. Wenn man für sterben und töten plädiert, kommt man zu dem Schlusse des bereits mehrfach zitierten Militärschriftstellers der zwanziger Jahre: "dass es eine persönliche Verantwortung für den Soldaten gegenüber dem Leben in dem täglichen Sinne nicht gibt, oder erwäre ein Verbrecher". Hält man aber "außer-Gefecht-setzen" und "kämpfen" für ^{die} seine Aufgabe, ^{die er tun muss} bei deren Erfüllung leider auch töten und sterben geschieht, stellt man ihn auf eine sittlich gesichertere Basis, gibt ihm eine ^{Verhältniss} Stellung zu Untergebenen und Gegnern, die dem gewissenhaften Gehorsam entspricht, und führt ihn aus der zweifelhaften Nachbarschaft vom Henker und Selbstmörder in die von Polizei und Anderen, um den inneren und äußeren Frieden Besorgten. Die Verfechter der romantisch-nihilistischen Thesen sollten bedenken, daß sicher auch die in der heutigen Gesellschaft zur gewünschten Exterritorialität führen - ~~aber in die des autcaseis!~~ Auch kann die ^{besonders} ~~se~~ ⁱⁿ ~~ersteren~~ ^{bedeutend} ~~Linie~~ ^{besonders} ~~ersteren~~ ^{bedeutend} ~~Linie~~ Menschen an, die nach meiner Meinung gerade nicht die innere Voraussetzung haben, die ihnen anvertraute Machtfülle so rational und sparsam, d.h. so menschlich und ^{Zweckgebunden} ~~friedfertig~~ wie möglich zu verwalten.

[wie eine amerikanische Studie feststellt,]

- 21 -

Kein Missatz

solchen
An ~~iesen~~ Menschen als Führungsnachwuchs kann nur der interessiert sein, der, ^{wie} einer amerikanischen Quelle ~~sagt~~,
die wesentliche Friedensaufgabe der Streitkräfte liegt darin, "Ventil für die Bedürfnisse der unsicheren Kantonisten zu sein" - wobei diese als die "die Asozialen, nihilistischen und potentiellen unsicheren Elemente der Gesellschaft" definiert sind.

Der entscheidende Beitrag zum Frieden geschieht sicher im Gesamtgebiet der Erziehung. Hier wird die Führungskonzeption in lebendige Praxis umgesetzt, der Geist der Verbände bestimmt, das Selbstverständnis der Soldaten entwickelt. Was hier erreicht wird, ~~strahlt auf den verschiedensten Wegen~~ ^{in Schulen - in Familien} in Öffentlichkeit und Gesellschaft.

Da sich ein erheblicher Teil der Erziehungsarbeit bereits aus dem oben Gesagten und dem später folgenden ergibt, kann ich mich hier auf einige allgemeinere Bemerkungen beschränken. Für die Erhaltung jeglichen Friedens scheinen - so merkwürdig es zunächst klingt - ^{am} erträglichsten die Ideologien von der bis vor kurzem angeblichen "heilen" und wieder heilbaren Welt zu sein. Sie gaukeln die Möglichkeit harmonischer spannungsloser "Gemeinschaften" vor - das Idyll einer Volks-, Betriebs-, Lebens- und Männergemeinschaft, in der permanent eitel ^{Harmonie} ~~Frieden~~ und Eintracht herrscht. Die selbstverständlich in jedem ^{über} ~~Menschen~~ ^{zwischen} ~~einander~~ auftretenden ^{er} Rivalität und Interessendivergenz ^{er} ~~wird~~ ^{er} ~~entweder~~ für den Innenbereich überhaupt geleugnet und in Feindschaft nach außen projiziert oder aber der Urheber ^{von} ~~nicht~~ ^{er} ~~überschaubarer~~ ^{er} ~~Innenfraktion~~ ^{er} ~~als~~ ^{er} ~~Feind~~ ^{er} ~~der~~ ^{er} ~~Ordnung~~, als bössartiger Störenfried moralisch abqualifiziert. Faire Verfahren zum Ausgleich der Spannungen erübrigen sich. Außerdem führt dieses ~~im Grunde~~ unbiblische, unhistorische und jeder Psychologie widersprechende Menschen- und weltbild mit seiner These einer heilen Vergangenheit zur Ablehnung der spannungsgeladenen Gegenwart, ~~ohne~~ ^{er} ~~andere~~ ^{er} ~~als~~ ^{er} ~~menschenverachtende~~ ^{er} ~~Gewaltlösung~~ ^{er} ~~zur~~ ^{er} ~~Reharmonisierung~~ ^{er} ~~anbieten~~ ^{er} ~~zu~~ ^{er} ~~können~~. In

totalitären Regimen haben diese Ideologien, jedenfalls in ihrem Postulat des konflikt- und reibungslosen Zusammenlebens ihren Platz; sie fordern bedingungslose Folgsamkeit, verbrämen den Verzicht auf Grundrechte als ehrenhaftes Opfer und ^{meinen damit} ~~erzwingen~~ die Apparatur, ^{zu den} ~~schließen~~ ^{faktisch aber} von der Umwelt ab und erhöhen die Agressivität nach außen.

Zu Gesellschaften und Institutionen, in denen es unfriedlichen Ausgleich nach innen und außen geht, paßt diese illusionäre Haltung indessen nicht. Es ist daher eine wichtige ^{Seite} ~~Aufgabe~~ der Menschenführung, bei der Behandlung und Betrachtung innerer Reibungen sachlich auf die ~~selbstver-~~ ständlich gegebenen Interessen-Divergenzen hinzuweisen, wie z.B. zwischen Vorgesetztem und Untergebenem, freiwillig länger Dienenden und den Wehrpflichtigen, zwischen Offizieren und Unteroffizieren, zwischen "Technikern" und "Kämpfern", zwischen Kammeraden, Waffengattungen, Teilstreitkräften, ^{und} ~~Ressorts, usw. bestehen~~. Das gleiche gilt für die Information über gesellschaftliche wie innen- und außenpolitische Probleme. Erkennt man diese Interessengegensätze nüchtern als ^{deutlich} ~~Sache~~ an und sieht ^{an} ~~die~~ ^{an} ~~Notwendigkeit~~ ein, "trotzdem" zu sachlichen, praktikablen Lösungen zu kommen, so verlieren dienstliche Anordnungen das Zufällige und Undurchschaubare, erhalten auch für den einzelnen ungünstige Anordnungen den Charakter des Fairen und Notwendigen. Es wird deutlich, daß das "Allgemeinwohl" in einer pluralistischen Gesellschaft nur ein Kompromiß der verschiedenartigen Interessen und Standpunkte sein kann, daß sich in der Politik nirgends reine Engel und böse Teufel gegenüberstehen und daß zum menschlichen Leben die Fähigkeit gehört, mit dieser ständigen Konfliktsituation fertig zu werden. Sie anzuerkennen, verlangt allerdings die ^{auch} ~~Relativierung~~ des eigenen Interesses und bedeutet so einen wichtigen Schritt in der eigenen Demokratisierung.

Aus dieser Sicht erhalten auch die gerne als störend und "un-soldatisch" empfundenen Beschwerden bei militärischen und

Die in der Haltung enthaltenen Hinweise sind am besten die Anzeichen in Ausschreitungen.

- 23 -

nichtmilitärischen Instanzen eine andere Bedeutung. Wer das latente Vorhandensein dieser Divergenzen anerkennt, die noch durch individuelle Gegensätzlichkeiten verstärkt und vermehrt werden, muß mit der ständigen Möglichkeit von Fraktionen und Interessenkollisionen im eigenen Verantwortungsbereich rechnen. Da diese ~~zunächst~~ ^{leicht} als Unrecht empfunden werden können, bedürfen sie der baldigen Korrektur in der einen oder anderen Weise. Der ~~verantwortliche~~ ^{sollte} Vorgesetzte ~~wird~~ es daher begrüßen, daß mehrere Ventile und Notleinen gesetzlich bestehen und daß sie im akuten Fall genutzt werden. Für ihn ~~ist~~ ^{sollte} der Beschwerdeführer kein lästiger Saboteur ^{sein}, sondern zunächst einmal jemand, der Mitverantwortung bekundet, ~~wenigstens aber ist~~ ^{den} ~~es~~ ^{jede Beschwerde ist} ein Symptom für Spannungen, die einen fairen Ausgleich finden müssen. Die Untersuchung der Beschwerde bestätigt entweder bisher geltende Anordnungen und Erfahrungen oder gibt willkommenen Anlaß für Verbesserungen. So fördert die Erziehung zum Leben mit zwischenmenschlichen Konflikten nicht nur das menschliche Klima der Truppe; es scheint mir auch ein nicht unwesentlicher Beitrag zur staatsbürgerlichen Bildung und damit zum Frieden zu sein.

Wer den Frieden will, wird mit Sorge die vielfältigen Symptome zunehmender Agressivität ^{in immer beachtlicher} ~~beobachten~~ ^{so} ~~sind~~ ^{ist} höchstwahrscheinlich eine Reaktion der Hilflosigkeit gegenüber der wachsenden Diskrepanz zwischen Bewußtsein, Gesellschaftsordnung und Berufsstrukturen auf der einen Seite und den Ansprüchen der gewandelten Wirklichkeit auf der anderen. Da aber das moderne Leben mit seinen Forderungen nach ständiger Rücksichtnahme auf die Umwelt und mit ~~seiner~~ Berufsbedingungen, die Alexander Mitscherlich als "spurlose Arbeit" bezeichnet, das Gefühl des Ausgeliefertseins und Manipuliertwerdens begünstigt, ist eher mit einer Zunahme ~~als~~ mit einer Abnahme der Agressivität zu rechnen, falls nicht Strukturen entwickelt werden, die Raum für legitime Initiative und Mitverantwortung bieten.

Das gilt auch für
Auch hier scheint die Bundeswehr ~~gefordert~~, wenn sie ihren Friedensbeitrag ernst nimmt. Sie wird sicher eine allgemein wachsen-

Nur der zur Mündigkeit entfaltete Soldat wird genügend Vertrauen zu sich selbst und den Mitmenschen, aber auch in die Überzeugungskraft des guten Argumentes besitzen, um die Konfliktsituation zu bejahren. Nur er hat den Abstand von sich selbst und den Kontakt zur Umgebung, um Agressivität in sich und anderen zu dämpfen und in positive Energien umzuwandeln.

Die Erziehung zur Mündigkeit verlangt zunächst Versachlichung der Anforderungen. Sachforderungen stellen Befehlende und Gehorchende unter das gleiche Gesetz und lassen sie zu Partnern werden. Tragen Befehle dagegen subjektiv-persönlichen Charakter, erscheinen sie wie Willkür und fordern persönliche Unterwerfung. Versachlichen bedeutet ~~gewusste~~ ^{gewusste} Beschränkung des Vorgesetzteneinflusses auf das dienstlich Notwendige. ~~Erklären~~ ^x ~~der Befehle~~. Die Bezogenheit auf die Sache verlangt freilich auch Strenge und Konsequenz, wo Gehorsam und Leistung den Sachanforderungen nicht genügen. Entsprechen Befehle, Haltung und Leistung des Vorgesetzten den Sachforderungen, gewinnt er nicht nur Gehorsam, sondern auch ^{Autorität}. Autorität unter Mündigen kann nicht patriarchalisch ~~total~~ sein. Wer mündig werden oder bleiben will, darf nicht hörig sein; er kann also im Vorgesetzten kein Idol und Vorbild sehen, dem nachzufolgen ^{mit dem Verzicht auf} ~~mit der eigenen~~ Selbstentfaltung ^{beachtet} ~~beachtet~~ wird, sondern ihm ^W ~~trotz~~ und gerade mit seinen Schwächen als überlegenen Fachmann, überzeugten Staatsbürger und verständnisvollen Menschen, d.h. als gutes Beispiel achten.

Zur Versachlichung gehört auch die Erziehung zur Nüchternheit. Erst sie führt zur Ausgewogenheit von Verstand und Gemüt. Sie bewahrt vor illusionären Vereinfachungen, - "der ^{der Friedensge-} ~~friedensge-~~ ^{der Kampftruppe} ~~fahrt~~" besonders ~~für~~ den wenig technisierten Soldaten, dessen Tun und Denken weiterhin hypotethischen Spielcharakter trägt.

Mündigkeit entfaltet sich dort am besten, wo Einzelne oder Gruppen in die Mitverantwortung gestellt werden. Befehlsfreie Räume von der Zapfenstreichsregelung und Urlaubseinteilung bis zur Freizeitgestaltung lassen die Konfliktsituation zwischen

Kameraden erleben und ^{regeln} lösen; diese Erfahrung wiederum entschärft das Verhältnis zu dem Vorgesetzten. ^{Ann} Verantwortung reizt zur Aktivität, fördert die Urteilskraft, ^{und} führt zur Bewährung, ~~und damit zur Freude am Risiko~~. Was hier an Wert und Gefährdung der Freiheit ohne viel Aufhebens erfahren wird, wiegt schwerer als der beste Unterricht.

Sicher ist solche Erziehung nicht pannen- und störungsfrei. Im Gegenteil, mit der Gewährung von Freiheit pflegt ein größeres Risiko für Untergebene wie Vorgesetzte verbunden zu sein. Doch hat der Vorgesetzte genügend Mittel, um diejenigen zu korrigieren, die mit dem gebotenen Maß an Freiheit noch nicht umgehen können. Maßregelungen, die einzelne durch Verletzung der Dienstpflichten auslösen, wirken überzeugender als generelle ~~primitive~~ Verbote, die von vornherein die Böswilligkeit oder Torheit aller voraussetzen. Menschenführung ist stets ein Wagnis und erst die Höhe des Risikos, die der einzelne Vorgesetzte dabei eingeht, verleint ihm menschliche Autorität. Nicht Pannenfurcht darf die Erziehungsmethoden diktieren. Die Erziehungsziele bleiben bestimmender Maßstab. Da die Sache, d.h. das hochspezialisierte ^{SOLDATEN} Handwerk und der Charakter des ~~Krieges oder besser~~ ^{des} Friedens, den Mündigen, zur Mitverantwortung bereiten, und vom Werte der Freiheit überzeugten Soldaten verlangt, erübrigt sich alle Diskussion, ob das ^{hier skizzierte} Ziel richtig und erreichbar und ob autoritäre Methoden einfacher und "sicherer" sei. Wenn ^{er} sich mit dem Ziel identifiziert, ist auch gewillt, die mit seiner Verwirklichung verbundenen Risiken in Kauf zu nehmen. Wer das Ziel jedoch ablehnt, pflegt dessen Berechtigung selten direkt, dafür aber durch einseitige Betonung der ~~Methoden~~ Gefahren oder ^{mit} dem Hinweis auf die ungenügenden Voraussetzungen der Wehrpflichtigen anzugreifen. Anstelle der Sorge um die staatsbürgerliche Qualität der ~~Erziehung~~ ^{der} Erziehung, also der Vorgesetzten, tritt das Bedenken gegenüber den Wehrpflichtigen, die es gerade auszubilden und zu erziehen gilt. Auch hier wird offenbar die verhält-

nismäßig kleine Zahl an Schwer-Erziehbaren und Nicht-Ordnungs-^{-Eia}Bereiten; die in aller Interesse gar nicht eingezogen werden sollten, ^{gleichgesetzt mit} ~~repräsentativ~~ ^{den} für die Wehrpflichtigen überhaupt ~~genommen~~ ^{und es wird} ~~aber~~ staatsbürgerliche Haltung mit kritikloser, Unterordnung verwechselt.

Hier scheint noch ein Wort am Platze über eins der wichtigsten Führungs- und Erziehungsprobleme: die Förderung eines angemessenen Selbstverständnisses. Aus Gesprächen, Diskussionen, Berichten - z.B. denen des Wehrbeauftragten - und mancher Literatur ergibt sich, daß ein nicht kleiner Teil der Zivilbevölkerung, aber auch der ~~in~~ ⁱⁿ Länger-dienenden Soldaten ein Berufsbild hegen, daß nur noch wenig mit der militärischen Wirklichkeit zu tun hat. Da man den Soldaten zu einer "ewig-Figur" überhöhte, ist man nicht in der Lage, seine Einpassung in neue Ordnungen zu akzeptieren. Man hält überdies die bis in die Gegenwart hinübergeretteten Reste absolutistischer, feudaler und obrigkeitstaatlicher Epochen für originär "soldatisch".

nicht
stehen!

So erscheint der Offizier noch in manchen Augen als ein "Herr über Leben und Tod seiner Leute", für die er eigentlich die Verantwortung nur vor sich selber trägt; alle Einschränkungen seiner Vollmacht durch rechtsstaatliche Statusregelungen, Beschwerde- und Disziplinarordnungen, ^{denen} öffentliche Kritik und politische Kontrolle sind ein ^{Sakri} Privileg und Angriff auf seine Ehre - vor allem auch, weil er allein das Gemeinwohl uneigennützig repräsentiert. Zu dieser feudalen Ungebundenheit fügt sich die Vorstellung eines naturnahen Berufes, für den ^{am} Schreibtischarbeit, managen und verwalten eine Zumutung, ^{Probleme} ~~Geistigkeit~~ ^{ist} eine Belastung sind. Technik und Rationalität sind im Grunde Zerstörer dieses "Soldatentums", das allein auf den Kampf bezogen bleibt. Deshalb wird manches Versagen im Frieden, vor allem, falls es auf Unbedenklichkeit beruht, gerade als Zeichen besonderer Kriegsbrauchbarkeit entschuldigt. Außerdem steht der Offizier selbstverständlich politisch rechts, gesellschaftlich für das "gute Alte", was allerdings

nach Sprachgebrauch mit "unpolitisch" bezeichnet wird.

Der militärische Alltag sieht, wie wir alle wissen, selbst für den kleinen Prozentsatz der noch in der Menschenführung tätigen Offiziere erheblich anders aus. Er fordert harte, überlange Arbeit und Aufopferung ^{quasi} auf den "verachteten" Gebieten. Ganz zu schweigen von der Mehrzahl der Offiziere, die als Spezialisten überhaupt nicht mehr in das längst veraltete Leitbild passen. Manchmal scheint es, als ob selbst diejenigen, die mit berechtigtem Stolz auf die Erfüllung ihrer kompliziert gewordenen Aufgaben blicken sollten, nicht über ihren Schatten, d.h. ein überholtes Selbstverständnis springen können. Sie haben das Gefühl, mit "nicht-offiziersmäßigen" Aufgaben unfair belastet zu ~~sein~~ werden.

und im Grunde berufsfern verwendet

Hier scheint mir der eigentliche Grund für das viel berufene "Malaise" zu liegen. Diese - wie auch die Nachwuchsfrage - wird erst gelöst sein, wenn der Soldatenberuf sich nach seinem Selbstverständnis zu den modernen zählt und ständige Anpassung an Kriegsbild, Handwerk und Gesellschaft nicht als belastende Konzeption, sondern als Notwendigkeit und Chance betrachtet.

^{R/} In diesem Zusammenhang drängt sich ^{aus} der Gedanke an die Tradition ^{er} auf, die gerade beim Selbstverständnis eine spürbare Rolle spielt. Ich benutze hier bewusst die Mehrzahl; denn in einer pluralistischen Gesellschaft wurzeln die einzelnen - mehr oder minder ~~stark~~ ^{stark} bewußt - in den verschiedenartigsten weltanschaulichen, politischen, gesellschaftlichen und landschaftlichen Überlieferungen. Homogenität gibt es seit langem nicht mehr.

Traditionen nennen wir überlieferte Wertvorstellungen, Modelle und Haltungen, die das Denken, Fühlen und Handeln einzelner Menschen, Berufe und Völker mitbestimmen. Ihr Einfluß war in den statischen, geschlossenen Gesellschaften der Vergangenheit ungleich stärker als heute. Pluralismus, Verwissenschaftlichung

und Technisierung haben die lange Epoche der traditionsbestimmten Gesellschaften und Berufe abgesclossen.

Der Ruf nach Wiederbelebung der Tradition ertönt am Lautesten ~~von~~ dort, wo die größten Anpassungsschwierigkeiten an

die Moderne bestehen. Dabei sprechen ^{heute} Überlieferungen

mit, ~~denen~~ die ^{einen} ~~vordergründige~~ ^{Mißbrauch} Manipulation geistiger und

menschlicher Werte für angeblich höhere Zwecke ^{gegenständlich} ~~unbedenklich~~

erscheint. Auch spielt bei manchen sicher der Wunsch eine

Rolle, die jüngste - vor allem militärische - Vergangenheit

durch ihre ^{politische} Sanktionierung als gültige Tradition zu rehabilitieren.

?

entbehrlich weil zu allgemein für die 3. Frage!

Im Laufe der Geschichte hat sich eine große Zahl von Traditionen herausgebildet. Viele von ihnen sagen uns nichts mehr; andere stehen sogar im Widerspruch zu den heutigen Berufsbedingungen, - man denke nur an vortechnisch bäuerliche und handwerkliche Überlieferungen, deren ernsthafte Befolgung jede Wettbewerbsfähigkeit aufhebt. ~~Aus~~ ^{zu} ihrer Zeit berechtigten Urteilen wurden ~~oft~~ fadenscheinige Vorurteile; aus wirklichkeitsnahen, hilfreichen und lebensschützenden Regeln museale Formeln. Selbst tiefgegründete Traditionen wie Zölibat und die Ablehnung bewußter Geburtenregelung sind ernstzunehmenden Zweifeln ausgesetzt. Das wird niemand erstaunen, der das Ausmaß unserer "Kulturrevolution" auch nur ahnt.

Beispiel!

Aber die meisten Diskussionen verschweigen noch etwas Wichtiges, indem sie die Übernahme von Traditionen durch Einheiten der Bundeswehr zu einem Verwaltungsakt oder einem internen Abkommen zwischen Kameraden verharmlosen. ~~Stattdessen~~ ^{stehen} stehen Parlament, Öffentlichkeit, Regierung und Bundeswehr vor einem ernstesten, hochpolitischen Problem, wenn ~~genau~~ bestimmte Traditionen offiziell als besonders pflegenswert und als leuchtende Vorbilder von hohem erzieherischen Wert für die Truppe anerkannt werden sollen. Traditionsübernahme bedeutet ~~Erkenntnis~~ ^{und} Identifizierung mit Haltung und Leistung einer bestimmten Person, Verband oder Gruppe. Da dieses Vorbild nicht aus

ahnung

ahnung

seinen gesellschaftlichen und politischen Gesamtzusammenhang herausgezielt werden kann - schon weil es als Maßstab staatsbürgerlicher Bildung dienen soll, haben Bekenntnis und Identifizierung ^{nicht nur} keinen "beruflichen", sondern ^{primär} politischen Charakter. Selbst Befürworter von Eigengesetzlichkeit und politisch-gesellschaftlicher Exterritorialität des Militärischen werden zugeben, daß diese Illusion ^{lässt} der Abtrennbarkeit des Sittlichen und Politischen vom "rein Beruflichen" in ~~die Wehrlosigkeit~~ ^{blinde Untertänigkeit} gegenüber dem Nationalsozialismus und damit in die Mitschuld führte.

Unsere Geschichte wurde von den verschiedenartigsten und widersprüchlichsten Kräften gestaltet. Der Ruf nach Traditionen stellt uns daher vor die Frage, für welches "Deutschland" wir uns entscheiden, welchem "Deutschland" wir Einfluß, ~~in diesem Falle~~, auf die Einheiten der Bundeswehr einräumen wollen: dem freiheitlichen oder dem autoritären; dem weltoffenen, ~~und~~ toleranten und selbstkritischen oder dem gewalttätigen, nationalistischen und selbstgerechten; dem ^{das} die politischen Probleme sachlich, rational und fair zu lösen versucht, oder aber dem andern, das romantische Hoffnungen auf das ^{ich} irrationale ^{Wol} Selbst? Ob den Spezialaspekt verengt, läßt sich auch weiter fragen: soll zum Vorbild der "Mursoldat" gesetzt werden, der wertfrei als gefügiges Werkzeug jeden Befehl technisch vollendet ausführt, ^{ge} oder ~~die andere~~ ^{jenen}, ~~deren~~ ^{dessen} mitdenkender Gehorsam politische, rechtliche und sittliche Grenzen ^{ge} kennt ^{hat?}

Ohne Zweifel ist es auch heute noch hilfreich, wenn Völker und Berufe die für sie verbindlichen Werte und die sie besonders bewegenden Probleme an Gestalten und Ereignissen der Vergangenheit konkretisieren und verdeutlichen. So habe ich schon in den Vorbereitungs Jahren der Bundeswehr vorgeschlagen, den Brigaden Namen von Personen zu geben, die sich in der Vergangenheit beispielhaft für innere Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde eingesetzt hatten. Dabei habe ich nicht etwa nur an Generale und Soldaten gedacht, sondern gemeint,

~~Selbstbewußtsein~~
daß man bei ~~einigen Auf~~ ^{einigen Auf} eine unserer Gesellschaft entsprechenden Auswahl an Männern und Frauen finden könnte, die überzeugend das repräsentieren, ^{was es} ~~das~~ unter den heutigen Bedingungen und im Blick auf die Zukunft zu entwickeln und zu schützen, gilt. Dabei sollten diese Gestalten nicht heroisiert oder vergöttert werden, sondern in aller Menschlichkeit und ^{Pluralis} ~~Equivalenz~~ ^{Pluralis} dargestellt sein. Auch hier verbieten Mündigkeit und Pluralismus unkritische Distanzlosigkeit.

^{Sollten}
Da dieses ~~oder ähnliches~~ ^{ähnliches} nicht geschah und da die Verbände der Bundeswehr ^{ausgewickelt} ~~noch~~ nicht in der Lage ^{sind} ~~sein~~, ihre eigene Tradition zu entwickeln, ~~was ich nur bedingt anerkenne~~, meint mancher, man solle, wenigstens als Übergang, die Traditionen einzelner Reichswehr- oder Wehrmachtseinheiten ~~so, wie sie sich bieten~~, übernehmen. Wir wissen, daß dies auch mancherorts geschah und geschieht. Das Motto lautet sozusagen: "Traditionslosigkeit ist schlimmer als die Pflege fragwürdiger Traditionen". Mir scheint dieses Verfahren nicht ohne Gefahr. Wer eine Wechselwirkung zwischen Inhalt und Form, wer also einen pädagogischen Wert in der Traditionspflege sieht, kann sich der Sorge nicht verschließen, daß Rückgriff ^{auf} und Festhalten von Traditionen - und dies gilt ganz allgemein - eine Belebung und Übernahme ihrer früheren Inhalte verursachen. Da es sich aber in Zweifelsfälle um wertfreie oder um autoritär-nationalistische Überlieferungen handelt, wird hier Vorstellungen und Haltungen eine pädagogische Mitwirkung eingeräumt, die mit den Erziehungsgrundsätzen nicht übereinstimmt. Die Pflege nichtadäquater Überlieferungen und Konventionen tabuisiert Problemkreise, deren nüchterne Diskussion, wie z. B. die ^{polit. Rolle} ~~Rolle~~ der Reichswehr und der Wehrmacht, für das Selbstverständnis der Bundeswehr recht ~~entscheidend~~ ^{nützlich bestimmend} ~~sein~~ könnte. Sie verzögert aber vor allem die Integrierung des Soldaten in Staat, ⁱⁿ ~~in~~ Gesellschaft, ~~ja~~ ~~seinen~~ ~~Beruf~~ ~~von~~ ~~heute~~. Weimar und Reichswehr geben ein warnendes Beispiel. Die Tragik der zwanziger Jahre lag jedenfalls nicht in einem Zu-wenig an Tradition, wie gern behauptet wird, sondern an einem Zu-Viel antidemokratischer Über-

~~rechts~~ ^{die} verlustig erklärt werden. Art. 3, 5, 5d : von den damals vorherrschenden Traditionen, ~~über~~ die Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes hinter dem Dritten Reiche stand, ^{und vieles mehr,} bis hin zur Zwangslage des Krieges. All das wiegt, um die ^{die} für die meisten unauflösbaren Konfliktsituationen und die Tragik der Einzelschicksale ^{erklären} zu beleuchten. Es darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Wehrmacht ein gefügiges Instrument totalitärer Eroberungspolitik war und daß ihr verantwortliches Offizierskorps der Pervertierung aller soldatischen, d.h. menschlichen Werte nichts Entscheidendes entgegenzusetzen hatte. Bei diesen Vorstellungen

Zu wo
gen geht es nicht um Verurteilung, sondern allein um die Frage, ob die Bundeswehr nicht Gefahr läuft, als eine Nachfolge-Institution der Wehrmacht betrachtet zu werden, wenn sie an deren Traditionen wie selbstverständlich anknüpft. Muß sie sich nicht in ihrem Charakter und Auftrag als etwas absolut Neues verstehen und die dementsprechenden Traditionen ^{bilden} und pflegen? Die Antwort ist entscheidend für das Selbstverständnis der Institution, aber ebenso für die Glaubwürdigkeit ihres Friedensbeitrages.

~~Die wenigsten von uns tragen wirklich friedliche Traditionen in ihrer Brust. Wir müssen also ihren "Ratschlägen" mit gewisser Vorsicht begegnen. Am besten folgt man wohl Alexander Mitschellig, der in ähnlichen Fällen zu einer kritischen Pause zwischen instinktiver Reaktion und Urteil vorschlägt, sozusagen zwischen Beurteilung der Lage und Entschluß.~~

Was die offizielle Seite der Traditionspflege angeht, so ist Vorsicht ^{geboten} und ^{bei jeder} sorgfältige Prüfung anzuraten, bei allen Reden, Traditionstreffen, ^{bei jeder} Übernahme von Erinnerungszeichen, Symbolen und Traditionen. Die Bundeswehr ist ^{Teil der} die Exekutive eines freiheitlichen Sozial- und Rechtsstaates, ^{Sie hat} und ~~hat~~ dem Frieden in Europa und im Rahmen des Bündnisses zu dienen. Diese ^{Ken} Faktoren sind die Kriterien für die Tradition, mit ^{den} denen ^{der} sie Staat und Bundeswehr identifizieren. Darüber hinaus

wird sorgsam zu prüfen sein, welche beruflichen Vorbilder und Denkmodelle noch mit dem soldatischen Handwerk im Zeitalter der Kernwaffen vereinbar sind. Die Armee von 1910 wurde auch nicht auf Zeugen republikanischen, liberalen, sozialistischen und supernationalen Denkens verpflichtet - obwohl fast die Hälfte der Bevölkerung sozialistisch wählte.

Der Filter, mit dem wir die für die Bundeswehr geeigneten Traditionen und die Denkmodelle unserer Gesellschaft und die Haltungen, ^{die} ~~denen~~ "Staatsbürger in Uniform" auszeichnen sollen.

Der Staat ^{hat die} ~~hat~~ eine entscheidende Rolle bei der Friedenserhaltung nach innen wie nach außen. Die Streitkräfte sind, wie wir sahen, eins seiner wichtigsten Instrumente der ^{Wiederherstellung} ~~Kriegsveränderung~~. Der Soldat selbst hat hierbei eine Doppelfunktion: er trägt als Staatsbürger den Staat und bestimmt zu seinem Teil die Politik der Regierung; er führt als Staatsdiener diese Politik aus und gehorcht den daraus erwachsenden Befehlen. Staatsbürger- und Staatsdienerfunktion sind nicht ^{immer} ~~immer~~ ganz ^{deckungsgleich, im Ausnahmefalle schafft Konflikte} ~~einander zu trennen~~. Dienstliche Notwendigkeiten ^{z. B., die politischen Meinungsäußerungen der Vorgesetzten soweit einzusetzen, daß einer Beeinflussung der Untergebenen bzw. einem Vertrauensschwund anders denkender vorgebeugt wird. Andererseits erkannte der Gesetzgeber den Vorrang der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten solange an, als nicht gewichtige dienstliche Gründe dagegensprechen. Ein Beispiel dafür sind das Koalitions- und Wahlrecht.}

Dem veränderten Status des Staatsdieners im freiheitlichen Rechtsstaat entspricht auch ein anderes staatsbürgerliches Verhältnis des Soldaten zur gerade amtierenden Regierung. Politische Mitverantwortung zwingt zur kritischen Loyalität und zur Erkenntnis, daß keine Mehrheit für sich in Anspruch nehmen kann, das absolute Gemeinwohl zu vertreten. Doch scheint es mir vom Friedensbeitrag her mehr als zweifelhaft, ob sich Staatsdienst ~~Staat~~ mit der Unterstützung und Vertretung extremistischer politischer Ansichten vereinbaren

läßt. So wenig blindes Vertrauen und vorbehaltloses Identifizieren mit der "Obrigkeit" ~~rechte~~ ^{Friedensdienst} "Friedfertigkeit" sind, so wenig ~~läßt~~ ^{lassen} sich ~~radikale~~ ^{die} Ablehnung von Staat und Gesellschaft, ~~sowie~~ ^{und} die Neigung zu Gewaltlösungen ~~mit Loyalität~~ und Engagement ~~an~~ ^{für} den Frieden vereinbaren ~~mit~~ ^{soldatischem} Engagement für den Frieden.

Anlage 4

Wolf Graf von Baudissin

Abschreckungsstrategie im Lichte der Friedenspolitik

Evangelische Akademie Hofgeismar, April 72

I. Der Friede als Ziel

Friede ist Ziel und Maßstab jeder Friedensforschung, die – *um realistisch zu sein und fruchtbar zu werden* – gleichzeitig, oftmals sogar vorrangig Konfliktforschung sein muß. Wer an eine mögliche Aufhebung der Interessenkonflikte glaubt, statt konsequent auf ihre gewaltfreie Regelung hinzuarbeiten, denkt nicht utopisch, sondern illusionär. Hinzukommt, daß wer die Welt friedlicher gestalten will, sie zunächst einmal verändern muß. Er schafft also um des Friedens willen zwangsläufig neue Konflikte mit denen, die den jetzigen Zustand vorziehen, aber auch mit denen, die Veränderungen anderer Art mit anderen Mitteln anstreben.

Wer über Frieden spricht, muß sich daher die Frage stellen lassen, was er eigentlich darunter verstehe. Frieden läßt sich zunächst einmal als Nicht-Krieg definieren, d.h. als Abwesenheit direkter Gewaltanwendung zwischen Staaten und Staatengruppen. Ein solcher Zustand bedeutet viel, zumal auf dem Hintergrund heutiger Kriegswirklichkeit überhaupt und insbesondere einer weltweiten Katastrophe im Kernwaffenzeitalter. Er bedeutet wenig, jedenfalls nicht genug, denkt man an das Ausmaß an Unfreiheit und Ungerechtigkeit, das auch durch diesen Zustand gesichert und gefördert werden kann. Der Gedanke an ein derart "befriedetes" Europa unter Hitler oder Stalin mag andeuten, was hier gemeint ist.

Es liegt daher nahe, Frieden mit bestimmten politischen Wertvorstellungen, mit positiven Inhalten zu identifizieren wie Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Egalität, Pluralismus usw. Doch beginnen hier erhebliche Schwierigkeiten. Ist es noch relativ einfach, den Minimalbegriff Nicht-Krieg zu fassen und seine Bedingungen festzustellen, wird es weit schwieriger, sich über Inhalt, Voraussetzungen, Chancen und Geltungsbereich der positiven Werte zu einigen, oder gar Prioritäten zu setzen und ihr Verhältnis zueinander zu bestimmen.

Aus den verschiedenen Friedensbegriffen – man nennt sie gern, wenn auch irreführend "negativ" und "positiv", obwohl sie keine Wertung bedeuten sollten – entstanden generell zwei Forschungsansätze: die mittelfristige, besser die friedensrelevante Forschung und die langfristige oder "kritische" Friedensforschung. Letztere geht davon aus, daß sich Frieden nur durch vollständige Überwindung der bestehenden Systeme finden läßt. Sie steht den herrschenden Verhältnissen und Strukturen in radikaler Ablehnung gegenüber und sucht nach "alternativen Zukünften" oder – wie es Ossip Flechtheim formuliert – nach neuen Weltstrukturen "ohne Krieg und Gewalt, ohne Herrschaft und Hunger, ohne Not und Elend".

Die friedensrelevante Forschung hält dagegen eine schrittweise Veränderung des Bestehenden in Richtung auf friedlichere und friedliche Lebensbedingungen für notwendig und möglich. Sie analysiert Motive, Ursachen, Anlässe und Abläufe zwischenstaatlicher Konflikte selbstverständlich unter Berücksichtigung sozioökonomischer und psychologischer Faktoren. selbstverständlich Es wird hier nach Strukturen, Mechanismen und Verhaltensweisen geforscht, die Konflikte entschärfen und zu gewaltfreien Regelungen führen. Dabei geht es nicht zuletzt um Transformationsstrategien, die den komplizierten und nicht ungefährlichen Veränderungsprozess steuern.

Gelegentlich wird behauptet, daß sich beide Forschungsrichtungen gegenseitig ausschließen; daß es zwischen ihnen unüberbrückbare Gegensätze gäbe – schon weil die einen angeblich nur den *Status quo* bewahren, die anderen nur die Revolution initiieren wollten. Dies scheint mir eine ideologische Sichtverengung zu sein. Faktisch sind beide Ansätze aufeinander angewiesen – zumindest solange sie

sich wenigstens dem Minimalbegriff Frieden verpflichtet fühlen. Sie ergänzen sich in ihren Zielsetzungen, Methoden und Ergebnissen; die Grenzen zwischen ihnen sind fließend und richten sich nach den jeweiligen Forschungsprojekten. Versagte die friedensrelevante Forschung, könnte es bald keine Menschheit mehr geben, die die nur langfristig realisierbaren Alternativ-Modelle genießen kann. Versagt aber die Friedensforschung bei der Entwicklung und weltweiten Verwirklichung ihrer Modelle, lebte die Menschheit weiter am Rande des Abgrundes.

II. Der Zwang zum Frieden

Das Thema des Vortrags gehört in den Bereich der friedensrelevanten Forschung, wenn auch gewisse Aspekte durchaus zu langfristigen Projekten gehören könnten.

Die Erkenntnis, daß Krieg ein mehr als fragwürdiges Mittel für zwischenstaatliche Konfliktregelung geworden ist, ja für hochentwickelte Industriegesellschaften höchstwahrscheinlich die Katastrophe bedeutet, ist relativ neu – so selbstverständlich sie vielen von uns heute erscheint. Noch 1914 zogen die Völker Europas mit einer unheimlichen Begeisterung – rückblickend gesehen mit erschreckender Unbekümmertheit – in den Krieg. Auch 1939, als kein solcher Enthusiasmus mehr herrschte, findet man selbst bei den meisten Gegnern des Systems zwar scharfe Ablehnung dieses von Hitler vom Zaun gebrochenen Krieges, aber nicht unbedingt des Krieges überhaupt. Das ist nicht einmal so unverständlich: solange es Staaten gibt, haben die Regierenden das Recht bisher in Anspruch genommen, politische Entscheidungen durch Kriege zu erzwingen oder zu verhindern. Krieg hatte eben eine ganz bestimmte Funktion, für die es ein taugliches Äquivalent erst noch zu finden gilt.

In den Industriegesellschaften ist es zwar heute recht einfach, einen Konsensus darüber herzustellen, daß Krieg kein Mittel rationaler Politik mehr ist. Nur kommt diese Erkenntnis leider selten aus einer ethischen oder politischen Besinnung – obwohl dafür bereits Wirklichkeit und Folgen des Weltkriegs I ausgereicht hätten.

Es war vielmehr die Technologie, die durch Erfindung der Massenvernichtungssysteme globaler Reichweiten unzweideutig bewies, daß der Versuch, Ideologien und politische Ziele total durchzusetzen, zur Selbstzerstörung führe. Das verlangte den Abschied von all den nationalistischen, imperialistischen und totalitären Ideologien des 19. Jahrhunderts, die ihre "Tod"-, "Erb"- und anderen grundsätzlichen Feindschaften nur in totalen Kriegen austragen konnten. Erst allmählich entdeckte man wieder, daß die zwischenstaatlichen Beziehungen sehr viel komplexer sind; daß ein Netz konkurrierender und gleichlaufender, aber auch wechselnder Interessen die Staaten umfängt. Daß es erst wirklich Frieden – nicht nur Unterbrechungen zwischen Kriegen – geben werde, wenn der Rivale total und für immer vernichtet sei, hat sich als Irrglauben erwiesen. Stattdessen wächst die Erkenntnis, daß wir mit den Konflikten und ihren häufig unbefriedigenden, aber wenigstens relativ gewaltfreien Zwischenregelungen leben müssen – sofern wir weiterleben wollen! Diese Erkenntnis schlägt sich in den Thesen der "friedlichen Koexistenz" von Chruschtschew, der "alliance entre ennemies" von Aron und der "limited adversary relations" von Shulman nieder.

Auch die klassischen Vorstellungen von Sicherheitspolitik sind infrage gestellt. Man beginnt zu begreifen, daß es nur noch gemeinsame Sicherheit gibt und nicht auf Kosten des anderen; daß absolute Sicherheit einer Seite jedenfalls absolute Unsicherheit der anderen bedeutet. Das Sicherheitsbedürfnis des Gegenüber ist zu einem wesentlichen Element der eigenen Sicherheit geworden. Daher haben Überlegenheit, Überraschung und Unkalkulierbarkeit der Reaktion einen entgegengesetzten Stellenwert erhalten.

Sicherheit vor äußerer Einwirkung und Zerstörung besteht eigentlich nur noch im Nicht-Krieg. Haben Kampfhandlungen erst einmal begonnen, d.h. die Anwendung organisierter und kollektiver Gewalt, können Eskalationsprozesse einsetzen, die zu kontrollieren es ganz ungewöhnlicher moralischer Kraft und politischer Einsicht, aber auch eines zuverlässigen militärischen Instrumentes bedarf – und das auf beiden Seiten.

III. Strategien zur Verhinderung des Krieges

Wenn es nur im Nicht-Krieg Sicherheit gibt, lohnt es sich vielleicht, gemeinsam einen Blick auf einige wichtige Strategien zu werfen, die der Erhaltung dieses Nicht-Krieges dienen wollen.

Die Strategie der Abrüstung

Unter Abrüstung versteht man einen weltweiten, also alle Staaten erfassenden Vorgang, dessen Ziel der vollständige Abbau der Militärpotentiale ist. Den Staaten wird im Endzustand nur soviel Polizei zugestanden, wie sie zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung unbedingt erforderlich ist. Seit 1960 liegen den Vereinten Nationen zwei derartige Vorschläge der Weltmächte vor. Obwohl diese sich im Prinzip kaum voneinander unterscheiden, haben die nunmehr über 10 Jahre dauernden Verhandlungen auf dem eigentlichen Abrüstungsgebiet keine Ergebnisse gebracht. Was bisher erreicht wurde, gehört zu den Maßnahmen der kooperativen Rüstungssteuerung, über die wir später sprechen werden.

Woher rührt dieser offensichtliche Mißerfolg? Zunächst einmal liegt es an dem antiquierten Sicherheitsverständnis der Beteiligten, die durch die Abrüstungsverhandlungen in erster Linie ihre eigene militärische Position zu stärken und die des anderen zu schwächen suchen. Das führte natürlich nicht weiter. Aber die Gründe liegen noch tiefer. In einer Welt von 130 Nationen, deren jede sich souverän dünkt, gibt es eine Unmenge von gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Konfliktstoffen, die keine Abrüstung auszuräumen in der Lage ist. Denken Sie nur an die Spannung zwischen denen, die den *Status quo* halten, und denen, die ihn aufheben wollen. Beide Seiten werden die Absicht nicht aufgeben, ihre Interessen durchzusetzen – notfalls mit Gewalt.

Auch im Abrüstungsgang selbst liegen nicht unerhebliche Gefahren. Werden z.B. die Kernwaffenpotentiale als erste abgeschafft, werden Kriege wieder führbar. Es entsteht dann die militärstrategische Situation des Weltkrieges II in einer Welt, in der die Konflikte mit Sicherheit weder geringer noch weniger explosiv geworden sind. Hinzukommt noch etwas anderes: je niedriger die Rüstungsstufe wird, desto leichter wird es, Waffen zurückzubehalten bzw. relativ primitive Waffen unbemerkt und schnell wieder herzustellen. Wie Waffen anzufertigen und einzusetzen sind, vergißt niemand. So läßt sich unschwer eine politisch entscheidende Überlegenheit gegenüber Nachbarvölkern verschaffen, die vertragstreue abrüsten. Im übrigen werden die Polizeikräfte der Groß- und Weltmächte immer stärker bleiben als die ihrer kleineren Nachbarn; die Asymmetrie der Kräfte mit ihren besonderen Konfliktmöglichkeiten bleibt also bestehen.

Damit erhebt sich die schwierige Frage nach Kontrolle und Sanktion. Wer kontrolliert eigentlich diese 130 Staaten während des Abrüstungsprozesses und nach seinem Abschluß. Wer ordnet Sanktionen an, wenn irgendwo die Verträge nicht eingehalten werden? Und wer führt diese Sanktionen durch? Mit welchen Mitteln und welchem Ziel? Soll etwa wieder erobert und vernichtet werden? Wir brauchen nur an die relativ einfachen und harmlosen Aktionen der friedenserhaltenden Streitkräfte der Vereinten Nationen zu denken und an all die Komplikationen, die damit zusammenhängen, um das Ausmaß der Schwierigkeiten zu erkennen. Eine vollständige Abrüstung kann erst begonnen werden, wenn vorher eine Weltregierung eingesetzt wurde, d.h. wenn die Nationalstaaten praktisch abgedankt haben. Diesen Vorgang eines freiwilligen, weltweiten Souveränitätsverzichts kann ich mir freilich auf absehbare Zeit nicht vorstellen. Denken Sie nur an den glühenden Nationalismus der meisten jungen Staaten. Aber selbst wenn derartiges möglich würde, bleibt noch die Frage offen, wie ein solches Weltregiment zu kontrollieren wäre. Es wird von seinen Interessen, ja von seiner Funktion her auf Law and Order, d.h. auf Bewahrung des *Status quo* angelegt sein und wird, um diesen zu erhalten, ein äußerst feinmaschiges Kontrollnetz über die Welt werfen müssen. Von unten her, d.h. durch die Weltbürger, ist es kaum mehr zu kontrollieren!

Weltregierung und allumfassende Abrüstung werden, meine ich, erst am Ende eines Prozesses stehen können und schwerlich an seinem Beginn.

Die Strategie der Abschreckung

Als zweite Strategie zur Erhaltung des Nicht-Krieges bietet sich die Abschreckung an. Wir verstehen darunter einen politisch-psychologischen Vorgang, mit dem den Regierungen anderer Staaten – vor allen Dingen solchen, mit denen akute und latente Konflikte bestehen – die politische Sinnlosigkeit jeder Gewaltanwendung möglichst glaubwürdig demonstriert wird. Es soll deutlich gemacht werden, daß, es für beide Seiten eindeutig vorteilhaft ist, Konflikte durch beiderseits tragbare Kompromisse zu regeln oder aber einzufrieren, d.h.: mit ihnen zu leben und darauf zu warten, daß sich die Bedingungen für eine Einigung im Laufe der Zeit verbessern. Abschreckung in diesem Sinne bedeutet auch und vor allen Dingen, daß der Abschreckende überzeugend klarmacht, er werde – selbst nach Ausbruch von Gewalttätigkeiten – unter keinen Umständen mehr Gewalt anwenden als zur Wiederherstellung des *Status quo* notwendig, und auch militärisch günstige Situationen nicht zu seinem Vorteil ausnutzen.

Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der Warnung ist eine klar erkennbare gesellschaftliche Solidarität in dieser Frage bzw. die Solidarität der Regierungen, wenn es sich um ein Bündnis handelt. Dazu gehört der ebenso klar erkennbare Wille, sich keiner Gewalt zu beugen. Das Instrumentarium muß jede Gewaltanwendung – ob Pressure, Intervention oder Aggression – so risikohaft erscheinen lassen, daß der andere davon Abstand nimmt. Gegen Ziel und Sinn einer Friedens- und Entspannungspolitik liefe jede militärische Abschreckung, die auf das Gegenüber als ständige Bedrohung wirkt, als Nötigung zu etwas, das seinen Interessen widerspricht. Hier darf es nur um eine Androhung gehen von bestimmten, vor allen Dingen in der politischen Absicht kalkulierbaren Gegenaktionen für den Fall, daß die andere Seite den *Status quo* mit Gewalt zu ändern versucht.

Abschreckung ist – im Rahmen der Friedenspolitik und bei gegenseitiger Abschreckung – gemeinsame Vorsorge gegen eine verzweifelte oder berechnete- Gewaltanwendung in sicherheitspolitischen Krisen.

Die politische Fixierung auf "den Feind" widerspricht, bei Licht besehen, der Strategie. Abschreckung funktioniert nur, wenn beide Seiten sich die "Fähigkeit zur kritischen Realitätsprüfung" bewahren, um eine Formulierung von Dieter Senghaas zu gebrauchen; wenn beide die Situation mit einem gar nicht so niedrigen Mindestmaß an Rationalität betrachten. Es ist eben entscheidend, daß beide Kontrahenten füreinander kalkulierbar bleiben. Wer das Gegenüber aber verteufelt, also ideologisch überzeichnet als "Kapitalist", "Imperialist", "Kommunist" oder "Sozialist", nimmt sich selbst die Möglichkeit zu einer realistischen Beurteilung sowohl der Ziele als des Verhaltens des anderen. Man ist versucht, in antiquiertes Sicherheitsdenken zurückzufallen und nach einschüchternder Überlegenheit und Undurchsichtigkeit zu streben; man sieht auch hinter harmlosen Vorgängen böartige und gefährliche Absichten, mißversteh "Signale" und richtet sich grundsätzlich auf das Schlimmste ein. Die Abschreckung funktioniert dann nur noch bedingt.

Die Strategie der kooperativen Rüstungssteuerung

Die Abschreckung muß mit einer weiteren Strategie modifiziert werden, die ich "kooperative Rüstungssteuerung" nenne. Der Fachausdruck heißt "arms control", dessen deutsche Übersetzung "Rüstungskontrolle" oder "Rüstungsbeschränkung" irreführt. Kontrolle ist für uns ein juristischer Vorgang, Rüstungsverminderung nur ein Mittel von vielen, mit dem Staaten und Bündnisse gemeinsam, d.h. kooperativ ihre Rüstung steuern können.

Die militärische Abschreckungsstrategie hat zweifellos eine starke Tendenz zur Perfektion ihres Potentials. Man möchte über die modernste Rüstung verfügen, um den anderen wirksam zu warnen, um glaubwürdig und glaubhaft gegen alle Formen militärischer Gewaltanwendung abzuschrecken. Daß diese Tendenz durch die Bürokratien und durch die Rüstungsindustrien noch verstärkt wird, liegt auf der Hand. Das sehen wir in Ost und West ziemlich gleichmäßig, jedenfalls im Erscheinungsbild – mögen auch die Interessen gelegentlich anders motiviert sein. Damit steht die Abschreckungsstrategie in Gefahr, zum Motor einer permanenten Aufrüstung, zu einem unabsehbaren Rüstungswettlauf zu werden, der natürlich auf Kosten wichtiger anderer gesellschaftlicher und politischer Projekte geht – und auch zu Lasten der internationalen Beziehungen.

Im Augenblick sieht es besonders schlimm aus: es geht nicht nur um quantitatives Wettrüsten, sondern es droht darüber hinaus ein qualitatives, das eine strategisch grundsätzlich veränderte Lage schaffen

kann. Die Technologie bietet Innovationen an, d.h. neue Waffensysteme, die die gewonnene strategische Stabilität ernsthaft gefährden. Werden diese Systeme – es sind vor allem die Raketenabwehrsysteme und die Mehrfachraketen – in einem bestimmten Verhältnis eingeführt, werden die Gesellschaften erheblich weniger Sicherheit für beträchtlich gesteigerte Kosten haben. Es kann dann ein Zustand eintreten, in dem es weniger klar als zur Zeit ist, daß jeder Angreifer auch unter den für ihn günstigsten Bedingungen mit Sicherheit mehr verliert als gewinnt. Strategisch ausgedrückt: die gegenseitige Abschreckung, die auf der Verwundbarkeit der Bevölkerungen, aber der Unverwundbarkeit einer für den vernichtenden Gegenschlag ausreichenden Zahl von Offensivwaffen beruht, wird infrage gestellt. Bereits die entfernte Chance einer Seite, ungestraft einen Überraschungsschlag führen zu können, destabilisiert die strategische und zwischenstaatliche Lage.

Die kooperative Rüstungssteuerung hat vier Aspekte:

- Zunächst einmal kann durch Umbau der Potentiale, d.h. durch Abbau besonders bedrohlicher, aber auch besonders verletzlicher Teile und unter Umständen sogar durch Ausbau von schwerverletzlichen Systemen die gemeinsame Sicherheit erhöht werden;
- Die Potentiale werden so gestaltet und aufeinander abgestimmt, daß Krisen und Ausbruch von Kriegen unwahrscheinlicher werden, einfach dadurch, daß keine der beiden Seiten in Zugzwang gerät, und daß für denjenigen, der wartet, kein strategischer Nachteil entsteht;
- Die Potentiale werden so zusammengesetzt sein, daß die Regierungen Optionen für ihren Einsatz haben und keinen militärischen Automatismen und Zwängen folgen müssen; sie müssen einen Krieg, der trotz aller Vorkehrungen ausgebrochen ist, ohne Nachteile mit geringerer Intensität führen können; dies erst gibt der Politik die Möglichkeit, die beginnende Katastrophe einzufangen, ehe irreparable Schäden eingetreten sind;
- Und das Letzte liegt auf der Hand: mit diesen Maßnahmen sollen den Gesellschaften die selbst bei gleichbleibendem Rüstungsstand ständig steigenden Lasten erleichtert werden.

Die kooperative Rüstungssteuerung spielt zur Zeit eine nicht unerhebliche Rolle. Denken Sie an die Gespräche in Helsinki und Wien über die Begrenzung der strategischen Systeme (SALT) oder an den Nato-Vorschlag von Reykjavik zu einer beiderseitigen, ausgewogenen Reduzierung der Streitkräfte des Warschauer Paktes und der Nato.

Sicher regeln Maßnahmen der kooperativen Rüstungssteuerung keins der relevanten politischen Probleme. Aber sie sind Zeichen und Folge des Entspannungswillens beider Seiten und höchstwahrscheinlich Anlaß zu weiteren, auch nicht-militärischen Entspannungsschritten. Vor allem zeigen Sie, daß man auf beiden Seiten auf die Rationalität des anderen, zu vertrauen beginnt. Ich will die möglichen Mittel dieser Strategie nicht im einzelnen aufzählen. Es ist ein breiter Fächer vom Einfrieren bis zum Reduzieren der Potentiale, vom Verdünnen oder gar Entmilitarisieren bestimmter Zonen bis hin zum Transparent-Machen der Potentiale, Strategien und Entscheidungsprozesse. Auch die Formen der Kooperation sind außerordentlich vielfältig. Sie gehen vom feierlichen Vertrag bis zu einseitigen Schritten, die die eine oder andere Seite in der Erwartung unternimmt, daß der andere folge.

Die Strategie der sozialen Verteidigung

Die Aufzählung der Abschreckungsstrategien wäre ohne die Erwähnung der sozialen Verteidigung unvollständig. Es handelt sich hier um einen gewaltfreien Widerstand, der – darin der Abschreckung sehr ähnlich – eine ganz bestimmte Lebensform schützen will und nicht mehr Grenzen und Territorien verteidigt. Auch hier wird versucht abzuschrecken, indem Eingriffe von außen als politisch unrentabel dargestellt werden. Nur geschieht diese Abschreckung nicht mit militärischen, sondern mit gewaltfreien politischen Mitteln. Durch "dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration" wird die Gesellschaft lebensfähig gehalten, dem Aggressor aber die Kontrolle über die gesellschaftlichen Institutionen verwehrt. Durch gemeinsamen Protest, Kundgebungen und Mahnwachen, durch gewaltlosen Widerstand, Streiks und Boykott sowie durch gewaltlose Interventionen, Sitzstreiks und gewaltlose Besetzung gesperrter Bezirke soll die Widerstandskraft der angegriffenen Bevölkerung demonstriert und gestärkt werden. Derartige Aktionen sollen die Aggressionsmacht ideologisch und ökonomisch schädigen, die Soldaten und Beamten der Besatzungsstreitkräfte verunsichern; die Weltmeinung soll hierdurch zu Sanktionen und zu moralischer Verurteilung mobilisiert werden.

Die soziale Verteidigung sieht ihre Überlegenheit gegenüber der Abrüstung darin, daß sie auch in einer Welt voller Konflikte funktionieren kann. Sie schafft keine Vakua, in die die Gewalt ohne Risiko von außen einströmen könnte. Ihre Überlegenheit gegenüber der militärischen Abschreckung sieht sie darin, den Abzuschreckenden nicht mit Präventiv- oder Aggressionskriegen zu bedrohen, Rüstungskosten zu sparen und einen wirksamen Beitrag zur Reduzierung internationaler Spannungen und zur Demokratisierung der Gesellschaft zu leisten.

Aber gerade hier liegen meine Bedenken. Soll eine Gesellschaft glaubwürdig abschrecken, muß sie von außen her so geschlossen erscheinen, daß der mögliche Angreifer sich gar keine Chancen ausrechnen kann, den Widerstand aufzubrechen und Kollaborateure zu finden. Eine Gesellschaft aber, die dem brutalen und vielfältigen Druck eines entschlossenen Aggressor standhalten soll, muß bereits im Frieden aussergewöhnlich geschlossen sein.

Ich meine: das geht auf Kosten der Pluralität. Eine solche Gesellschaft müßte jedenfalls ganz anders strukturiert sein als die unsrige, falls sie sich nicht bereits in der Vorbereitung der sozialen Verteidigung militarisieren soll. Diese erfüllt, wie jede Abschreckung, nur dann ihren Zweck, wenn ihre Träger jederzeit reaktionsbereit sind. Es muß also hier die Gesamtbevölkerung – nicht nur die Streitkräfte – psychologisch wie funktional in ständiger Bereitschaft gehalten werden. Doch läßt sich sehr wohl vorstellen, daß es mit dem Abbau der internationalen Spannungen und Rüstungspotentiale zu einem Nebeneinander von militärischer und ziviler Abschreckung kommen kann. Allerdings dürfen die dabei entstehenden Konflikte zwischen beiden Strategien bzw. ihren Mitteln nicht übersehen werden. Die Stärke der sozialen Verteidigung liegt in ihrer grundsätzlichen Gewaltlosigkeit. Wo dieses Prinzip durchbrochen wird, bilden sich Breschen zugunsten der Aggressionsmacht.

IV. Die Funktion der Streitkräfte

Streitkräfte sind Instrumente der Abschreckungsstrategie. Sie entwickeln ihren höchsten politischen Nutzeffekt, wenn sie "in being" bleiben, d.h. durch Nichtschießen den anderen am Schießen hindern. Ihre Rolle unter dieser Strategie ist also rein prohibitiver Natur, und zwar sollen ganz bestimmte ungünstige und unerwünschte internationale Entwicklungen oder gar Katastrophen so unwahrscheinlich wie nur möglich gemacht werden. Diese quasi negative Rolle wird am deutlichsten an den Waffensystemen, die unsere strategische Situation bestimmen. Solange die Situation stabil bleibt und eine gegenseitige Abschreckung besteht, haben diese Waffen nur die eine Funktion: anderen Staaten die Möglichkeit zu nehmen, mit militärischen Mitteln, zumindest mit ihren strategischen Systemen auf das eigene Land und seine Verbündeten politischen Druck auszuüben. Es ist eine merkwürdige Konsequenz unserer strategischen Situation, daß in dem Augenblick, wo die Lage unstabil wird, Streitkräfte ihren politisch prohibitiven Charakter verlieren und damit militärisch prohibitiv, d.h. dann auch zu präventiven Aktionen eingesetzt werden können.

Die Funktion und Funktionsweisen der Streitkräfte haben sich gegenüber der klassischen Epoche entscheidend verändert. Abschreckung heute kann, wenn sie gegen alle Formen und Intensitäten modernen Krieges wirksam sein soll, nur noch in einem modernen Bündnisverband erreicht werden, in dem permanente politische Konsultation und Kooperation herrscht und bereits im Frieden eine integrierte Befehlsstruktur besteht. Im Zeichen der Katastrophenverhütung – und das ist der Grundgedanke der militärischen und der zivilen Abschreckung – ist es wichtig, Spannungen möglichst frühzeitig zu erkennen, um vorbeugen und steuern zu können. Damit werden Streitkräfte – neben vielen anderen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen – zu Mitteln der Krisenbeherrschung. Diese hebt alle Regeln der klassischen Strategie und Taktik auf. Sie setzt die politischen Folgen jeder Maßnahme an den ersten Platz; damit dominiert der politische Zweck über die militärische Effizienz.

Aber fragen wir weiter nach der Funktion des Soldaten dieser Streitkräfte! Er dient der Friedenserhaltung und der Friedenswiederherstellung. Man kann auch sagen: er produziert Sicherheit für die Gesellschaft. Für ihn ist, wie Bundespräsident Heinemann es einmal formuliert hat, der Ernstfall jetzt und hier. Erfüllt er bereits im Frieden seine Funktion gewissenhaft, leistet er seinen Beitrag zu einer glaubwürdigen Abschreckung. Gelingt es nicht, die Eskalation bis hin zu Feindseligkeiten zu verhindern, so ist der Krieg für den Soldaten – wie für jeden Staatsbürger – ein Katastrophenfall; er verschlingt ihn genauso wie alle anderen. Der Soldat kämpft dann nicht für den Sieg bzw. bis zur Vernichtung des Angreifers; denn beides bedeutet weitere Eskalation und damit erhöhte Gefahr für die

Existenz der eigenen Gesellschaft. Die Kampfführung dient nur noch einem Zweck: den Angreifer möglichst bald erkennen zu lassen, daß er sein politisches Ziel nicht mit militärischen Mitteln erzwingen kann und daß daher die Wiederanerkennung des *Status quo* das geringere Übel ist. Die entscheidende Frage an den Soldaten heute ist, worin er letztlich den Sinn seiner Funktion sieht: in Friedenssicherung oder Kriegführung – anders ausgedrückt, woher er seine Normen ableitet: vom Frieden oder vom Krieg. Das ist, wenn ich recht sehe, die Scheidemarke zwischen modernem und traditionellem Soldatentum. Wer sich auch heute noch auf den Krieg bezieht und seine eigentliche Funktion in einer übermorgen irgendwo losbrechenden Panzerschlacht sieht, muß zu dem komplizierten Rechtsstaat, zu einer Gesellschaft, in der es neben viel Kritik nun auch Wehrdienstverweigerer gibt, zu einem Bündnis, das nicht immer schnell und wie erhofft reagiert, zu seinem Handwerk und zur Disziplin ein ganz anderes Verhältnis haben als derjenige, der sich im Dienste der Friedenserhaltung sieht, und der überzeugt ist, daß Nichtkrieg durch Abschreckung zumindest erhalten werden kann.

V. Sicherheitspolitische Aspekte

Zum Schluß noch einige sicherheitspolitische Aspekte. Vorweg sei noch einmal betont, daß Streitkräfte und Militärstrategien im Rahmen der Sicherheitspolitik Hilfsfunktionen haben. Verkehrt sich das Verhältnis – und es verkehrte sich in beiden Weltkriegen, ist das ein Zeichen für schlechte Politik. Die militärische Abschreckung ist zwar imstande, mit einiger Wahrscheinlichkeit Nichtkrieg zu halten, nicht aber, den Frieden zu gestalten. Das ist Aufgabe der Politik, die den strategisch stabilen Zustand zu Entspannungspolitik und Friedensgestaltung nutzen muß. Die Verhandlungen über kooperative Rüstungssteuerung sowie die Ostpolitik der Bundesregierung zeigen, daß dies möglich ist.

Das Verhältnis von Politik und Militärstrategien möchte ich an drei politischen Zielsetzungen darstellen.

Unsere Pakte sind seinerzeit im Zeichen einer Politik der Kriegsverhinderung gegründet worden. Es herrschte zwischen Ost und West ein Zustand feindlicher Koexistenz, wie man sagen könnte; jedenfalls ein Verhältnis reiner Konfrontation. Jeder Schritt der anderen Seite wurde beargwöhnt und als potentiell bedrohlich gedeutet. Man sah in dem anderen jemand, der – zum Kriege entschlossen – eigentlich nur auf den Augenblick wartete, ihn mit erträglichem Risiko beginnen zu können. Eine derartige Situation ist international in hohem Maße konfliktrichtig und instabil; blockintern erzeugt sie – wenn wir an die Bündnisse denken – naturgemäß höchste Solidarität. Die dazugehörige Militärstrategie ist mit den Stichworten "Abschreckung mit möglichst hohem Potential", "Streben nach Überlegenheit", "Overkill - capability" gekennzeichnet.

Nach dieser Phase folgte die Politik der Friedenserhaltung, in der wir uns wohl jetzt befinden. Die Konfrontation läßt nach; nachdem beide Seiten sie als steril und gefährlich erkannten. Ist man auch in der Deutung der Absicht des anderen schwankend – denken Sie an die Beurteilung der Moskauer Intentionen vor und nach Prag, so läßt sich jedoch ein wachsendes Vertrauen in die Rationalität des anderen beobachten. Man erwartet bei ihm zumindest eine bedingte Bereitschaft zum Kompromiss, zum Verhandeln und zum Kooperieren auf Teilgebieten, auf denen beide Seiten Nutzen erhoffen. Der Krieg wird weniger wahrscheinlich. Innerhalb der Bündnisse treten die nationalen Gegensätze und Interessen stärker hervor; gelegentlich stören sie die Solidarität. Die Abschreckungsstrategie verliert ihren bedrohenden Charakter; sie wird mehr als gemeinsame Vorsorge gegen die militärische Zuspitzung politischer Krisen verstanden. Die kooperative Rüstungssteuerung hält das Wettrüsten an und vermindert die gegenseitige Bedrohung. Man kann sich sogar schon einseitige Schritte des Kräfteabbaus vorstellen.

In einer Phase der Friedensgestaltung, des friedlichen Wettbewerbs, nimmt die Kooperation auf allen Gebieten stark zu – vornehmlich auf den nicht-militärischen. Es entsteht eine Interdependenz auch in gesellschaftswichtigen Bereichen; Kooperation in gemeinsamen Gremien wird zwingend. Es wächst das Zutrauen, daß es auch der anderen Seite um mehr als Nichtkrieg und bloßen Aufschub einseitiger Konfliktregelung gehe. Man ist bereit, gleiches Interesse an friedlicherer Koexistenz, ja beginnender Integration vorauszusetzen.

Dieses erfordert im Sinne unseres Themas gemeinsame und verbindliche Mechanismen für gewaltfreie und für beide Seiten erträgliche Konfliktregelungen.

Im Zeichen dieser Politik wird es Aufgabe der kooperativen Rüstungssteuerung, die Mittel gegenseitiger Abschreckung auf immer niedrigere Ebenen zu senken. Die Zeit rückt heran, wo die zivile Verteidigung mehr in den Vordergrund treten könnte. Am Ende solcher Entwicklung ist kriegerischer Konfliktaustrag kaum mehr vorstellbar. Bewaffnete Macht hat innerhalb des Systems nur noch Polizeifunktion – die Bündnisse haben ihren bisherigen politischen Sinn verloren.

Eine derartige Entwicklung – so verlockend und "logisch" sie auch erscheint – fällt uns nicht in den Schoß. Es wäre jedenfalls eine verantwortungslose Verharmlosung der komplexen Probleme, verspräche man sich eine schnelle und gradlinige Entwicklung in dieser Richtung bzw. suchte die Hindernisse monokausal im bösen Willen oder den Interessen dieser oder jener Gruppe. Um die jetzige, mit Konflikten und Divergenzen aller Art, mit Vorurteilen und Mißtrauen belastete Situation zu überwinden, bedarf es eines langen, vielschichtigen, für alle Beteiligten mühevollen Prozesses. Er fordert von allen einen tiefen Bewußtseinswandel und neues Verhalten.

Gesellschaftliche und strategische Stabilität

Ich habe vielfach die Bedeutung der Stabilität betont, möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich damit die strategische und nicht die gesellschaftliche Stabilität angesprochen habe. Ich zähle mich nicht zu denen, die nach Ruhe und Ordnung rufen. Dafür sind die herrschenden Zustände viel zu unfriedlich. Das Zukunftsproblem ist es gerade, die rechte Mischung zwischen Ruhe und Unruhe, zwischen Dynamik und Stabilität zu finden. Wir brauchen international und gesellschaftlich so viel Unruhe, daß sich bessere, friedfertigere Strukturen und Bewußtseinslagen bilden können; aber doch auch wiederum so viel Stabilität, daß das Ganze nicht im Chaos versinkt. In diesem Prozeß wirken die Streitkräfte – solange sie benötigt werden und solange es sicherheitspolitische Fragen gibt – stabilisierend. Der einzelne Soldat sollte jedoch als Staatsbürger das Seine tun, um hilfreiche Unruhe zu schüren.

Literaturhinweise

Friedens- und Konfliktforschung

Frei, Daniel: Kriegsverhütung und Friedenssicherung, Frauenfeld 1970
Kaiser, Karl: Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen 1970
Krippendorff, Ekkehart (Hrsg.): Friedensforschung, Köln 1970²
Picht, Georg - Huber, Wolfgang: Was heißt Friedensforschung? Stuttgart, München 1971
Senghaas, Dieter (Hrsg.): Friedensforschung und Gesellschaftskritik, München 1970
ders.: Kritische Friedensforschung, Frankfurt/M 1971

Rüstung und Abrüstung

Barnet, Richard J.: Der amerikanische Rüstungswahn oder die Ökonomie des Todes, Reinbek 1971
Brandt, Gerhard: Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten, Berlin 1966
Hallgarten, George F.: Das Wettrüsten, Frankfurt 1967
Senghaas, Dieter: Rüstung und Militarismus, Frankfurt/M 1972
Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI): Yearbook of World Armaments and Disarmament, Uppsala 1969 ff
Vilmar, Fritz: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt/M 1969

Abschreckung – kooperative Rüstungssteuerung (Arms Control)

Brennan, Donald (Hrsg.): Strategie der Abrüstung, Gütersloh 1962
Etzioni, Amitai: Der harte Weg zum Frieden, Göttingen 1965
Forndran, Erhard: Rüstungskontrolle, Friedenssicherung zwischen Abschreckung und Abrüstung, Düsseldorf 1970
Hunter, Robert: Sicherheit für Europa, Zürich - Köln 1971
Kahn, Herman: Eskalation, Berlin 1966
McNamara, Robert S.: Die Sicherheit des Westens, München 1970

Schmidt, Helmut: Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1968 ⁵
Schwarz, Urs: Strategie gestern, heute, morgen, Düsseldorf 1965
Senghaas, Dieter: Abschreckung und Frieden, Frankfurt 1969
Weizsäcker, Carl Friedrich von (Hrsg.): Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971

Zivile Verteidigung

Ebert, Theodor: Gewaltfreier Aufstand, Frankfurt 1970
ders.: Ziviler Widerstand, Düsseldorf 1970
Roberts, Adam: Waffenloser Widerstand gegen Aggressoren, Göttingen 1971

Anlage 5

Wolf Graf von Baudissin

Vortrag im Rahmen der Hamburger Universitätstage

16.-17. November 1981

Ich möchte meine Ausführungen nicht auf das IFSH, seine satzungsgemäße Funktion und seine Arbeit beschränken, sondern zunächst etwas über die Friedens- und Konfliktforschung allgemein und über ihren Stand in der Bundesrepublik sagen. Daraus ergibt sich manche Perspektive für die wissenschaftliche und politische Beurteilung unserer Arbeit.

Jeder, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, sollte möglichst von Friedens- **und** Konfliktforschung sprechen bzw. in diesem Zusammenhang denken. Lassen wir den Konfliktbegriff weg, sind wir schnell geneigt, uns den Weg zu friedlicheren Lebensbedingungen allzu leicht vorzustellen und zu übersehen, daß – ich komme später noch darauf zurück – Konflikte nun einmal zur menschlichen Existenz gehören. Lassen wir den Frieden beiseite und betreiben reine Konfliktforschung, verliert diese Wissenschaft ihren bestimmenden Maßstab und ihr Ziel.

Zur Friedens- und Konfliktforschung

Die Friedens- und Konfliktforschung – und das wird Sie vielleicht überraschen – kennt keine gemeinsame Definition für den Frieden. Dazu wäre entschuldigend festzustellen, daß auch Mediziner zwar wissen, was Krankheiten sind, sich aber auf die Definition von Gesundheit nur sehr bedingt einigen können. Ich unterstreiche dieses vor allem deshalb, weil wir im Nachdenken über politische Friedensprobleme und auch bei entsprechenden Auseinandersetzungen uns zunächst selbst fragen sollten, was wir in diesem speziellen Falle eigentlich unter Frieden verstehen bzw. was unser Gesprächspartner damit meint. Es gibt eben viele widersprüchliche Erwartungen und Konzepte vom Frieden, von denen jedes wiederum zu unterschiedlichen Verfahren und Verhalten rät.

Wir reden so gern und leicht vom "Weltfrieden" – also vom Frieden in einer Welt, in der unendlich viele Konflikte aller Art herrschen, und die im Zweifelsfall noch an Zahl und Intensität, aber auch an Ausstrahlung zunehmen werden. Sie sind nichts anderes als die selbstverständliche Folge des tiefgreifenden und rasanten Entwicklungsprozesses. Veränderungen bedingen nun einmal Konflikte.

Die Friedens- und Konfliktforschung kennt zwei Schulen, die sich an ihren Friedensvorstellungen unterscheiden. Die eine hält Frieden unter den augenblicklichen Verhältnissen für nicht erreichbar – um Johan Galtung zu zitieren: "Frieden ist eigentlich erst dann, wenn die sogenannte strukturelle Gewalt aufgehört hat". Aus dieser Sicht herrscht also Frieden erst, wenn es keine einseitigen Abhängigkeiten mehr gibt: weder in größeren noch in kleineren Gruppen, also erst dann, wenn allen Menschen ganz bestimmte Werte, wie z.B. die Selbstverwirklichung, garantiert sind. Diese Schule sieht keine Möglichkeit für wirklichen Frieden unter den bestehenden Bedingungen und gesellschaftlichen Systemen. Sie schlägt daher Alternativen vor.

Neben dieser "langfristig-utopischen" Schule steht die "mittelfristig-pragmatische", zu der ich mich rechne. Wir meinen, daß die bestehenden Systeme entwicklungs- und wandlungsfähig sind, daß die Gesellschaften und die Menschen, die in diesen Gesellschaften leben, speziell auch die "Eliten", lernwillig und lernfähig sind. Für diese Schule ist es bereits eine Form von Frieden, wenn gesicherter, d.h. auf längere Zeit wahrscheinlicher Nicht-Krieg herrscht. Dieser Nicht-Krieg ist überdies die entscheidende Voraussetzung dafür, daß sich in den Industriegesellschaften bessere Voraussetzungen für die Entwicklung friedlicherer Beziehungen entwickeln lassen. Dabei kann es nicht verwundern, daß die erste Schule sich wesentlich mit gesellschaftlichen Konflikten und Perspektiven beschäftigt, während die zweite ihre Aufmerksamkeit vor allem auf zwischenstaatliche Probleme richtet. Selbstverständlich wird hier nicht übersehen, daß bestimmte Gesellschaftsformen nicht gerade förderlich für die Entwick-

lung friedlicherer Beziehungen zwischen den Staaten sind. Methodisch geht es um die Analyse von Gründen, Anlässen, Abläufen und Ergebnissen des Konfliktaustrags aller Art. Die Ergebnisse ermöglichen die Entwicklung von Konzepten, Modellen und Strategien zu ihrer friedlicheren Regelung.

Ich möchte meine Position an einigen thesenhaften Sätzen verdeutlichen:

- die Friedens- und Konfliktforschung aller Richtungen geht davon aus, daß der Krieg weder ein Naturgesetz noch ein notwendiger Bestandteil menschlichen Lebens ist, sondern das Ergebnis ganz bestimmter Haltungen, Erwartungen und Handlungen. Damit muß es möglich sein, den Krieg zu überwinden wie weiland Kannibalismus und Sklaverei;
- die pragmatische Schule meint, daß harte Interessengegensätze zum menschlichen Leben gehören, daß es daher nicht um Abschaffung, Ächtung und Verdammung von Konflikten gehen kann, sondern um ihre Rationalisierung, wenn Sie so wollen, und ihre Humanisierung, also um ihren gewaltfreien Austrag nach gegebenen Normen und Regeln;
- Erziehung zum Frieden ist also nichts anderes als Erziehung zur Konfliktfähigkeit. Diese erreichen wir:
 - wenn wir anerkennen, daß zu unserem Leben Konflikte aller Art in Familie, in kleineren wie größeren Gruppen, in der Gesellschaft und zwischen Staaten gehören;
 - wenn wir in demjenigen, mit dem wir Konflikte haben, nicht gleich den Bösewicht sehen, der künstlich Gegensätze aufbaut, sondern jemanden, der genauso subjektiv wie wir selbst bestimmte Interessen und bestimmte Positionen vertritt;
 - wenn wir zugeben, daß auch die eigene Position weder absolut, noch objektiv ist, sondern ebenfalls als relativ zu bewerten ist;
 - wenn wir uns darauf einlassen, die Konflikte nicht mehr mit Gewalt zu "lösen", sondern in einem oft frustrierenden Schritt-für-Schritt-Prozeß mühsam zu regeln und begreifen, daß die heute brennende Spannungen häufig nur dadurch erträglicher werden, daß noch brennendere aufflammen.

Wie Herr Lock bereits angedeutet hat, ist die Friedens- und Konfliktforschung ein neuer Forschungsansatz, aber – das möchte ich unterstreichen – nicht etwa eine neue Disziplin. Hier arbeiten, je nach Projekt, Wissenschaftler geistes-, sozial- oder naturwissenschaftlicher Disziplinen zusammen, was natürlich eine Reihe von Methoden-Problemen aufwirft. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg gab es einen ähnlichen Ansatz; doch sah man damals in Krieg und Frieden ein lediglich zwischenstaatliches Problem, eine Sache der Regierungen. Man setzte deshalb vornehmlich beim Völkerrecht an und schlug z.B. die Gründung des Völkerbundes und den Abschluß von Kriegsächtungsverträgen vor.

Heute sieht die Friedens- und Konfliktforschung die Ursachen für Friktionen und Konflikte auf allen Ebenen menschlicher Existenz: vom Individuum über die kleinen Gruppen und Gesellschaften bis zur Weltstaatengemeinschaft. Der Ursprung dieser neuen Forschung liegt in den Vereinigten Staaten, wo sich vor und im letzten Krieg eine intensive Konfliktforschung entwickelt hatte.

Zur Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung

In der Bundesrepublik erhielt die Forschung – das wurde schon erwähnt – den entscheidenden Anstoß durch den damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Er gründete die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die – wenn ich recht sehe – in ihrer Struktur einmalig ist. Hier sitzen im Kuratorium die gleiche Zahl von politisch Verantwortlichen und politikwissenschaftlich Arbeitenden zusammen. Die politischen Praktiker kommen aus Bund, Ländern, Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Kirchen, die Theoretiker aus allen Richtungen der Friedens- und Konfliktforschung. Gemeinsame Aufgabe ist es, die Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit nahezubringen, den Friedensgedanken zu verbreiten und lohnend erscheinende Projekte zu fördern. Diese Förderung beschließt im einzelnen eine unabhängige Kommission; sie arbeitet nach den Richtlinien des Kuratoriums.

Um Ihnen einen kleinen Einblick in Art und Ausmaß der Förderung zu geben: zwischen 1971 und 1979 wurden 135 Projekte mit etwa DM 20 Millionen unterstützt. Thematisch gingen davon 31 um Ost-West-Probleme wie die KSZE-Konferenz und ihre Treffen, die Sicherheitspolitik und den Eurokommunismus. 16 analysierten Rüstungsprobleme in der Ost-West-Beziehung, 7 den Waffentransfer

in den Süden, 14 die neue Weltwirtschaftsordnung. 16 drehten sich um Konflikt- und Krisenmanagement und 14 um sozial-psychologische und pädagogische Fragen. Leider ist die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung zurzeit gefährdet. Die Länder Bayern und Niedersachsen haben ihren Austritt erklärt, in den letzten Tagen folgte Baden-Württemberg. Damit wird der ganze Ansatz in Frage gestellt. Denn es ging gerade darum, den gesellschaftlichen mit dem wissenschaftlichen. Pluralismus zusammenzuführen und die Gegensätze fruchtbar zu machen. Doch fehlt es offenbar an ausreichender Konfliktfähigkeit.

Zum IFSH

Nun zu dem Institut selbst, dessen 10-jähriges Bestehen wir vor wenigen Wochen mit einem Empfang im Rathaus und einer öffentlichen Diskussion zwischen den Mitgliedern des international zusammengesetzten wissenschaftlichen Beirates begingen. Die politische Grundlage bildet ein Senatsbeschluß. Nach ihm sollte "eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung geschaffen werden, die im Bereich der Friedensforschung im allgemeinen und auf dem Gebiet sicherheitspolitischer Problemstellung die Kriterien freier Forschung und Lehre erfüllt".

Die Starthilfe gab die Volkswagen-Stiftung, die in den ersten drei Jahren die wesentlichen Kosten voll, im vierten und fünften Jahre zur Hälfte übernahm. Das Institut ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts, d.h. eine unabhängige Institution; Stiftungsträger ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung, die ja auch für die Universität zuständig ist.

Das Kuratorium besteht aus dem Vorsitzenden, nämlich dem Präses der Behörde, dem Präsidenten der Universität als seinem Stellvertreter, zwei Professoren der Sozialwissenschaften und vier weiteren Vertretern, die der Akademische Senat entsendet. Dazu kommen drei "Vertreter des Öffentlichen Lebens", die in aller Regel Mitglieder der Bürgerschaft sind.

Neben dem Kuratorium steht der bereits erwähnte Wissenschaftliche Beirat; er berät uns in der wissenschaftlichen Arbeit, hilft mit Hinweisen auf entsprechende Projekte im Ausland und unterstützt in der Auswahl geeigneter Fellows, die oft einige Monate am Institut arbeiten. Die Mitglieder des Beirates kommen aus der Sowjetunion, Polen und Jugoslawien bzw. Holland, Norwegen und der Schweiz. Enge Kontakte über die Grenzen hinaus sind eine Voraussetzung für fruchtbare Arbeit auf diesem Gebiet.

Die personelle Stärke des Instituts ist relativ gering geblieben. Mir hatte eine Gruppe von 15-20 Wissenschaftlern verschiedenster Disziplinen vorgeschwebt. Doch sind wir in der ersten Stufe – wie das häufig geschieht – hängengeblieben. Allerdings gelang es bisher, über Stiftungen Drittmittel zu erhalten und damit zusätzliche Wissenschaftler auf Zeit für bestimmte Projekte zu uns zu holen.

Die Arbeitsgebiete des IFSH sind satzungsgemäß:

- die Analyse von Problemen der Friedenssicherung;
- sicherheitspolitische Studien unter spezifisch europäischen und deutschen Aspekten;
- Bestandsaufnahme und laufende Orientierung der Öffentlichkeit über das strategische Denken und über das sicherheitspolitische "Ist" in Ost und West.

Unser Forschungsprogramm beschäftigt sich mit Analysen und Modellentwürfen für eine Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß, wobei naturgemäß auch die Süd-Dimension nicht außer Acht gelassen werden kann. Wir definieren Sicherheitspolitik als Vorsorgepolitik, die ganz bestimmten Bedrohungen vorbeugen soll, die versuchen soll, sie abzubauen, zumindest auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Wer sich mit Sicherheitspolitik befaßt, kommt bald zu der Erkenntnis, daß Sichersein praktisch "sich-sicher-fühlen" heißt. Selbst bei Einigung auf ganz bestimmte Bedrohungsfakten, kann der eine glauben, die Katastrophe stehe vor der Tür, während der andere meint, sie sei ferner denn je. Dieses sich "Sicher"- oder "Unsicher"-Fühlen hängt also weitgehend von unserem eigenen Selbstverständnis ab: ob wir uns schwach oder stark fühlen bzw. von unserem Verhältnis zur Umwelt. Schon aus diesem Grunde sollte jeder, der sich – wissenschaftlich oder praktisch – mit Sicherheitspolitik befaßt, bemühen, so rational wie nur möglich vorzugehen. Er sollte nicht etwa Vorsorge gegen alle denkbaren Bedrohungen zu treffen suchen, sondern nur gegen solche, die politisch wahrscheinlich. und technisch möglich sind. Desgleichen müssen die Mittel und Maßnahmen dem Entspannungsprozeß gemäß von

einer Art sein, die nicht die Sicherheit anderer gefährden; denn die Sicherheit des Gegenübers ist eine Voraussetzung für die eigene Sicherheit.

Im Zeitalter des Kalten Krieges und der Konfrontation war die Sicherheitspolitik die bestimmende Komponente der zwischenstaatlichen Beziehungen. An ihr orientierten sich alle anderen Aspekte der Politik. Man darf allerdings nicht aus dem Auge verlieren, daß der Entspannungsprozeß nicht etwa erst begann, nachdem die ideologischen, macht- und ordnungspolitischen Konflikte gelöst waren. Im Gegenteil, die beteiligten Regierungen entschlossen sich, diese prinzipiellen Konflikte, die bisher als unübersteigbare Barriere die Blöcke trennten, außer Acht zu lassen oder – wenn Sie wollen – einzufrieren. Man einigte sich darauf, das sterile Über-einander-Reden der Konfrontationsperiode zu beenden und über das miteinander zu sprechen, was ohne wesentliche Kompromisse der einen oder anderen Seite regelbar sein würde. Dieses Verfahren hat sich trotz mancher Rückschläge und Enttäuschungen gelohnt. So wurden rund 85 Abkommen und Verträge verschiedenster Art geschlossen; darunter nicht zuletzt die Berlin- wie Ost-Verträge und das Schlußdokument von Helsinki.

Doch – wie gesagt – die Konflikte sind nach wie vor nicht aus der Welt. Es wäre daher weltfremd, ja politisch gefährlich anzunehmen, wir fänden uns auf einem angenehmen, hindernisfreien Wege aufwärts. Allein die Tatsache, daß Ost und West sehr verschiedene Vorstellungen sowohl von den Zielen wie von den Mitteln dieses Prozesses haben, deutet das Ausmaß der Schwierigkeiten an. Aber darauf möchte ich zunächst nicht näher eingehen. Wichtig erscheint aber – das ist jedenfalls unsere These, daß sich beide Seiten vor Eingriffen mit militärischen Mitteln sicher fühlen. Nur unter diesem Aspekt ist man bereit und gewillt, die besonderen Risiken des Entspannungsprozesses auf sich zu nehmen. Denken Sie dabei nur daran, wie anders es stünde, wenn Moskau damit rechnen müßte, daß die NATO womöglich in der einen oder anderen Weise aktiv in die polnischen Spannungen eingriffe.

Die Militärstrategien dieser Entspannungspolitik heißen: Gegenseitige Abschreckung und Kooperative Rüstungssteuerung. Abschreckung bedroht nicht – wie gern behauptet wird – das Gegenüber permanent mit dem Untergang, sondern demonstriert vielmehr die Absicht, notfalls angemessene Gegengewalt zu üben. Die andere Seite wird also nicht gezwungen, etwas zu unterlassen, was in ihrem ureigensten Interesse läge, bzw. zu tun, was gegen ihr vitales Interesse verstieße; sie wird aber vor dem Versuch gewarnt, mit militärischer Gewaltanwendung politische Konflikte einseitig zu lösen. Allerdings sollte im Sinne des Gewaltverzichts jede militärische Überlegenheit und Undurchsichtigkeit der Absichten wie Mittel vermieden werden; denn der Entspannungsprozeß verlangt ein Mindestmaß an Sicherheit und Vertrauen für und von beiden Seiten.

Hier soll die andere Strategie, die Kooperative Rüstungssteuerung, ansetzen; sie dient dem Erreichen, Erhalten und Optimieren eines Kräfteverhältnisses, das alle Beteiligten jeden aggressiven Einsatz militärischer Mittel als untragbares Risiko erkennen läßt. Diese "strategische Stabilität" kann gegen alle Rüstungsdynamik der Industriestaaten nur gemeinsam, also kooperativ erhalten werden. Die Steuerungsinstrumente sind vielfältig; sie reichen von Vereinbarungen über Höchstgrenzen bestimmter Systeme und Stärken über Einfrieren bis hin zum Truppenabbau. Eine wichtige Voraussetzung für die politische Wirkung der Steuerung ist die Überprüfbarkeit der beiderseitigen Vertragstreue und die weitgehende Einsicht in die Absichten, Strategien und Potentiale.

Wir beobachten Steuerungsverhandlungen auf vielen zwischenstaatlichen Ebenen: von den Vereinten Nationen über die KSZE bis hin zu SALT und den Wiener Gesprächen. Über den Wert ihrer Ergebnisse kann man recht verschiedener Ansicht sein; es stellt sich die alte Frage nach dem halbvollen oder halbleeren Glas. Doch meine ich, daß Zahl und Intensität der Verhandlungen bereits ein Zeichen für die wachsende Erkenntnis ihrer Notwendigkeit sind, daß der Gedankenaustausch die Transparenz erhöht und daß sich Normen wie Verfahren entwickeln, die für die Zukunft Bedeutung haben.

Künftig wird es – wie ich meine – von entscheidender Bedeutung sein, ob die Rüstungssteuerung weitergreifen kann. Bisher verhandelt man nur über Teile der bereits bestehenden Potentiale; es dürfte wirkungsvoller und auch leichter sein, die Rüstungsprogramme rechtzeitig zur Diskussion zu stellen, d.h. bevor die Produktion begonnen hat. Was dies betrifft, so ist der berühmte Doppelbeschluß der NATO ein erster Schritt in die richtige Richtung. Außerdem wird es darum gehen, im Blick auf den Süden gewisse Transferbeschränkungen von Waffen aller Art zwischen Ost und West zu vereinbaren. Trotz manchem Protest gegen diesen angeblich "Neokolonialismus", wie er sich aus den Entwicklungsländern hören läßt, lägen derartige Maßnahmen im Interesse aller. Ich denke weiter an die Ein-

richtung Interventionsfreier Zonen, in die sich die beiden Führungsmächte und Bündnisse nicht einzugreifen verpflichten. Wichtig sind vor allen Dingen – und das ist eines unserer Hauptforschungsthemen – die sogenannten Vertrauensbildenden Maßnahmen oder, vorsichtiger gesagt, Mißtrauen abbauende Maßnahmen. Sie sollen Transparenz schaffen, bestimmte militärische Aktionen für beide Seiten erschweren bzw. frühzeitig erkennbar machen. Wir denken weiter darüber nach, wieweit diese Maßnahmen auch auf nichtmilitärische Bereiche wie Wirtschaft und Politik ausgedehnt werden könnten.

Die Erfolgsaussichten dieser pragmatischen Strategien hängen von einer Reihe von Faktoren ab, die fast allem herkömmlichen Denken und Verhalten widersprechen. Man muß z.B. die Bedrohtheitsgefühle des Gegenübers, selbst wenn sie einem noch so merkwürdig vorkommen, ernst nehmen und berücksichtigen. Dabei fällt es im Osten, der sich ideologisch als einzige Friedensmacht dieser Welt versteht, schwer, die Bedrohtheitsgefühle des Westens nachzuvollziehen, wie es dem Westen kaum verständlich ist, daß ein Bündnis zwischen 15 Staaten mit recht unterschiedlichen Interessen als Gefahr erscheinen kann.

Auch das Zugeständnis weitgehender Transparenz sowie der bewußte Verzicht auf Überlegenheit widersprechen den bislang geltenden Sicherheits- und Souveränitätsvorstellungen. Wenn auch das militärische Instrument zwar seine politische Bedeutung behielt, so liegt diese heute wesentlich in seiner – man möchte sagen – negativen Funktion der Kriegsverhütung. Die Streitkräfte beider Bündnisse erfüllen ihre Funktion, wenn sie gegen jeden Versuch, einen der vielen Konflikte mit kriegerischen Mitteln auszutragen, glaubhaft abschrecken. Doch warne ich davor, aus verständlicher Faszination durch die Verheerungen, die ein Kernwaffenkrieg anrichten würde, die Wirkung der nicht-nuklearen Waffen zu verharmlosen. Jede Form von Krieg würde das hochentwickelte, dichtbevölkerte Mitteleuropa in seiner Existenz bedrohen und um Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte zurückwerfen. Das bewiesen bereits die beiden Weltkriege mit ihren vergleichsweise "harmlosen" Waffen.

Die hohen Kosten und Risiken, die heutzutage mit Rüstung verbunden sind, lassen sich freilich nur rechtfertigen, falls die herrschende strategische Stabilität konsequent als Basis für die Entwicklung friedlicherer Beziehungen genutzt wird. Es gilt, das allmählich bewußt gewordene gemeinsame Interesse an Kriegsverhütung zu der Erkenntnis auszuweiten, daß beide Seiten bei der Regelung entscheidender Fragen auf die Unterstützung des anderen angewiesen sind; daß folglich Entschlußfähigkeit und Kompromißbereitschaft, d.h. die Stabilität und Effizienz des Gegenübers die beste Voraussetzung für die eigene Sicherheit sind. Das mag dem gewohnten Entweder-Oder-Denken der Orthodoxen von rechts und links widersprechen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die wirtschaftliche, technologische und wissenschaftliche Kooperation verweisen. Sie fördert gegenseitiges Verstehen und Vertrauen. Sie sollte überall dort ansetzen, wo sich Ost wie West Vorteile, jedenfalls keine gravierenden Nachteile ausrechnen. Doch auch Kooperation führt nicht schnurstracks ins Paradies; auch sie birgt ihre besonderen Klippen. Interdependenzen – und gerade sie werden als Friedenssicherung angestrebt – wirken auf mißtrauische Partner zunächst bedrohlich. Man ist geneigt, die eigene Verwundbarkeit zu überzeichnen, die Abhängigkeit des anderen aber gering zu achten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Diskussion über das Erdgas-Röhren-Geschäft. Im Westen ist man besorgt, daß Moskau die westlichen Devisen zum weiteren Ausbau seiner Rüstung benutzt bzw. im entscheidenden Augenblick die Energieversorgung einstellen könnte. Im Osten scheut man davor zurück, den Kapitalgebern Einsicht in die sibirischen Vorkommen und damit Einfluß auf die Wirtschaftsplanung zuzugestehen. Dabei wird übersehen, daß die gemeinsame Erschließung und Nutzung der sibirischen Energievorräte für beide Teile nicht zu unterschätzende Vorteile mit sich bringen kann. Der Osten würde befähigt, die Vorkommen rationeller und mit Gewinn zu nutzen; Westeuropa würde seine Lieferanten diversifizieren und bei der Lieferung der Anlagen verdienen. Beide profitieren davon, daß wenigstens ein Konfrontationsgrund außerhalb Europas schwindet: der Kampf um das Öl.

Je enger die Kooperation und je spürbarer damit die Abhängigkeiten werden, um so unausweichlicher wachsen freilich auch die Reibungs- und Konfliktmomente auf den unteren Ebenen. Verspätete oder ungenügende Lieferungen z.B. lassen sich – aus welchen Gründen sie auch immer entstanden – leicht dramatisieren; sie begünstigen Zweifel am guten Willen der anderen Seite. Es wird also darauf ankommen, rechtzeitig Strukturen und Verfahren einzuführen, die routinemäßig auf Pannen aller Art hinweisen, ihre Folgen und Vorbeugungsmöglichkeiten besprechen bzw. Verbesserungsvorschläge ausarbeiten. Andernfalls wird Kooperation zur politischen Belastung.

Noch einen kurzen Hinweis auf einige Faktoren, die in absehbarer Zukunft die Sicherheit Europas vermutlich beeinflussen werden: die innere Entwicklung der Bündnisse, die Ausstrahlung der Südkonflikte und die qualitative Dynamik der Rüstungsprozesse.

Bereits die erste kurze Phase des Entspannungsprozesses brachte die grellen Farben der Feindbilder zum Verblässen, ließ die Bedrohtheitsgefühle auf beiden Seiten abflauen. Damit traten die bisher überschatteten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konflikte innerhalb des Bündnisses und ihrer Gesellschaften wieder zutage. Die festgefügtten Blöcke wurden zu Lagern, deren Interessengegensätze auf Regelung drängen. Anders ausgedrückt: die Stabilisierung des Ost-West-Systems verursacht interne Instabilitäten. Die westlichen Demokratien sollten in der Lage sein, sie zu meistern, besser jedenfalls als der Osten. Denn dort darf es – der herrschenden Ideologie zufolge – keine inneren Konflikte mehr geben.

Die andere Gefährdung sprach ich bereits im Rahmen der Rüstungssteuerung an. Leider kann es keinen Zweifel darüber geben, daß die vielfältigen Konflikte der Entwicklungsländer – direkt wie indirekt – die Sicherheit der Industriestaaten und ihr Verhältnis zueinander in zunehmendem Maße berühren. Die Möglichkeiten dafür sind vielfältig. Sie reichen von einer Sperrung der Märkte und Rohstoffquellen bis hin zum unmittelbaren Hineingezogenwerden in lokale und regionale Auseinandersetzungen, z.B. durch unbekümmertes Übertragen der Ost-West-Kategorien auf die Südpolitik, aber auch durch unausgewogene und überproportionierte Waffenlieferungen. Diese destabilisieren nicht nur den Umkreis der Käufer, sondern lassen auch deren Konfliktgegner zu Feinden der Lieferanten werden. Darüber hinaus geht der Verkauf teurer Waffen zu Lasten des zivilen Exports und schafft nicht einmal verlässliche Bündnispartner, wie die Weltmächte mehrfach erfuhren. Auf einige Steuerungsverfahren wies ich bereits hin und möchte daher nur ergänzend hinzufügen, daß ihre Einführung wie ihre Wirkung nicht zuletzt von der Bereitschaft der Entwicklungsländer abhängt. Gegen deren Widerstand wird sich eine gemeinsame "Front" des Nordens auf die Dauer nicht erhalten lassen. Es sollte daher alles getan werden, um den Süden davon zu überzeugen, daß eine stete Modernisierung der Streitkräfte nicht nur zur totalen Militarisierung der unterentwickelten Gesellschaften führt, sondern ihre zivile Evolution generell behindert.

Der letzte und augenscheinlichste Bedrohungsfaktor ist die qualitative Rüstungsdynamik. Ohne konsequente Steuerung der Waffentechnologien kann und wird sie vermutlich die bestehende strategische Stabilität in Frage stellen. Die subjektive Wirkung der Rüstungsentwicklung erleben wir täglich! Auch hier erinnere ich an meinen Vorschlag zur präventiven Kooperation.

Bevor ich auf die konkrete Arbeit des Instituts hinweise, möchte ich meine Überlegungen zur Sicherheitspolitik mit dem Rat abschließen, die Militärstrategien sowie bestimmte – in aller Regel nur partielle und temporäre – Instabilitäten der Potentiale oder gar die potentielle Wirkung einzelner Waffensysteme in ihrer politischen Bedeutung nicht zu überschätzen. Es kann erschrecken, mit welcher oft willkürlich konstruierten taktischen und technischen Szenarien Pseudopolitik getrieben wird. Die Sicherheit in Europa hängt in erster Linie vom Fortgang des Entspannungsprozesses ab, d.h. von seiner politischen Entwicklung. Die Sicherheit des "Nordens" wird erst dann garantiert sein, wenn sich die Gesellschaften und Regierungen gegenseitig als gleichberechtigt, ja auf bestimmten Sektoren sogar als gleichwertig anerkennen. Über die Schwierigkeiten dieses Weges sollten wir uns allerdings keine Illusionen machen. Frieden setzt ein außerordentliches Maß an Konfliktfähigkeit voraus.

Dem Selbstverständnis der Friedens- und Konfliktforschung gemäß ist die Arbeit des IFSH praxeologisch orientiert. Hier wird nicht Forschung um der Forschung willen betrieben, sondern um Denkanstöße und Hilfen für die Praxis anzubieten. Diese Intention schlägt sich sowohl im Ansatz der Projekte als auch in der Öffentlichkeitsarbeit und in den Publikationen nieder.

Das IFSH gibt zwei Schriftenreihen heraus, in denen bisher 55 Hefte erschienen. Die "Forschungsberichte" gehen an andere Institute bzw. Kollegen im In- und Ausland. Sie informieren über unseren Erkenntnisstand und fordern zu kritischem Gedankenaustausch auf. In den "Diskussionsbeiträgen" veröffentlichen wir Thesen, Vortragstexte, Interviews und Stellungnahmen zu aktuelleren Themen. Die Adressaten sind Politiker, Ministerien und Multiplikatoren, die an sicherheitspolitischen Fragen interessiert sind. Darüber hinaus wenden wir uns durch Aufsätze in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen an eine breitere Öffentlichkeit. Fernsehen und vor allem Rundfunk bieten eine hervorragende Möglichkeit, Tagesthemen unmittelbar zu kommentieren.

Mitglieder des Instituts nehmen an Podiumsdiskussionen teil und referieren bei Tagungen im In- und Ausland; sie treffen dabei häufig mit entsprechenden Experten zusammen. Darüber hinaus bestehen regelmäßige Kontakte zu Instituten in Ost wie West. Ich selbst nehme kontinuierlich an PUGWASH-Konferenzen und Arbeitstagen teil. Am Institut veranstalteten wir kürzlich einen "Workshop" über Vertrauensbildende Maßnahmen, an dem 31 Wissenschaftler aus 17 Ländern teilnahmen.

In speziellen „Vermittlungstagungen“ werden Bundestagsabgeordnete, Angehörige der Exekutive und Vertreter der Medien über unsere Vorhaben, zu Beginn über unsere Erwartungen und vor Abschluß über unsere Ergebnisse orientiert. Es geht darum, die Entscheidungsträger über Projekte zu informieren und im Gespräch ihre Interessenschwerpunkte zu erfahren.

Thematisch konzentriert sich die Institutsarbeit – wie gesagt – auf die sicherheitspolitischen Aspekte des Entspannungsprozesses. Doch gehören in diesen Zusammenhang auch Fragen des Verfassungsrechts, der Militär- und Rüstungspolitik der Weltmächte, der sicherheitspolitischen Konsequenzen des Eurokommunismus, der Stärkevergleiche, der maritimen Rüstungssteuerung bis hin zu den Rüstungsproblemen der Dritten und Vierten Welt.

Ich hoffe, Ihnen damit einen kleinen Einblick in die Probleme der Friedens- und Konfliktforschung und in die Arbeit des IFSH vermittelt zu haben. Wie Sie sahen, herrscht in diesem Forschungsbereich politischer wie wissenschaftlicher Pluralismus, der sich in einer breiten Auffächerung der Arbeitsgebiete, Ziele und Methoden niederschlägt. Ich halte dieses für eine Stärke!

INSTITUT FÜR FRIEDENSFORSCHUNG
UND SICHERHEITSPOLITIK AN DER
UNIVERSITÄT HAMBURG

14. September 1982

Anlage 6

Wolf Graf von Baudissin

Vertrauensbildende Maßnahmen – Ihre Bedingungen und Perspektiven^{*}

1. Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) als Instrument der Kooperativen Rüstungssteuerung (KRSt)

Vertrauensbildung – präziser vielleicht, der ausdrückliche Versuch, das tiefwurzelnde Mißtrauen der Gegenseite abzubauen – dient der Normalisierung der internationalen Beziehungen. Sicherheitspolitisch gesehen, sollen VBM die strategische Stabilität abstützen und die Bereitschaft beider Seiten erhöhen, gewisse Risiken einzugehen, die durch temporäre und partielle Unterlegenheiten, aber auch durch geostrategische wie technologische Gegebenheiten zu entstehen scheinen. Militärische VBM sind allerdings nicht für sich allein zu sehen; sie erhalten Legitimität und Chancen erst im Zusammenhang mit dem gesamten entspannungspolitischen Verhalten. Mißtrauen zwischen Staaten hat eben nicht nur rein militärischer, sondern primär sehr viel breiter angelegte sicherheitspolitische, wirtschaftliche wie ideologische Wurzeln, die aus historischen Erinnerungen und Gegenwarts- wie Zukunftserwartungen stammen. Vertrauensbildung ist ein heikler und langwieriger Prozeß, in dem die gegenseitigen Erfahrungen auf den verschiedensten politischen Gebieten das Bild von der Glaubwürdigkeit des andern formen.

Die Strategie der KRSt geht davon aus, daß die Rüstungsdynamik trotz der damit verbundenen – gesellschaftlichen wie internationalen – Belastungen nicht durch noch so gutgemeinte und oft nur einmalige, unilaterale, also nicht vertraglich festgelegte, häufig nicht verifizierbare und daher jederzeit revozierbare Schritte abgefangen und gesteuert werden kann. Die bisherige Erfahrung zeigt jedenfalls, daß derartige Maßnahmen nicht nur als irrelevant beurteilt, kein reziprokes Verhalten auslösen, sondern neben der Enttäuschung des Sich-Freiwillig-Beschränkenden, dem Gegenüber lediglich das alte Mißtrauen in die finsternen Absichten des andern bestätigen. Sie können den gesamten Steuerungsprozeß diskreditieren.

Die sowjetische Reaktion gegenüber Präsident Carters ausdrücklichem Verzicht auf den Bau eines neuen strategischen Bombers und auf die Produktion der Neutronenwaffe oder später gegenüber dem Abzug von 1.000 taktischen Nuklearwaffen aus Westeuropa zeigen dieses ebenso wie das Echo, welches Breschnews Moratoriumsangebot vom Oktober 1979 oder der Abzug sowjetischer Panzer aus der DDR provozierte. Derartige freiwillige "constraints" sind entweder rein symbolisch und reizen daher nicht zu Konzessionen, welche über die eingelaufenen Verhandlungsstrukturen bisher nicht zu erreichen waren, oder aber derart eingreifend, daß sie das Sicherheitsgefühl der eigenen Seite berühren und damit Angst in der Bevölkerung bzw. Ablehnung im Parlament und im Bündnis hervor rufen. Auch liegt es im ostentativen Charakter einseitiger Schritte, daß sich ihre Autoren spektakulär an eine möglichst breite Öffentlichkeit wenden müssen, um Wirkung zu erzielen. Die unterschiedlichen Interessen der vielen Adressaten im eigenen wie neutralen Lager und auf der anderen Seite zwingen dann zu Argumentationen, welche die eigentliche Botschaft verdunkeln, ja unannehmbar werden lassen. Der gesuchte Gesprächspartner fühlt sich unter Druck gesetzt, vor allem, wenn der Eindruck entsteht, daß die Öffentlichkeit gegen die Regierung, einzelne Bundesgenossen gegen die Bündnispolitik oder die "Weltöffentlichkeit" gegen die andere Führungsmacht mit ihren Alliierten aktiviert werden sollen. Ein gutes Beispiel für derartige Situationen ist der gescheiterte Versuch Carters, im März 1978 die beiderseitigen Einschränkungen des SALT II-Abkommens erheblich zu verschärfen. Außenminister Vance sah sich in Moskau von vornherein in aussichtsloser Lage, da die Pressekonferenz in Washington am Vorabend vom Kreml als Indiskretion und Druckmittel empfunden wurde. Dabei hatte die Administration auf diese Weise nur die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit für ihre radikalere Steuerungspolitik gewinnen wollen.

Die nationalstaatlichen bzw. bündnisinternen Rüstungsprozesse lassen sich offensichtlich auf die Dauer nur kooperativ und auf weite Strecken nur bürokratisch in bi- und multilateraler Verständigung

* Nachdruck aus: Dieter S. Lutz/Erwin Müller (Hrsg.), Vertrauensbildende Maßnahmen, Baden-Baden 1982, S. 11-22 (Militär, Rüstung, Sicherheit, 18)

zwischen den Führungsmächten bzw. ihren Bündnissen steuern. Die offene Frage bleibt die nach den jeweils geeigneten Mitteln, Strukturen und Verfahren; diese müssen den wechselnden politischen, strategischen und technologischen Gegebenheiten angepaßt und für alle Akteure tragbar sein.

Das Dilemma besteht darin, daß Stabilitätsbemühungen und Sicherheitspolitik an dem Punkt ansetzen müssen, wo sich der systemare Antagonismus am bedrohlichsten manifestiert: im Rüstungsbereich. Es ist kein Zufall bzw. kein Zeichen bloßen bösen Willens, wenn bislang alle Versuche fehlschlagen, ein Junktum zwischen politischer, kultureller, wirtschaftlicher und sonstiger Kooperation zum militärischen Bereich herzustellen. Das östliche Prinzip der Friedlichen Koexistenz mit seiner Forderung nach "militärischer Entspannung" bei möglicher Erhaltung der Überlegenheit und das westliche Bestreben, die Rüstung kooperativ zu steuern, blieben parallel verlaufende Prozesse. Dennoch oder gerade deshalb bedarf KRSt der Vertrauensbildung durch konkrete Maßnahmen.

Vertrauen erwächst am ehesten, wenn Bedrohtheitsgefühle durch Einblicke in die Fähigkeiten und Absichten der anderen Seite bzw. bei vereinbarten Beschränkungen durch Verifikation der Vertragstreue abgebaut werden. Derartige Erkenntnisse lassen sich zwar auch mit Intelligence-Methoden oder durch nationale Aufklärungsmittel (NTM) verschaffen; doch bleiben diese Informationen begrenzt und einseitig. Sie lassen sich im Interesse des Quellenschutzes nur bedingt offenlegen und sind deshalb keine Unterlage für verbindliche Gespräche; sie schaffen in ihrer Undurchsichtigkeit eher Mißtrauen als Vertrauen. Daher bedeuten selbst die in der KSZE-Schlußakte relativ lose vereinbarten Maßnahmen aus mehreren Gründen einen ersten Schritt in die richtige Richtung; sie schaffen mit der Zeit politisches Gewohnheitsrecht und vermitteln Erfahrungen, die für kommende Vereinbarungen hilfreich sein können.

Der politische Wert der VBM liegt in der Tatsache, daß sie Umfang, Organisation und Bewaffnung der Streitkräfte nicht unmittelbar berühren, sondern nur die Verfügbarkeit der Verbände und Systeme, also ihre Aktivitäten und Dislozierungen in bestimmten Räumen eingrenzen. Sie geben den Beteiligten einen Überblick über die Routineausbildung des Gegenübers, gewähren Einblicke in die primär defensiven Militärstrategien, Übungsanlagen und Haltungen der Streitkräfte beider Lager und tragen durch persönliche Begegnungen zur Rationalisierung und Entideologisierung der Beziehungen bei. Sie erhöhen die beiderseitige Transparenz und machen dadurch Fehlbeurteilungen bzw. Fehlreaktionen unwahrscheinlicher.

Die Bedeutung der VBM für die KRSt steigt in dem Maße, wie technologische Innovationen den Rüstungsprozeß beherrschen und bisherige Steuerungskriterien außer Kraft setzen. Quantitative Stärkeangaben sagen immer weniger über die Effizienz von Streitkräften, zahlenmäßige Gegenüberstellungen kaum etwas über die Leistungsbilanz aus. Außerdem zeigt der Verlauf der Wiener Verhandlungen, wie schwer es ist, gemeinsame Zählkriterien für Streitkräfte verschiedener Struktur festzulegen. Die strategischen Implikationen rüstungstechnischer Entwicklungen sind nur noch im voraus und gemeinsam, d.h. in voller Kenntnis der Vorhaben der anderen Seite zu definieren. Dabei ist der Modernisierungsprozeß auf beiden Seiten unaufhaltsam und seine Steuerung schwierig, weil der Prozeß in beiden Bündnissen nach unterschiedlichen Konzepten und in aller Regel mit Phasenverschiebungen abläuft. Hier hilft nur "präventive" Rüstungssteuerung weiter, die weniger bei den bereits bestehenden Potentialen als bei den Rüstungsprogrammen ansetzt. Vor Produktionsbeginn und Einführung neuer Waffen sollten sich jedenfalls beiderseitige Verzichte, Verzögerungen oder Reduzierungen in der Planung leichter vereinbaren lassen. Der Abbau bereits eingeführter Systeme – wie z.B. der SS 20 – erregt den Widerspruch verschiedenster Interessenten, vor allem, da es sich meist um die modernsten Waffengenerationen handeln wird und nicht um bloße "bargaining chips". Auch ist die Verschrottung oft schwierig zu verifizieren, wenn man an die amerikanische Neutronenwaffe oder Bestände an biologischen wie chemischen Kampfmitteln denkt.

Das Ausmaß an beiderseitigem Vertrauen und an Risikobereitschaft, welches eine derart enge Kooperation voraussetzt und erfordert, ist allerdings erheblich und nach herkömmlichen Vorstellungen höchstens in bewährten Bündnissen zu erwarten. Es verlangt Vertrauen in die Rationalität und Zuverlässigkeit des Gegenübers, aber vor allem das Wagnis eigener Transparenz in den politischen Absichten, den Entscheidungsprozessen, den Strategien, den Streitkräften und der Rüstungsplanung. In klassischen Begriffen gedacht, geben die Staaten freiwillig zentrale Attribute ihrer Souveränität im Interesse gemeinsamer Sicherheit auf. Diesen Prozeß sollen die VBM erleichtern und begleiten.

2. Vertrauensbildende und Begleitende Maßnahmen in Europa

2.1. Der Verhandlungsstand

Sicherheitspolitisches Ziel der in der Schlußakte von Helsinki aufgeführten VBM ist es, auch durch nicht-obligatorische Vereinbarungen gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und zu stärken. Es sollen bestimmte Ursachen für neue Spannungen möglichst beseitigt und die Gefahr von bewaffneten Konflikten herabgesetzt werden. Die Handhabung der Vereinbarung differierte bei den sehr unterschiedlichen Sicherheitsvorstellungen in Ost und West und aufgrund des unbestimmten Verbindlichkeitsgrades erheblich. Ihre Anwendung durch die UdSSR war restriktiver als die der NATO bzw. der Neutralen und Blockfreien. Doch hat sich offensichtlich auch in Moskau die Erkenntnis vom Nutzen bzw. von der Ungefährlichkeit dieser Maßnahmen durchgesetzt.

Im Abschlusddokument des Belgrader Folgetreffens vom 8. März 1978 wurden VBM nicht ausdrücklich erwähnt und blieben als "die Sicherheit betreffende Fragen" dem Madrider Treffen vorbehalten, weil "über eine Anzahl dem Treffen unterbreiteter Vorschläge ... kein Konsens erreicht" wurde. Die westlichen Teilnehmer hatten die Ankündigung von Manövern über 10.000 Mann, die Verbesserung der Möglichkeiten für Manöverbeobachter, die Ankündigung militärischer Bewegungen über 25.000 Mann und die Offenlegung der Militärhaushalte vorgeschlagen. Sie befanden sich mit den beiden letzten Vorschlägen in voller Übereinstimmung mit den Neutralen und Blockfreien. Die sowjetische Haltung war gegenüber einer Erweiterung der VBM-Regelungen ausgesprochen defensiv und restriktiv. Moskau schlug lediglich die Begrenzung von Manövern auf 50.000 bis 60.000 Mann vor – eine Regelung, die nur mit der bisherigen NATO-Praxis kollidieren würde. Das Verbot des Ersteinsatzes atomarer Waffen und ein Beitrittsmoratorium für Bündnisse waren bekannte Themen, die auf dem KSZE-Folgetreffen nicht geregelt werden konnten, zumal der zweite Vorschlag auch im Widerspruch zum Prinzip I des Schlußdokuments steht, nach dem jeder Teilnehmerstaat Vertragspartner eines Bündnisses sein kann. Das Breschnew-Angebot vom 6. Oktober 1979 scheint jedoch eine Wende in der Beurteilung der VBM anzuzeigen. Es wird hier eine Verlängerung der Anmeldefristen auch für kleinere Manöver, die Ankündigung von Bewegungen über 20.000 Mann und eine Höchstgrenze von 40.000 bis 50.000 Beteiligten an Manövern zur Diskussion gestellt. Das Angebot, den Geltungsbereich der VBM bis an den Ural auszudehnen, kommt zwar einer Reihe westlicher Bedenken gegenüber dem bisherigen MBFR-Rahmen entgegen; doch stellen die bisher unpräzise gebliebenen Gegenforderungen auf Einbeziehung mehr oder weniger großer Teile des Atlantiks oder gar des nordamerikanischen Kontinents die Frage nach der Ernsthaftigkeit dieser Offerte.

Der Rüstungssteuerungsprozeß auf der SALT-Ebene ist dagegen weitgehend durch VBM geprägt, wenn sie hier auch – wie in Wien – als "Begleitende Maßnahmen" verhandelt werden. Dieser Prozeß begann in der Mitte der 50er Jahre mit einer Reihe von amerikanischen und sowjetischen Vorschlägen. Washington dachte an Luftüberwachung durch überlappende Radareinrichtungen und Austausch von Beobachtern wie von Informationen; Moskau schlug kernwaffenfreie Zonen und Einschränkungen von militärischen Aktivitäten vor. 1963 wurde der "heiße Draht" zwischen den Hauptstädten installiert, der 1971 eine Modernisierung erfuhr. Insgesamt erbrachten die Krisenmanagement-Abkommen das Test-Moratorium und den Test-Ban, die Open-Sky-Initiative, Maßnahmen zur Reduzierung der Risiken eines unbeabsichtigten Ausbruchs eines Atomkrieges und führten zu den Verträgen von 1972 über die Vermeidung und das Verhalten von/bei Zwischenfällen auf hoher See. Insbesondere die Regelungen zur Vermeidung von Angriffssimulationen von Flugzeugen/Schiffen kennzeichnen den Krisenmanagement-Charakter der VBM bei SALT.

Ihre Entwicklung hat auch permanente Strukturen wie das Standing Consultative Committee (SCC) entstehen und neue Problembereiche in die Verhandlungen einbeziehen lassen, die seit April 1977 durch 8 spezielle Arbeitsgruppen behandelt werden. Ebenso sind in diesem Zusammenhang die bilateralen Besuche von Militärdelegationen zu sehen. Frühzeitig wurden auch Dislozierungsaspekte (Raketen, ABM-System) einbezogen. Komplizierte Verifikationsprobleme erhalten zunehmend Bedeutung (MIRV, mobile ICBM, Cruise Missile, Backfire, nuklear- - im Unterschied zu konventionellbewaffneten Flugzeugen, Transparenz der Tests und dergleichen).

Bei SALT fällt es der UdSSR offensichtlich leichter, Regelungen einzugehen, die im Widerstreit zu ihren traditionellen Vorstellungen von Souveränität und Geheimhaltung stehen. Konzessionen gegenüber den USA erscheinen erträglicher und ratsamer, da sie den elitären Charakter der Weltmachtbe-

ziehungen unterstreichen und darüber hinaus eine sicherheitspolitische Notwendigkeit sind. Auf jeden Fall droht die einzig wirklich ernst zu nehmende Gefahr aus dem amerikanischen Arsenal. Ihr vorzubeugen, empfiehlt sich besonders, da ein Zusammenstoß der Weltmächte außerhalb Europas für die Zukunft nicht auszuschließen ist. Die entwicklungsbedingten Konflikte im Süden werden zunehmen und damit die Verpflichtungen, welche Moskau im Rahmen des proletarischen Internationalismus sieht. Hieraus können trotz aller Vorsicht beider Seiten Konfrontationen entstehen, die auch militärischen Charakter annehmen.

Die erheblich reserviertere Haltung Moskaus gegenüber VBM im Rahmen der KSZE und der Wiener Verhandlungen erklärt sich wahrscheinlich aus dem multilateralen Charakter dieser Abkommen, den damit schwerer vorauszusagenden politischen Folgen einzelner Maßnahmen, aber auch den sowjetischen Vorstellungen vom hierarchischen Charakter der auswärtigen Beziehungen. Die in der WTO unterschiedliche Einladungspraxis von Manöverbeobachtern wie die mit den Prinzipien der Schlußakte begründete neue Verteidigungsstrategie Rumäniens deuten auf Entwicklungen, die dem Kreml nicht wünschenswert erscheinen können. Im übrigen dürften die Aussichten auf Bündnis-zu-Bündnis-Vereinbarungen dieser Art – also im MBFR-Rahmen – noch größer sein als auf Fortschritte bei den KSZE-Treffen.

Die UNO-Sonderversammlung für Abrüstung und die von ihr initiierten Studiengruppen wirken höchstens atmosphärisch auf die Rüstungssteuerung in Europa. Immerhin lenkte sie das Interesse der Weltöffentlichkeit erneut auf die Gefahren und Kosten eines unkontrollierten Wettrüstens und verstärkte damit den Erfolgsdruck auf die in Genf (SALT/LRTNF) und Wien (MBFR) verhandelnden Regierungen. Die in New York beschlossene Re-Aktivierung der ebenfalls in Genf tagenden Abrüstungskonferenz (CD) und ihre Öffnung für alle Kernwaffenbesitzer kann sehr wohl die Verhandlungen über den vollständigen Stop aller Nuklear-Tests (CTB) beschleunigen und damit den Innovationsprozeß auf dem Kernwaffengebiet mittelfristig verlangsamen. Bindende Beschlüsse verbot der Charakter der Sonderversammlung; aber auch die Vollversammlung für Abrüstung, wie sie im Juni 1982 zum zweiten Mal stattfinden wird, scheint bei der Divergenz der dort vertretenen Interessen nicht der Ort zur Regelung detaillierter Fragen. Die mehrjährige Diskussion über eine Vereinbarung von Kürzungen der Verteidigungshaushalte ist hierfür ein gutes Beispiel. Bisher konnte man sich weder über die Maßstäbe noch die Verfahren einigen; die Frage der Verifikation blieb auch hier unbeantwortet.

Im Gegensatz zu Abkommen über Maßnahmen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung (GCD), die eindeutig Sache der UNO sind, jedoch seit den wenig glücklichen Initiativen der Weltmächte in den 50er Jahren auf absehbare Zeit keine Chancen haben dürften, gewinnen die regionalen Übereinkünfte größere Bedeutung.

Es bleibt abzuwarten, zu welchen Ergebnissen die zur Diskussion stehende Konferenz für Abrüstung in Europa führt. Nach dem französischen Vorschlag vom Mai 1978 sollen in ihrer ersten Phase vereinbart werden:

- Maßnahmen gegenseitiger Unterrichtung wie Austausch von Daten über Großverbände und Militärhaushalte.
- Anti-Überraschungs-Maßnahmen wie Ankündigung von Manövern, Bewegungen und Mobilmachungsübungen.
- Stabilisierungs-Maßnahmen wie Höchstgrenzen von Manöverbeteiligung und der Betrieb einer Luft- und Satellitenüberwachung.

Erst die Phase II der vorgeschlagenen Konferenz soll zu einer Verringerung der wichtigsten konventionellen Waffen führen.

Als alternative Verhandlungsgegenstände bieten sich also eine Vielzahl von Maßnahmen an, die insgesamt dazu beitragen könnten, die mangelnde Transparenz in den militärischen wie politischen Konzepten und Strategien abzubauen, herkömmliche machtpolitische und militärstrategische Denkstrukturen abzulösen und eine Rationalisierung der Beziehungen, also größere Krisenfestigkeit zu erreichen. Die jeweilige Entscheidung, welche Maßnahmen am besten geeignet sind, die Bedingungen für die KRSt zu fördern, hängt wesentlich von der Analyse der bestehenden Beziehungen und der Wirksamkeit bereits getroffener Maßnahmen ab.

2.2. Möglichkeiten der Weiterentwicklung

Ich möchte einige Maßnahmen zur Diskussion stellen, die für den Fortgang des Steuerungsprozesses in Mitteleuropa Bedeutung haben können:

2.2.1. Die Übertragung bzw. der Zuschnitt der bereits erwähnten VBM der KSZE auf den Reduktionsraum MBFR. Hierbei wäre zu denken an:

- eine obligatorische Verpflichtung anstelle der bisherigen Freiwilligkeit der Maßnahmen.
- Verlängern der Anmeldefristen für Manöver und Bewegungen mit dem Ziel, routinemäßig die Jahresübungspläne beider Seiten auszutauschen.
- Herabsetzen der Gesamtstärken, die Manöver und Bewegungen ankündigungspflichtig machen – insbesondere für solche in Grenznähe.
- Ankündigung auch kleinerer Manöver, die zur gleichen Zeit in einem bestimmten Raum stattfinden und insgesamt Divisionsstärke erreichen.
- Angabe der teilnehmenden Verbände nach Standort und Bezeichnung ihrer organisatorischen Zugehörigkeit bis herab auf eine vertretbare Führungsebene wie z.B. Bataillon.
- Ankündigung von Einsatzübungen von und mit Sonderwaffen wie Nuklearwaffenträger, elektronische Störungssysteme u.ä.
- Einbeziehung von See- und Luftmanövern bzw. -bewegungen in Analogie zu den bilateralen Abkommen über die Vermeidung von Zwischenfällen auf See.
- Multilateralisierung der Einladungen und Richtlinien für die "Verfahren und Bedingungen" der Manöverteilnahme im Beobachterstatus.
- Ankündigungspflicht der Personalschübe bei Rotationen und des Austausches von Großgerät.

2.2.2. Die Einrichtung eines Verifikationsverfahrens, dem zunächst nur die Stationierungsstreitkräfte der Staaten außerhalb des Reduktionsraumes unterliegen. Es genügen also Zugangs- und Abgangskontrollen an vereinbarten Bahnhöfen, Straßenpunkten, Häfen und Flugplätzen.

2.2.3. Die Einrichtung einer gemischten Kommission, die nach dem Muster des SCC von SALT I dem Informationsaustausch dient, die Einhaltung von Vertragsbestimmungen erörtert, Vorschläge zur Verbesserung des Vertragstextes entwickelt und eine Datenbank für den Austausch sensibler Informationen führt.

Diese Kommission wäre auch als Kern einer internationalen Struktur zu verstehen, mit der die Weltmächte und Bündnisse im Sinne der präventiven KRSt ihre Rüstungsvorhaben frühzeitig steuern, d.h. einander im Sinne der Erhaltung und Optimierung der strategischen Stabilität angleichen.

2.2.4. Der spätere Ausbau der Verifikationsstrukturen zur Kontrolle der im Reduktionsraum heimischen Truppen. Spätestens hier, wäre die Mitbeteiligung von neutralen und bündnisfreien Regierungen zu erwägen. Sie haben ein berechtigtes Interesse, den Steuerungsprozeß zu beobachten und können gerade in heiklen Situationen eine klärende Rolle spielen. Die Verifikationsorgane können und sollten zugleich mit Krisenmanagement beauftragt werden.

2.2.5. Die Entwicklung von Regeln für die Friedensdislozierung bestimmter Verbände und Systeme, welche Überraschungsaktionen erschweren, jedenfalls ihren Charakter unzweideutig erkennen lassen und so die Vorwarnzeit verlängern würden.

2.2.6. Übereinkünfte im Bereich militärischer Doktrinen und Strategien, die präemptives Handeln theoretisch ausschließen und damit erschweren bzw. unnötig machen

2.2.7. Moratorien, um Waffensysteme von bestimmter technologischer Art oder von bestimmter Funktion zeitweise einzufrieren – besser: gar nicht erst einzuführen – und diese so zum Gegenstand von Verhandlungen zu erheben.

2.2.8. Entwicklung von gemeinsamen Haushaltsstrukturen, die auch den objektiven Vergleich der Verteidigungsetats verschiedener Jahre desselben Landes ermöglichen.

2.2.9. Austausch von militärischem Personal zu längerem Aufenthalt an Schulen und Truppenteilen.

2.2.10. Vereinbarungen über gegenseitige bzw. gemeinsame Hilfe für Dritte bei Großkatastrophen durch Abstellen geeigneter Verbände wie Transport-, Pionier- oder Sanitätseinheiten.

3. Perspektiven

Rüstungskontrolle ist ein gemeinsamer politischer Lernprozeß und wird nur bei kooperativer Anwendung positive Ergebnisse erzielen. In ihm gilt es, die ideologischen, sicherheitspolitischen und strategischen Konzepte an die heutige Wirklichkeit anzupassen und in einer gradualistischen Verbreiterung wie Intensivierung der VBM ein Optimum an Sicherheit zu gewährleisten.

Vertrauen im sicherheitspolitischen Zusammenhang setzt eine politische moralische Haltung voraus, die weder vereinbart noch instrumentell konstruiert oder herbeigeführt werden kann – vor allem nicht zwischen Systemen, die sich als antagonistisch verstehen. In der Schlußakte von Helsinki wurde bezüglich der VBM lediglich eine gemeinsame, aber vage Absicht proklamiert. Ohne Verbindlichkeit für die Akteure und unter Verzicht auf die Möglichkeit, selbst bei Ausbleiben des gemeinsam angestrebten Vertrauens wenigstens größere Transparenz erreicht zu haben, wurde ein Instrument geschaffen, das zwar Vertrauen begründen, aber auch zusätzliches Mißtrauen und Enttäuschung hervorrufen kann. Man war davon ausgegangen, daß die Konsequenz für die Nichterfüllung von VBM eben darin lag, daß kein Vertrauen entstand. Dieser maximalistisch erscheinende Ansatz hat nur unbefriedigend zur Vertrauensbildung beigetragen: beide Seiten sind geneigt, weniger die tatsächliche Ausführung von VBM zu beachten als den Umfang jener Maßnahmen, welche die Gegenseite nicht transparent zu machen bereit ist.

Es gibt keinen durch den Verhandlungsgegenstand begründeten Anlaß, auf eine völkerrechtliche Kodifizierung von VBM zu verzichten, die in jedem Falle eine gewisse Transparenz festschreiben und allein dadurch ein Minimum an Stabilität sichern kann; es besteht sogar eine legitime Hoffnung, daß die kontinuierliche Ausübung vereinbarter Maßnahmen ein erhöhtes Maß an Vertrauen fördert, ihre plötzliche Unterbrechung jedoch eine unmißverständliche Warnung bedeutet. Doch wäre es falsch, insbesondere zu Beginn des KRSt-Prozesses, auf der vertraglichen Fixierung zu bestehen. Entscheidend bleibt die unmißverständliche Definition konkreter und nachprüfbarer Maßnahmen.

Politisches Vertrauen in die Verlässlichkeit der Gegenseite bedarf der Erfahrung und der Zeit. Allein durch beiderseitige Bewährung kann Vertrauen entstehen. Beide Parteien müssen sich aufgrund freier Willensentscheidung zur Einsicht durchringen, daß Sicherheitspolitik und das Bemühen um militärische Stabilität an Grenzen stoßen, die ohne Einbuße an allerdings niemals einklagbarem Vertrauen nicht überschritten werden dürfen. Wenn das Ziel einer Politik somit nicht qua Vertragserfüllung allein erreicht werden kann, so bleibt dennoch die Möglichkeit, sich über Mittel und Wege zu einigen, die das Ziel der Vertrauensbildung fördern. Sie eröffnen ein weites Feld operationalisierbarer Maßnahmen, die entweder in uni-, multi- oder bilateralen Absichtserklärungen niedergelegt werden können, aber auch als völkerrechtlich verbindliche Verträge Normen setzen und Handlungsanweisungen aussprechen.

So sollten VBM im Bereich der Verhandlungsdiplomatie nicht primär die Bildung gegenseitigen Vertrauens anvisieren, sondern zunächst den bescheideneren Anspruch verwirklichen helfen, die Grundlage für die Überwindung des politischen und professionellen Mißtrauens und damit für die Bildung von Vertrauen zu erweitern. Das hieße, daß die heute noch unverbindlichen Absichtserklärungen Schritt für Schritt zu völkerrechtlich bindenden Verträgen weiterentwickelt werden. Allein die Bindung an gültige Verträge und die drohende internationale Sanktion eines Vertragsbruchs kann eine größere Regelmäßigkeit im Offenlegen militärischer Potentiale und ihrer Organisation garantieren. Dabei sind zunächst weniger das Ausmaß der Maßnahmen oder die Frage von Bedeutung, ob der Rüstungsprozeß effektiv steuerbar gemacht wird. Nach den zurückliegenden Erfahrungen scheint es wichtiger, Instrumente zu entwickeln, mit denen ein tragfähiger Konsens hergestellt werden kann. Die Einbindung der Parteien in konsensbildende Mechanismen ist zukunftsreicher als die Zustimmung zu kurzlebigen Vereinbarungen. Über die Gewöhnung an ein fest vereinbartes Prozedere besteht schließlich die Chance einer effektiveren Bildung von Vertrauen durch Praxis.

Belastbares und krisenfestes Vertrauen läßt sich jedoch nicht allein auf sicherheitspolitischem Gebiet und mit militärischen Mitteln entwickeln. Dafür sind die ideologischen, macht- und ordnungspolitischen Konflikte und die daraus resultierenden Bedrohtheitsgefühle zu vielfältig und zu drängend; ein erheblicher Teil der Bevölkerung in West wie Ost sieht wohl die Kriegsgefahr als sekundär an. Daher stellt sich die dringende Frage nach den nichtmilitärischen VBM. Doch auch hier werden noch so sachgerechte Maßnahmen zwar Fehlentwicklungen erschweren und klimatische Verbesserungen be-

günstigen, doch läßt sich die entscheidende entspannungspolitische Wende nur durch konsequente Kooperation auf möglichst vielen Gebieten und Ebenen erreichen. Sie erst hilft erkennen, daß allen Antagonismen zum Trotz eine Reihe existentieller Probleme besteht, die nur gemeinsam geregelt werden kann. Dieses Bewußtsein des Aufeinander-Angewiesen-Seins dürfte die beste Voraussetzung für die Entwicklung gesicherter friedlicherer Beziehungen sein. Die mit Interdependenz allerdings entstehenden Konflikte und Ängste lassen sich nur bei unbezweifelnder strategischer Stabilität ertragen und regeln.

INSTITUT FÜR FRIEDENSFORSCHUNG
UND SICHERHEITSPOLITIK AN DER
UNIVERSITÄT HAMBURG

18. Januar 1982

Anlage 7

Wolf Graf von Baudissin

Sicherheitspolitische Probleme zur Erhaltung des Friedens

Referat

Studiengesellschaft für praktische Psychologie

7.-9. Oktober 1983 in Bad Pyrmont

Am 29. Oktober 1954 hatte ich in Essen willkommene Gelegenheit, vor der STUDIENGESELLSCHAFT über "Probleme praktischer Menschenführung in zukünftigen Streitkräften" zu referieren. Damals konnte ich vor Ihnen das Konzept der Inneren Führung entwickeln, das bis in unsere Tage selbst unter Soldaten umstritten blieb, obwohl sich der Deutsche Bundestag in der Wehrgesetzgebung eindeutig mit seinen Leitlinien identifizierte. Das Thema ist also auch nach 29 Jahren noch immer aktuell.

Heute nun soll ich etwas aus meinem jetzigen Arbeitsfeld, der Friedens- und Konfliktforschung, berichten. Sie beschäftigt sich in der Tat mit Problemen, die Teil der "seelischen Nöte in unserer Zeit" sind.

Zum Vortragsthema

Vielleicht hätte ich präziser formulieren und meine Ausführungen unter den Titel setzen sollen: "Sicherheitspolitische Probleme bei der Entwicklung friedlicherer Beziehungen zwischen Ost und West. Es wäre dann deutlicher geworden, daß in Europa zwar nicht Frieden, aber immerhin gesicherter Nicht-Krieg herrscht; daß Frieden nicht spontan von heute auf morgen entsteht, wenn nur die Politiker es wollten; daß vielmehr ein langwieriger Prozeß auf eigentlich allen Ebenen menschlicher Existenz stattfinden muß, in dessen, von manchem Rückschlag unterbrochenem Lauf, allmählich friedlichere Beziehungen zwischen den Staaten und Gesellschaften wachsen können. Dieser Prozeß wirft auch sicherheitspolitische Probleme auf, von denen ich später sprechen werde.

Totale und objektive Sicherheit gibt es auf dieser Erde nicht. Der Versuch, sie durchzusetzen, geschieht stets auf Kosten der anderen. Politisch zählt das **G e f ü h l**, sicher oder bedroht, hinreichend geschützt oder aber ungeschützt zu sein. Gründe und Motive für die jeweilige Einstellung und Erwartung liegen weniger in Fakten als im Selbstverständnis bzw. dem Umweltverhältnis der fraglichen Individuen, Gruppen und Gesellschaften. Das Gefühl überlegener, zumindest hinreichender Stärke der eignen Seite bzw. das Vertrauen in den guten Willen sowie die Berechenbarkeit der wichtigsten Opponenten läßt sicher fühlen, gegenteilige Haltungen und Befürchtungen verunsichern und schüren Ängste.

Sicherheitspolitik soll Gefährdungen vorbeugen bzw. dazu befähigen, sie erfolgversprechend abzuwehren. Um aber Maß, Intensität und Zeitpunkt schädigender und feindseliger Akte und damit auch die entsprechenden Gegenmaßnahmen sachgerecht abschätzen zu können, müssen die Verantwortlichen um eine möglichst wirklichkeitsnahe Sicht der politischen Gegebenheiten und Möglichkeiten bemüht bleiben. Vorsorge gegen alle denkbaren Bedrohungen entspringt einem – bzw. fördert ein – Worst-case-Denken; es behindert die Entwicklung friedlicherer Beziehungen und erhöht damit die Unsicherheit für alle Beteiligten. Soll Vorsorge mehr erreichen, als dem möglichen Feinde größere Nachteile in Aussicht zu stellen als er sich Gewinne erhoffen kann, droht sie ihm also einseitige Bestrafung oder gar Vernichtung an, erhöht dies den Preis außerordentlich, ohne die Gefahren tatsächlich zu bannen. Rationale Sicherheitspolitik wird sich also bewußt auf Vorsorge gegen die politisch wahrscheinlichen und technologisch möglichen Bedrohungen beschränken, und zwar mit einem Minimum an Gegenmitteln. Jedes Mehr gefährdet die innere und äußere Stabilität. Kritische Distanz gegenüber

impulsiven Sicherheitsforderungen der eigenen Seite ist ebenso geboten wie Verständnis für die Bedrohtheitsgefühle der Gegenseite. Die wachsende Interdependenz hat uns auch zu Partnern auf diesem Gebiet gemacht.

Die Sicherheit hochentwickelter Industriestaaten, vor allem westlicher Prägung, ist heute vielfältig bedrohbar: ideologisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich, macht- und ordnungspolitisch. Auf jedem Sektor gibt es spezifische Verwundbarkeiten und Gegenmittel. Die Wurzeln der Gefährdungen liegen häufig im eigenen System und werden gerade dadurch zur Gefahr, daß man die Urheber im anderen Lager sucht, die Therapie also falsch ansetzt.

Ich möchte meine Ausführungen bewußt auf die Bedrohungen einengen, die vom militärischen Instrumentarium ausgehen. Dies ist der sicherheitspolitische Sektor, der heute im Mittelpunkt der Diskussion steht – von mir aus bedauerlicherweise und als Folge weitgehender Überbewertung der faktischen Einsatzmöglichkeiten gerade der Waffen verheerendster Wirkung. Die Ohnmacht der Nationalstaaten, die Verwundbarkeit ihrer Gesellschaften und nicht zuletzt die Wirkung heutiger Waffen hat eben eine neue Lage geschaffen. Kriegerischer Konfliktaustrag verlor jeden politischen Sinn. Dessen ungeachtet wirken qualitative oder quantitative Veränderungen eines bestehenden Kräfteverhältnisses, die Einführung technologisch neuer Systeme oder der ein- bzw. beiderseitige Verzicht auf bestimmte Modernisierungen eminent politisch. Während ähnliche Maßnahmen in vor-nuklearen Zeiten vor allem taktische, logistische, strukturelle und ausbildungsmethodische Konsequenzen für die Streitkräfte hatten, beeinflussen sie heute tiefgreifend bereits die Militärstrategie. Die Abschreckung trat als Kriegsverhütungskonzept an die Stelle der Offensive und Defensive, wie sie Clausewitz noch entwickelte. Darüber hinaus haben diese Maßnahmen ganz erhebliche Einwirkungen auf die Innen-, Sicherheits- und Bündnispolitik, auf die Kooperative Rüstungssteuerung und auf den Entspannungsprozeß. Fragt man nach ihren speziellen Folgen auf den verschiedenen Ebenen, steht man im Zweifelsfall vor widersprüchlichen Antworten. Was sich taktisch empfiehlt, mag strategisch fragwürdig, rüstungssteuerlich sogar grundverkehrt sein – z.B. bei Nicht-Verifizierbarkeit einer Waffe nach Zahl und Qualität. Was innenpolitisch opportun wäre, kann bündnispolitisch destabilisierend wirken, wie z.B. die einseitige Aufkündigung eines Bündnisbeschlusses, der mit allseitigen Kompromissen in mehrjährigen Konsultationen zustande kam. Auch kann eine einseitige Vorleistung, die wegen ihres angeblich bloßen Symbolcharakters von der anderen Seite nicht honoriert wird, das internationale Mißtrauen verstärken; veränderte sie dagegen – objektiv oder subjektiv – das Kräfteverhältnis, würde damit sogar die Stabilität des Bündnisses oder der Gesellschaft tangieren.

Die Zustimmung oder Ablehnung einer bestimmten Maßnahme hängt letzten Endes von der sicherheitspolitischen Zielsetzung bzw. von den grundsätzlichen Erwartungen ab. Geht man – aus welchen Gründen auch immer – von der Unvermeidbarkeit von Kriegen aus, ist es nur konsequent, sich auf Verteidigung, also eine Kriegführungsstrategie, einzustellen und das Instrumentarium auf weitmögliche Schadensbegrenzung einzurichten. Die militärischen – insbesondere taktische – Gesichtspunkte überwiegen dann logischerweise in der Lagebeurteilung.

Wer jedoch ein Minimum an Rationalität und Lernfähigkeit bei den politischen Eliten beider Seiten voraussetzt, wird zu allem raten, was die gegenseitige Abschreckung glaubwürdig macht und damit jede Art von Krieg – zumindest in Europa – so unwahrscheinlich wie nur möglich werden läßt. Je eindrucksvoller die Folgen des ersten Schusses sind, d.h. je klarer die Alternative ist: baldige Wiederanerkennung des *status quo ante* oder Totalkatastrophe, um so unwahrscheinlicher wird der Entschluß zur Kriseneskalation in kriegerische Intensitäten.

Die Kriegführungstendenz, die selbstverständlich keinen Krieg beginnen will, sondern nur einen aufgezwungenen zu noch erträglichen Bedingungen beenden möchte, schließt in ihrer Logik Bevölkerungsschutz und Kriegsbevorratung jeder Art ein, hingegen Kernwaffen und andere Massenvernichtungssysteme aus.

Die Kriegsverhütungsschule setzt dagegen primär auf politische Faktoren, nämlich auf Glaubwürdigkeit der Bündnissolidarität und Fortschritte im Entspannungs- und Rüstungssteuerungsprozess. Rein militärisch geht es hier mehr um die deutliche Demonstration des Aggressionsrisikos und weniger um die Fähigkeit, dem Angriff längere Zeit standzuhalten. Eine gewisse Unterlegenheit im konventionellen Bereich wird sogar in Kauf genommen, weil diese Verwundbarkeit die Eskalation in nukleare Intensitäten wahrscheinlicher und damit die Abschreckung glaubwürdiger macht.

Zur Friedens- und Konfliktforschung

Die Sehnsucht nach Geborgenheit und Sicherheit, nach Konsens in der kleineren und größeren Gruppe ist wohl so alt wie die Menschheit. Doch zeigt ein Blick in die Geschichte, daß es Frieden bisher nur selten und lediglich für kurze Perioden gab; bei näherem Hinsehen stellt sich sogar heraus, daß der zwischenstaatliche Nicht-Krieg häufig erst durch interne Unterdrückung ermöglicht wurde. Pazifismus ist also zwar ein neuer Begriff, aber eine sehr verständliche und als Mahnung notwendige Bewegung; sie speist sich aus recht heterogenen und jahrhundertealten christlichen, humanitären und aufklärerischen Wurzeln.

Friedenswissenschaft ist demgegenüber ein neuer Ansatz, wenn auch keine spezielle Disziplin. Den Anstoß gab der Erste Weltkrieg und die durch ihn geförderte Erkenntnis, daß ein moderner Krieg keine Sieger, sondern nur noch Verlierer zurücklasse. Man sah in den Regierungen die Instanzen, die über Krieg und Frieden bestimmen, und versuchte, durch politische und völkerrechtliche Vorkehrungen kriegerischen Konfliktaustrag unnötig bzw. strafbar zu machen. Völkerbund, Kriegsächtungsverträge und Abrüstungskonferenzen waren die Instrumente, die damals entwickelt und angeboten wurden.

Das Scheitern dieser Institutionen bzw. die Schrecken und Verluste des Zweiten Weltkrieges und nicht zuletzt die Entwicklung der Kernwaffen forderten neue Überlegungen und einen verbreiteten Ansatz. Auf diesem Boden entwickelte sich die Friedens- und Konfliktforschung. Sie sucht die Ursachen für Gewaltanwendung nicht allein bei den Staaten, sondern auf allen Ebenen menschlicher Existenz: vom Individuum über die familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Gruppen bis hin zum internationalen Beziehungsgeflecht. Sie stellt sich zur Aufgabe, Gründe, Motive, Anlässe, Abläufe und Ergebnisse bestimmter Konflikte zu analysieren und entwickelt aus diesen Erkenntnissen Konzepte, Modelle und Strategien zu ihrer möglichst gewaltfreien Regelung. Dabei arbeiten – je nach Projekt – Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaftler zusammen, was freilich Methodenprobleme aufwirft.

Es gibt zwar keine gemeinsame Definition für "Frieden", doch Konsens darüber, daß kriegerischer wie jeder andere gewalttätige Konfliktaustrag weder ein unüberwindbares Naturgesetz noch fester Bestandteil menschlichen Lebens sei; daß es sich vielmehr – wie bereits erwähnt – um ganz bestimmte Haltungen, Erwartungen und Ideologien handelt, welche Gewaltanwendung legitimieren.

Eine "utopische" Schule verspricht Frieden in und zwischen den Gesellschaften, sobald die "strukturelle" Gewalt endgültig überwunden sein wird, d.h. falls alle zwischenmenschlichen Abhängigkeiten aufgehoben werden und ein jeder die uneingeschränkte Möglichkeit zur Selbstentfaltung hat. Hier geht es also um den Entwurf einer grundlegend neuen Gesellschaft, für die sich bislang allerdings nicht einmal Ansätze erkennen lassen.

Die "pragmatische" Richtung der Friedens- und Konfliktforschung hält den Menschen für lernfähig und damit die gegebenen Gesellschaften für entwickelbar. Sie rät nicht zu Verdammung und Unterdrückung der Gegensätze, weil dies nur neue schaffen und die bereits bestehenden steigern würde. Sie sieht sogar in Konflikten den Motor für notwendige Veränderungen. Generell geht es bei diesem Ansatz um Anerkennung der Konflikte, um Humanisierung und Rationalisierung ihres Austrags nach verbindlichen Normen und Regeln.

Doch Gewaltverzicht – und damit stehen wir vor einer wichtigen Quelle unserer seelischen Nöte – hat seine Kehrseite: er verlangt zugleich den Verzicht auf radikale, schnelle und "klare" Lösungen, auf die Durchsetzung verlockender Patentrezepte und verlangt auch Verzicht auf die Verwirklichung ideologisch-perfekter Wunschziele. Eindeutige Lösungen sind leider stets gewaltsame; Gewaltverzicht fordert dagegen Begnügung mit schrittweisen, kompromißbelasteten Regelungen, die am Ende alle Beteiligten in irgendeiner Weise unbefriedigt lassen. Es ist daher auch kein Zufall bzw. nicht immer nur böser Wille, wenn Menschen in gefährdeten oder unübersichtlichen Situationen versucht sind, zu Gewalt zu greifen bzw. Sympathie für bestimmte Gewalttäter zu empfinden und zu bekunden. Das ist zwar verständlich, zeigt aber einmal mehr, daß nur der Konfliktfähige friedensfähig ist. Nur er begreift, daß Konflikte Ausfluß unserer Individualität und divergierender Interessen sind, daß der jeweilige Gegner zumindest subjektiv ein gleiches Recht auf Vertretung seiner Position besitzt und daß der in aller Regel frustrierende Regelungsprozeß der Preis für Frieden ist.

Die Friedens- und Konfliktforschung unterstreicht also die Schwierigkeiten, welche der Friedenserhaltung und Weitergestaltung innewohnen. Ihre Erkenntnisse warnen vor idyllischen Illusionen; denn Frieden bleibt nun einmal ein unabsehbarer und niemals endender Prozeß voller Rückschläge und Umwege. Diese Erfahrung macht auch die Forschung selbst. In ihrem praxeologischen Ansatz gerät sie immer wieder zwischen die politischen Fronten.

Bedingungen für Frieden und Sicherheit

Wer über Frieden und Sicherheit nicht nur theoretisch-idealistisch, also unverbindlich nachsinnt, sondern einen Beitrag zur Entwicklung friedlicherer Beziehungen leisten will, muß, wie bereits gesagt, von einem möglichst realistischen Bild der Umwelt ausgehen. Illusorische Erwartungen und entsprechende Aktionen verstärken im Zweifelsfall den Unfrieden; sie führen ins Abseits und zu Konflikten mit der Wirklichkeit. Auch dies gehört zu den selbstgefertigten Beiträgen seelischer Not. Warnende Beispiele liegen – zumal für uns Deutsche – auf der Hand: ein idealistischer, nationalistischer Heroismus trieb Europa in den Ersten, die schwammige NS-Ideologie lockte das Deutsche Reich in den Zweiten Weltkrieg. Beide Male ging man von grundfalschen Voraussetzungen aus und versprach einen Frieden, der den Namen nicht verdient.

Die Menschheit unserer Zeit leidet unter Veränderungen bisher nicht gekannter Intensität, Geschwindigkeit und Ausstrahlung. Traditionen, Erwartungen und überkommene Verhaltensnormen, Familien- und Berufsstrukturen, das Verhältnis zu Nachbarstaaten sind von Grund auf in Frage gestellt. Das macht hilflos, ungeduldig, verzweifelt und gewalttätig – d.h. denkbar unfriedlich.

Am deutlichsten zeigt sich diese Erscheinung in der Dritten und Vierten Welt. Hier vollzieht sich der Wandel überstürzt und überrumpelt Menschen, die denkbar schlecht auf ihn vorbereitet sind. Die ohnehin kümmerlichen Lebensbedingungen im Süden verschärfen sich ständig durch Bevölkerungsexplosion, unzureichende landwirtschaftliche Produktion, konkurrenzunfähige Industrie und eine katastrophale Staatsverschuldung. Die Zahl der dortigen Kriege wirft ein Licht auf die erschreckend geringe Konfliktfähigkeit zwischen den jungen Staaten und der oft noch von Stammesfehden beherrschten Gesellschaften. Je nach Rechnungsart kommt man seit 1947 auf 150 - 300 gewalttätige Auseinandersetzungen; ihre Menschenopfer und Zerstörungen liegen weit über denen des II. Weltkrieges in Europa. All diese Katastrophen ereignen sich nicht etwa "fern in der Türkei"; sie gehen die Industrieländer unmittelbar an, insbesondere die des Westens. Der Norden braucht Rohstoffe und Märkte, der Süden Entwicklungshilfe in mancherlei Form sowie Absatz für seine Produkte. Es liegt nahe, die Ost-West-Kategorien auf den Süden zu übertragen und damit folgenreiche Verpflichtungen zu begründen. Vor allem waffenliefernde Staaten werden schnell als Partei in die regionalen Kriege hineingezogen.

Werfen wir einen kurzen Blick auf den Westen. Auch hier scheinen Konfliktfähigkeit und gesellschaftlicher wie internationaler Konsens über sicherheitspolitische Fragen abzunehmen. Besonders deutlich wird diese Entwicklung in der Bundesrepublik. Nicht mehr der Stolz und die Zuversicht der Aufbruchsgeneration der 50er Jahre bestimmen das Klima; die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die rasante Entwicklung bestimmter Technologien wecken Ängste und ernste Zweifel an der Richtigkeit des bisherigen Weges, ja an der Angemessenheit der im Grundgesetz statuierten Entscheidungsverfahren. Längst als überwunden erachtete Tendenzen der frühen Jugendbewegung wie Nationalismus, anti-westlerische Attituden und Kulturpessimismus erwachen zu neuem Leben.

International gesehen, schließen die wachsenden Schwierigkeiten nicht enger zusammen. Interne Unsicherheit verleitet zu sachwidriger, auf Abgrenzung bedachter Außen- und Wirtschaftspolitik. Die Unterschiede der Weltmachtinteressen zu denen der verbündeten Mittel- und Kleinstaaten treten deutlicher hervor. Dies trifft im Grunde für West wie Ost zu, wenn es auch für das sowjetische Imperium – nicht zuletzt aus ideologischen Gründen – schwerer zu ertragen ist. Der technologische Abstand der UdSSR zu den USA fiel wieder auf den Stand von 1953 zurück; die Versorgungsschwierigkeiten nehmen auf allen Gebieten zu. Soziale Verfallserscheinungen deuten auf schwindende Motivationskraft und abbröckelnde Attraktivität des Marxismus-Leninismus; dies beflügelt die Autonomieansprüche der Nicht-Russen, die immerhin über 50 % der sowjetischen Bevölkerung ausmachen. Sicherheitspolitisch scheint sich die alte Einkreisungsangst neu zu beleben, wenn auch höchst belastende Rüstungsanstrengungen ein für die UdSSR eher günstiges Kräfteverhältnis zur anderen Weltmacht und dem westlichen Bündnis geschaffen haben.

Nach kurzer Entspannungsphase sind Ost und West wieder in die Konfrontation zurückgefallen. Zwar herrscht nicht mehr der Kalte Krieg der ersten Nachkriegsperiode, sondern etwas, das man als "unterkühlter Friede" bezeichnen kann; Gespräche gehen weiter; manche Verbindung ist unter-, aber nicht abgebrochen. Die Gründe für diesen Klimawechsel sind in unerfüllten Erwartungen beider Seiten zu suchen. Moskau hoffte vor allem auf kräftige Entwicklungshilfe, Washington auf sowjetische Zurückhaltung auch außerhalb Europas. Nicht zuletzt dürfte der interne Preis für die externe Entspannung eine Rolle gespielt haben. Das Verblässen der Feindbilder belebte die bislang verdeckten inneren Konflikte in den Gesellschaften wie in den Bündnissen. Insgesamt erleben wir eine Periode innerer und damit auch äußerer Verunsicherung. Das schwindende Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten läßt die der anderen Seite überschätzen bzw. rät dazu, offenkundige Schwachstellen des Gegenübers auszunutzen bzw. ihm die Schuld an den eigenen Schwierigkeiten zuzuschieben. In dieser zwischen Ost und West zwar – rein militärisch – faktisch stabilen, aber psychologisch belasteten sicherheitspolitischen Situation ist Friedenspolitik nicht gerade einfacher geworden. Zu ihr gibt es jedoch keine Alternativen.

Zur sicherheitspolitischen Situation im Norden

Der ersten Entspannungsphase war weder eine Regelung der vielschichtigen Ost-West-Konflikte vorausgegangen, noch sollte sie diesem Zwecke dienen. Es ging hier allein um eine Rationalisierung der Beziehungen: unregelbare und bisher jedes Gespräch blockierende Grundsatzfragen wurden ausgeblendet. Nur so wurde der Weg frei, um über das Regelbare zu verhandeln und Abkommen zu schließen, die keine schwerwiegenden Kompromisse verlangten, aber im beiderseitigen Interesse lagen. Der Versuch hat sich für alle gelohnt: er ermöglichte im gesamteuropäischen Rahmen die Konferenz von Helsinki mit ihren Nachfolge- und Expertentreffen – ein Unternehmen, das sich in dem Versuch blocküberwindender Zusammenarbeit, welche die Stabilität der antagonistischen Systeme nicht in Frage stellt, auch für andere Regionen dieser Welt empfehlen sollte. Bilateral kam es zu den Berlin- und Ostverträgen und einer Reihe von Abkommen über Krisenmanagement wie heißer Draht, Standing Consultative Committee und Verhütung von Zwischenfällen, aber auch der Rüstungssteuerung, angefangen vom Antarktis- und Atomsperrvertrag über das Verbot bakteriologischer und toxischer Waffen bis hin zu SALT. Sie alle bezeugen die Dominanz der politischen Faktoren.

Für Überlegungen zur weiteren sicherheitspolitischen Entwicklung mag ein kurzer Blick auf die geltenden Konzepte und Strategien nützlich sein. Die NATO erhob 1967 den Harmel-Bericht zur Grundlage der Bündnispolitik. Er verpflichtet die Regierungen zu sicherheitspolitischer Solidarität und zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung. Diese Anstrengungen dienen im Verbund mit einer wirkungsvollen Rüstungssteuerung der Kriegsverhütung. Doch geht der Beschluß noch einen wesentlichen Schritt weiter: er verpflichtet zu gemeinsamer Entspannungspolitik, d.h. zu bewußter Entwicklung dauerhafter friedlicher Beziehungen trotz bzw. gerade wegen der in Europa herrschenden Konflikte. Zwar werden nach den Enttäuschungen der ersten Entspannungsphase, insbesondere in den USA, Stimmen laut, welche Entspannungspolitik für unrealistisch erklären bzw. Rüstungssteuerung erst nach einem bestimmten "Aufholen" wieder für verantwortlich halten. Doch scheint in den Gesellschaften der meisten Verbündeten der Harmel-Bericht seine Bedeutung nicht verloren zu haben; wie ich es sehe, wäre seine Wiederbelebung jedenfalls sehr wünschenswert. Die Rekonfrontation fördert den Wildwuchs von psychologischen, politischen und rüstungstechnischen Fakten, die später selbst bei gutem Willen nur schwerlich aus der Welt zu schaffen sind.

Im Warschauer Pakt werden die außenpolitischen Beziehungen zum Westen wie zur Volksrepublik China durch die "Friedliche Koexistenz" bestimmt. Sie gilt für eine "bestimmte Phase des internationalen Klassenkampfes" und zielt auf den totalen Sieg des Marxismus-Leninismus als einzigem Weg zum Frieden in dieser Welt. Doch gehört zum Konzept auch die Lösung internationaler Fragen mit friedlichen Mitteln und die ökonomische Kooperation, wo sie dem Osten Gewinn verspricht. Hier liegen die politisch nutzbaren Gemeinsamkeiten der beiderseitigen Politikstrategien. Bei aller ideologischen und teilweise auch militärischen Aggressivität gegen den "Imperialismus" außerhalb des Nordens und gegen die westlichen Gesellschaften wird der staatliche *Status quo* in Europa – jedenfalls unter den gegebenen sicherheitspolitischen Bedingungen – ohne Einschränkung anerkannt.

Die sowjetische Militärstrategie enthält einige Widersprüche; sie dürfte sich aber als Abschreckung mit präemptiv-aggressivem Charakter bezeichnen lassen. Dem Osten fällt es eben aus ideologischen

wie historischen Gründen schwer, der NATO einen defensiven Charakter einzuräumen und damit den Selbstanspruch als einziger Friedensmacht zu relativieren. Um der zu erwartenden westlichen Aggression ihre Kraft zu nehmen, ihre Verstärkung über den Ozean zu erschweren und den Krieg von vornherein auf westlichem Boden führen zu können, möchte der Kreml zuvorkommen und möglichst schnell die Atlantik- wie die Mittelmeerküsten gewinnen. Diese Planung verlangt ein bestimmtes Kräfteverhältnis, eine entsprechende räumliche Verteilung und hinreichende Bereitschaftsgrade der Verbände; sie kann Krisen tiefgreifend destabilisieren. Doch handelt es sich hier nicht um eine Offensivstrategie.

Wie bereits erwähnt, gelang es der UdSSR wie der WTO im letzten Jahrzehnt, das Kräfteverhältnis insgesamt zu ihren Gunsten zu verbessern. Globalstrategisch haben sie gleichgezogen und damit den ersehnten Weltmachtstatus erreicht; auf maritim-strategischem Gebiet holen sie auf, ohne indessen die geostrategischen Nachteile ihrer Basen ausgleichen zu können; eurostrategisch sind sie nach der beschleunigten Aufstellung der SS 20 eindeutig überlegen; auf konventionellem Gebiet haben sie ihre bisherige zahlenmäßige Überlegenheit auch qualitativ abgestützt. Es wurde ein Kräfteverhältnis erreicht, das – ideologisch gesehen, die Kapitalisten "entspannungsbereit" machen sollte. Nach strategischen Kategorien herrscht im globalen Zusammenhang strategische Stabilität; Überlegenheiten in einzelnen geographischen oder rüstungstechnischen Sektoren bieten keine nutzbaren Optionen.

Die Militärstrategie der NATO heißt "Flexible Response". Es ist die erste konsequente Nuklearstrategie. Auf der politischen Ebene unterwirft sie den Einsatz der Streitkräfte den Regeln des Gewaltverzichts; damit dient sie der Kriegsverhütung durch gegenseitige Abschreckung; noch zutreffender wäre es, sie als beiderseitige Selbstabschreckung zu begreifen und den Kräftebedarf von dorthier zu bestimmen. Die politische Kontrolle sorgt für Angemessenheit der Gegenmittel, die im Frieden das untragbare Risiko einer Aggression demonstrieren sollen, ohne jedoch die andere Seite bei deren friedlichem Verhalten zu bedrohen. Im Kriege soll der Aggressor möglichst bald erkennen, daß eine Wiederanerkennung des ursprünglichen *Status quo* in seinem ureigenen Interesse läge bzw. der Angegriffene zur De-Eskalation jederzeit bereit bleibt. Es gelten hier also nicht die Grundsätze strategischer Verteidigung, die ihrer Natur nach auf Abnutzung des Angreifers, auf Wiedergewinnen der Initiative und auf Niederwerfen, sprich Sieg zielt. Bei Abschreckung geht es – im Gegenteil – um baldige Einstellung der als politisch kontraproduktiv erkannten Kriegshandlungen, also nicht um die Vernichtung des Aggressors, sondern um den Bau goldener Brücken für ihn. Selbst dann gibt es noch Reste der Partnerschaft.

Die Angemessenheit der militärischen Mittel läßt sich nur gemeinsam definieren und vereinbaren. Daher gewinnt die Kooperative Rüstungssteuerung entspannungs- wie sicherheitspolitisch zunehmend an Bedeutung. Nur mit dieser Strategie wird es möglich werden, strategische Stabilität, entgegen allen technologischen Entwicklungen und Feindbildern, mit geringerem Aufwand und weniger bedrohenden wie bedrohten Militärpotentials zu sichern. Sie sollte es sogar ermöglichen, bereits präventiv die Produktion besonders destabilisierender Systeme, aber auch generell die Rüstungsprogramme rechtzeitig offenzulegen und routinemäßig zur Verhandlung zu stellen. Sie könnte auch der globalen Sicherheit dienen, indem zunächst Nord-Abkommen für den Waffentransfer in den Süden abgeschlossen würden und als weiterer Schritt der Nicht-Verbreitungsvertrag auch bestimmte nicht-nukleare Systeme einbezüge. Doch auch hier unterscheiden sich die Erwartungen, Zielsetzungen und Erfahrungen erheblich voneinander, je nachdem, ob man auf baldige vollständige und weltweite Abrüstung oder aber auf Stabilisierung gegenseitiger Abschreckung auf niedrigerem Rüstungsniveau setzt.

Hier wäre freilich anzumerken, daß die Verwirklichung derartiger Vorschläge erhebliche Einbrüche in die überkommenen Souveränitäts- und sicherheitspolitischen Vorstellungen mit sich brächte. Gerade östlichen Regierungen fällt es schwer, Einblick in den politischen Entscheidungsprozeß, in Qualität, Umfang und Bereitschaftsgrad ihrer Streitkräfte sowie die Erfüllung bestimmter Vertragsverpflichtungen zu gewähren. Verifikation und Vertrauensbildende Maßnahmen werden dort eher als Faktoren der Unsicherheit und nicht etwa gemeinsamer Sicherheit angesehen.

Über der Sorge um strategische Stabilität darf nicht die Konsolidierung der politischen Beziehungen vergessen werden. Erst politische Stabilität nimmt kaum vermeidbaren militärischen Teilüberlegenheiten ihren bedrohlichen Charakter und schafft die Voraussetzungen für konsequente Rüstungssteuerung. Nennenswerter Rüstungsabbau steht jedenfalls erst zu erwarten, wenn die militärischen Daten nur noch sekundäre Bedeutung haben.

Der Weg zu friedlicheren Beziehungen führt wesentlich über Kooperation auf allen Gebieten, die keinen spürbaren Nachteil für die eine oder die andere Seite androhen. Kooperation schafft Interdependenzen – besser, läßt die längst bestehenden, aber geflissentlich geleugneten Abhängigkeiten zwischen Ost und West deutlich werden. Sie weckt vor allem das gegenseitige Interesse an der Stabilität des anderen Systems und macht bewußt, daß nur stabile Systeme berechenbar und kompromißbereit, also zu Entspannungspolitik befähigt sind. Allerdings bedeuten Interdependenzen auch Verwundbarkeit, wie Kooperation Friktionen und Konflikte mit sich bringt. Zur Steuerung auch dieser Prozesse bedarf es daher vereinbarter Strukturen und Verfahren.

Zu den Nöten

Gestatten Sie mir am Ende noch eine kurze Bemerkung direkt zum Tagungsthema. Mir scheint die "Militarisierung" der sicherheits-politischen Diskussion eine der Wurzeln, aber auch das Produkt gewisser Nöte zu sein. Die detaillierte Darlegung bestimmter Waffenqualitäten, die dramatische Schilderung vom "Nuklearkrieg wider Willen" durch Computerversagen, der Gebrauch von verkürzten strategischen Begriffen wie "Erstschlags-" oder "Enthauptungswaffen" und nicht zuletzt der selektive Gebrauch von Zitaten bestimmter Regierungen und Politiker verhindern die rationale Beurteilung der Situation bzw. der Folgen bestimmter Entscheidungen. Die kriegsverhütende Wirkung der Gesamtpotentiale wird dabei ebenso übersehen wie die zu Partnerschaft zwingende globale Interdependenz. Es wird bei den Regierungen – oft nur bei bestimmten – ein Maß an Irrationalität und Konfliktunfähigkeit vorausgesetzt, welches das Leben selbst in einer mehr oder minder abgerüsteten Welt unerträglich machen würde. Kulturpessimisten und Entpolitisierte lassen sich durch Militarismen faszinieren und übersehen – manchmal geflissentlich – die zugegeben komplizierten politischen Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktregelungen.

Als Therapie läßt sich nur die Konzentration auf die sicherheits- und entspannungspolitische Grundfrage empfehlen: wie, d.h. unter welchen Normen und mit welchen Verfahren lassen sich unter den heutigen Gegebenheiten friedlichere Beziehungen im Norden wie zum Süden dieser Erde entwickeln?

INSTITUT FÜR FRIEDENSFORSCHUNG
UND SICHERHEITSPOLITIK AN DER
UNIVERSITÄT HAMBURG

10. Januar 1984